

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft

A 5361 F

**spw**

**47**

12. Jahrgang  
Juni 1989  
3,50 DM



# **USA** von Reagan in die Traufe?

**Herausgeber/Herausgeberinnen:** Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairilindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

**Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen:** Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

**Redaktion:** Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

**Werbung:** Michael Karnatz

**Redaktion und Auslieferung:** Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

**Verlag:** spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61  
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1989.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Juni 1989.

Die *spw* erscheint 1989 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen und können auch auf Diskette (MS DOS, Word, 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll) mit einem Computer-Ausdruck geliefert werden.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

**Abozahlungen** ausschließlich auf das Konto:

**Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin - KtoNr 111 502 83 02** (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Editorial	195
Bonner Tagebuch	199

### **Zum »Bremer Programm«**

Detlev Albers <b>Vor dem Finale der Programmdiskussion</b>	201
---	-----

### **Sozialdemokratie**

Klaus Vater <b>Wen der »Vorwärts« störte und warum</b> Aktuelle Nachbetrachtung zur Politik der Liquidierung	205
Reinhold Rünker <b>Die Parteilinke neu formieren!</b> Juso-Bundeskongreß in Osnabrück, 31. März bis 2. April 1989	209
Eva Quante-Brandt <b>SPD in Bremen</b>	213

### **Gesundheitspolitik**

Norbert Mappes-Niediek <b>Wann kommt die nächste Gesundheitsreform?</b>	215
--	-----

### **Zukunft der DKP**

Steffen Lehndorff <b>Erneuerung oder Sekte?</b> Zur gegenwärtigen Auseinandersetzung in der DKP	222
---	-----

### **Marxistische Theorie**

Peter Brandt <b>Die Entwicklung bürgerlicher Herrschaft in Deutschland in der Interpretation des Marxismus</b> Zur Diskussion über den »deutschen Sonderweg«. Erster Teil	228
---	-----

### **USA — von Reagan in die Traufe?**

Elmar Altvater und Kurt Hübner <b>Monetäre und realwirtschaftliche Aspekte der Hegemoniekrise der USA</b> Dreizehn Stationen eines Teufelskreises	236
---	-----

Martin Carnoy

**Das Vermächtnis der Reaganomics**

Auswirkungen auf die Entwicklung der USA  
und die internationale Politik in den neunziger Jahren 243

Thomas Ferguson

**Kapitalmacht und Politik im Übergang von Reagan zu Bush**

Über politische Geschäfte, Parteien und Bündnisse in den USA 254

Peter W. Schulze

**Regionalisierungstendenzen im Internationalen System** 265

Harry Magdoff und Paul M. Sweezy

**Lehren aus den Wahlen von 1988**

Die Erfolge Jacksons und die Aussichten der Linken 272

**Ökologie**

Gustav W. Sauer

**Solar-Wasserstofftechnologie**

als Grundlage zukünftiger Entwicklung 278

**Besprechungen**

*Breakthrough: Emerging New Thinking (F.Heidenreich)* 283

*Gabriele Busch, Doris Hess-Diebäcker, Marlene Stein Stein-Hilbers:*  
Den Männern die Hälfte der Familie, den Frauen mehr Chancen  
im Beruf (*M.Steffen*) 285

Über die Autorinnen und Autoren 288

## Editorial

Ende April brach innerhalb der NATO offener Streit aus. Schon länger hatte er sich abgezeichnet, und nur vordergründig betrifft er die Frage von Modernisierung oder Abrüstung der nuklearen »Gefechtsfeldwaffen« auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Das neue Denken in der Sowjetunion, das gemeinsame Sicherheit will und zugleich unilaterales Vorgehen in dieser Perspektive nicht scheut, bedeutet eine Herausforderung der NATO; letztere benötigt nun ein überzeugendes Gesamtkonzept. Und das Konzept *NATO*? Die militärische Blockformation des Westens wird in dem Maße fragwürdiger, wie die Erosion des »Sowjetblocks« voranschreitet und mehr Menschen in den europäischen NATO-Ländern eine Bedrohung von außen verneinen. Entsprechend verunsichert und widersprüchlich sind die Reaktionen der herrschenden Politik.

Die Fortsetzung einer militärisch abgestützten Politik der Stärke propagieren die einen; manche unter ihnen begreifen *perestrojka* lediglich als einen raffinierten taktischen Schachzug zur Spaltung des westlichen Bündnisses, weil sie die Sowjetunion eigentlich für strukturell lern- und reformunfähig halten. Wer in dieser Gruppe reale Erfolge bei der Erneuerung des Sowjetsozialismus doch nicht ganz ausschließt, fürchtet vor allem anderen eine Stärkung des außenpolitischen Gewichts der gegnerischen Supermacht. Dieses Szenario bilanziert den Übergang vom Entwicklungsstand eines »Obervolta mit Atomwaffen« (Helmut Schmidt über die Sowjetunion) zum High-Tech-Sozialismus des 21. Jahrhunderts tendenziell als eine Zunahme von Bedrohung.

Dieses alte Denken existiert nicht bloß in den USA. Aber es ist dort auch deshalb stärker ausgeprägt, weil Entspannung vom Standpunkt der US-Wirtschaft kein Geschäft ist. Subventionierte Getreidelieferungen machen noch keinen Ost-West-Handel, geschweige denn langfristige Kooperation. Der Rüstungskontrollexperte früherer US-Regierungen Nitze ortet die Bush-Administration in der Abrüstungspolitik rechts von Reagan in dessen zweiter Amtszeit. Sogar die *Frankfurter Allgemeine* sieht »Bush im Bremserhäuschen« (*FAZ* vom 17.5.1989, S.14).

Andere Kräfte des bürgerlichen Lagers, vor allem in Kontinentaleuropa, sehen die neuen Chancen für Entspannung und Zusammenarbeit (Genscher, italienische Christdemokraten etc.). Sie hegen ein langfristiges Interesse am Ausbau der Ost-West-Beziehungen und machen sich ihre eigenen Gedanken von einem »gemeinsamen Haus« (Gesamt-)Europa. Christliche Grundüberzeugungen führen viele zur Ablehnung militärischer Abschreckungslogik und bringen sie damit in Gegensatz zur gegenwärtigen Politik der US-Administration und der NATO. Nach dem Zerfall des alten sicherheitspolitischen Konsenses in ihren Ländern müssen beispielsweise die Bundesregierung oder das Mitte-Rechts-Kabinett in Dänemark zudem mit ihrer Abwahl rechnen, falls die NATO einen neuen Stationierungsbeschluß treffen wird. Sie wollen erst verhandeln, um auf unpopuläre Rüstungsprojekte verzichten oder eben zu einem späteren Zeitpunkt — nach dem Motto: »... wir haben es ja versucht« — doch noch aufrüsten zu können. Die NATO wird einen Kompromiß konstruieren, der den fundamentalen Dissenz nicht beseitigt.

Der Streit ist mehr als ein Kampf um die angemessene außenpolitische Strategie. Er bildet die »sicherheitspolitische Spitze eines Konfliktberges« (*Peter W. Schulze* in diesem Heft), gründet auf tiefgreifenden Interessengegensätzen innerhalb der Ersten Welt. Sein Ausgang wird zugleich die Kräfteverhältnisse innerhalb der NATO und zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern beeinflussen. Schon seit geraumer Zeit findet eine Verschiebung der wirtschaftlichen und politischen — weniger der militärischen — Gewichte zwischen den kapitalistischen Hauptregionen USA, EG und Japan statt. Der Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods und der Übergang zu einem Multiwährungsstandard am Ende der US-amerikanischen Aggression in Vietnam markierten den Beginn eines Prozesses, der die bis dahin unangefochtene Hegemonie der USA untergrub. Ihre Handlungsfähigkeit als Hegemon des kapitalistischen Blocks hat sich seitdem deutlich verringert.

Daß die sogenannte »Reagan-Revolution« daran durch ihr Hochrüstungsprogramm nicht nur nichts geändert, sondern diese Entwicklung beschleunigt hat, zeigt *Martin Carnoy* in seinem Beitrag. Für Teile des US-amerikanischen Produktionsapparates, für die Arbeiterklasse, Minderheiten und die unteren Mittelschichten waren die Reaganomics ruinös (und sind es noch). Aber die USA werden auch weiterhin die Existenzbedingungen vieler Nationen beeinflussen. Hegemonieverlust ist nicht gleichbedeutend mit dem Ende einer globalen Rolle (*Alt Vater/Hübner*).

Politisch erwiesen sich die »voodoo-economics« (Bush über Reagan 1980) vom Standpunkt der Konservativen jedenfalls als außerordentlich erfolgreich und zweimal als wahlentscheidend. Die Demokraten um Michael Dukakis waren im letzten Präsidentschaftswahlkampf unfähig, echte Alternativen zu präsentieren (*Carnoy*). Dabei ist die Rechte keineswegs unverwundbar; die Bush-Regierung steht vor Problemen (Neue Armut, Defizite, ökologische Katastrophen, Bildungsmisere), die sie mit freier Marktwirtschaftsideologie nicht lösen können, auch weil sie wirkliche Lösungen gar nicht beabsichtigt. Die sie tragenden sozialen Kräfte bilden einen herrschenden Block an der Macht, ein Bündnis unterschiedlicher Kräfte (Exportkapital, militärisch-industrieller Komplex, Ölgesellschaften, neue Mittelschichten, weißes Kleinbürgertum), das vom transnationalen amerikanischen Kapital dominiert wird. Die Analyse von *Thomas Ferguson* zeigt, daß diese Allianz alles andere als stabil ist.

Ein baldiges Ende der relativen Ruhe in der amerikanischen Politik prophezeien *Paul M. Sweezy* und *Harry Magdoff*, die Herausgeber der seit 40 Jahren existierenden wichtigsten marxistischen Zeitschrift in den USA, *Monthly Review*. Die Erfolge der Regenbogen-Koalition und der Kandidaturen von Jesse Jackson 1984 und 1988, die den Zweiparteien-Konsensus in Frage stellten und Klassenfragen thematisierten, bilden wichtige strategische Ansatzpunkte für die Zukunft der US-Linken.

\* \* \*

Die Sozialdemokratie gewinnt wieder Wahlen, sie gibt sich ein neues Grundsatzzprogramm und könnte in anderthalb Jahren wieder führende Regierungspartei in Bonn werden — eine schöne Zwischenbilanz, könnte meinen, wer zugleich das Ende der letzten SPD-Parteizeitung verdrängt. Da der Einstellungsbeschluß des Parteivorstandes

nicht aus unlöslichen ökonomischen Sachzwängen erfolgte, sind die *politischen* Entscheidungsgründe von aktuellem Interesse. *Klaus Vater* legt dar, daß der *Vorwärts* eine »ständige Gefährdung des politischen Nützlichkeitskalküls Oskar Lafontaines, Gerhard Schröders wie anderer« war.

In dieser Zeitschrift werden wir den Fortgang der SPD-Programmdiskussion nicht nur aufmerksam verfolgen, sondern weiter mit eigenen Beiträgen eingreifen. Seit Anfang April liegt der Zweite Entwurf für das neue Grundsatzprogramm gedruckt vor (zu bestellen bei: Vorstand der SPD, Abt. Produktion und Vertrieb, Erich-Ollenhauer-Straße 1, 5300 Bonn — Bestell-Nr. 320 994). Bis zu den Bezirks- und Landesparteitagen im September und Oktober wird er auf Herz und Nieren zu prüfen sein. Vor allem in die Aussagen zur Wirtschaftspolitik sind »letztlich unvereinbare Lesarten eingegangen.« (*Detlev Albers*) Völlig unentwickelt ist die vielfach angemahnte Zeitanalyse (»Die Welt, in der wir leben«), so daß der deutlich breiter angelegte Grundwertediskurs zum »Analyseersatz« gerät. Nach dieser ersten Gesamteinschätzung wird *spw* 48 im August Kritiken zu Einzelaspekten des Entwurfs enthalten.

Die Blümsche Gesundheitsreform stieß auf Empörung bei vielen. Gesundheitspolitische Ziele müssen definiert werden, die sich nicht, wie derzeit in der BRD, in der Beschaffung von Geldmitteln erschöpfen. *Norbert Mappes-Niediek* benennt Aufgaben einer wirklichen Gesundheitspolitik und stellt in diesem Zusammenhang die wenig beachteten »Eckdaten eines sozialdemokratischen Konzepts zur Strukturreform im Gesundheitswesen« der SPD-Bundestagsfraktion vom März 1988 vor.

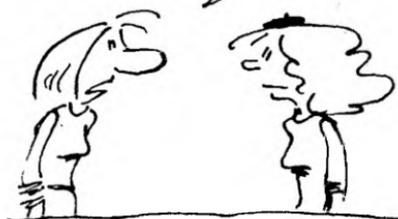
Vor 200 Jahren begann die Epoche bürgerlicher Revolution in Europa. Veröffentlichungen zum Thema in diesem Jahr sind auch bei uns Legion. *spw* will der Welle allgemeiner Betrachtungen zum Vermächtnis von 1789 und konkreter Studien keine weitere Schaumkrone aufsetzen. Wie aber verlief seit der Großen Französischen Revolution die bürgerliche Entwicklung in Deutschland? Nahm sie einen durch nationale Eigenheiten nicht mehr erklärbaren »Sonderweg«, der über den preußischen Kasernenhof nach Auschwitz führte? Frankreich und Deutschland — so argumentiert *Peter Brandt* — repräsentieren eher »zwei verschiedene 'Wege' bürgerlicher Umwälzung beim Formationswechsel vom Feudalismus zum Kapitalismus.«

*Steffen Lehndorff*, früherer Vorsitzender des MSB Spartakus, analysiert die »Partei-krise der DKP« und bezieht sich dabei auf den Beitrag von Mechtild Jansen in *spw* 45. Eine radikale Erneuerung der DKP sei notwendig und möglich, wengleich die Gegenkräfte stark seien. Lehndorff sieht ferner große Chancen für eine »Neubestimmung des Verhältnisses zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung«, sowohl weltweit als auch in der BRD.

In den vergangenen Tagen wurde der Verkündung des Grundgesetzes gedacht. Damals, vor 40 Jahren, war die SPD, soweit sie sozialistische Grundsätze ernst nahm, bereits wieder in sozialer Opposition gegen den rekonstruierten Kapitalismus. Wenig später, am 14. August, fanden die Wahlen zum ersten Bundestag statt, deren Ergebnis die Partei auf Jahre hinaus auf Bundesebene auch in die parlamentarische Opposition versetzte. »Bundesdeutsche Geschichte wird daher Gegenstand von Heft 48 sein, mit Analysen von heute und historischen Dokumentationen.

Frank Heidenreich

Entschuldige, daß  
ich zu spät bin –  
aber ich war in'ner  
Polizeikontrolle...



Hauptsache, du  
bist unverletzt.



Erich Rauschenbachs erster »Klassiker«:  
**Genossin Inge**

Der Strip aus dem Zentralorgan  
der West-Berliner Sozialdemokratie

Vorwort von Jürgen Egert

ISBN 3-88107-055-9    125 Seiten    9,80 DM

In jeder guten Buchhandlung oder direkt beim Verlag bestellen (elf DM inkl. Porto)

DVK-Verlag · Postfach 47 0552 · 1000 Berlin 47

## Bonner Tagebuch

26. Januar 1989. Oskar, die Sechseinhalbte. Beim späten Durchblättern einer alten *Stern*-Nummer stoße ich auf ein Interview, in dem Oskar seine neuen Thesen als »moderne linke Theorie« verkauft. Meinetwegen, wer hat seinen Kram nicht schon alles für links gehalten. Könnte man sich den Begriff beim Patentamt reservieren lassen, würde deren Büro beim Antragsstellungstermin wegen Überfüllung geschlossen. Aber der Spaß hört da auf, wo Oskar sich erdreistet, Friedrich Engels als seinen Kronzeugen aufzufahren.

Interviewauszug: »Lafontaine: Und links heißt heute außerdem, das Ausufern staatlicher Bürokratien ebenso zu kontrollieren wie die Macht des Kapitals.« Ebenso?! Na gut, bis hierher geht's eigentlich noch, obwohl zu befürchten ist, daß dabei eine sozialdemokratische Variante der jetzigen Kontrollinstanzen herauskommt: Blüm für die Kontrolle (besser für den Ausverkauf) der (sozial-)staatlichen Bürokratie, und Haussmann für die Kontrolle der Macht des Kapitals (Daimler und MBB lassen grüßen). Aber dann: »*Stern*: Und nichts mehr mit Verstaatlichung? Lafontaine: Schon Friedrich Engels kritisierte die Verstaatlichungs-Sucht einiger Sozialdemokraten.«

Also denn, ausnahmsweise und nur, weil es Oskar ist, MEW-Nachhilfeunterricht: »Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten und hier und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der *jede* Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus ... Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompanieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen [oder gar die unter Friedrich Wilhelm III. in den dreißiger Jahren allen Ernstes von einem Schlaumeier vorgeschlagene Verstaatlichung der — Bordelle].« (Engels, Friedrich, *Anti-Dühring*, MEW Bd. 20, S. 259, 618) Sollte damit zu rechtfertigen sein, daß Oskar in der Programmkommission alle *Vergesellschaftungs*forderungen — mit dem Ziel einer nicht nur verbalen, sondern einer *realen* Kontrolle der Macht des Kapitals — vom Tisch bügelte?

21. März 1989. Deutscher Bundestag. Jetzt wird's mir doch ein bißchen unheimlich. Erinnern wir uns: *spw* 44 hatte sozialdemokratische Verirrungen in bezug auf die steuerliche Begünstigung bei Anstellung von Haushaltshilfen aufs Korn genommen. Mit gebotenem Abstand ruft nun Hans-Jochen die Fraktion zur Ordnung: »Geradezu skandalös ist jedoch das Steuerprivileg, das in Form eines Sonderausgabenabzugs von 12000 DM pro Jahr für Hochverdienende eingeführt werden soll, die sich eine Haushaltshilfe leisten können.« Auflehnung ist angesagt: »Diese empörende Ungerechtigkeit übertrifft den seinerzeitigen Flugbenzin-Skandal bei weitem. Wir werden deshalb diesen jüngsten Akt einer rücksichtslosen Umverteilung von unten nach oben auf das entscheidendste bekämpfen ...« Wenn er bei der nächsten derartigen Rede noch Freixemplare von *spw* verteilt, ruf ich ihn zum Kanzlerkandidaten aus (was einige Jusos mit Oskar können, steht mir dann auch mit Hans-Jochen zu).

22. März 1989. Deutscher Bundestag. Die bayerische SPD inszeniert eine Tragikomödie in Fortsetzungen. Es beginnt ganz unscheinbar. Der Abgeordnete Robert Leidinger scheint wenig Vertrauen in die zuständigen Fraktionsgremien und -referenten zu haben und bestellt einfach mal woanders ein Gesetz, nämlich beim Wissenschaftlichen

Dienst des Deutschen Bundestags. Thema: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesurlaubsgesetzes und anderer urlaubsrechtlicher Vorschriften. Warum nicht, sollen die auch mal was für uns tun — die (»neutrale«) Wissenschaft als Magd der Politik. Der Entwurf flattert rein. Vorhang ...

25. März 1989. Presseschau. Überallher blickt mir Ruth Winkler entgegen. Wer's vergessen hat: die PV-Newcomerin von ganz unten. Zeitungen, die sonst viel wert auf Originalität legen (*Vorwärts*, *Frankfurter Rundschau*), drucken ihren langweiligen Kommentar aus der *Kommune* über den Grünen-Bundesparteitag nach: »Rot-grün kann die Zukunft sein« oder »Eine Chance mit den Grünen«, je nach Publikum. Warum das Ganze, denke ich mir, wenn der Text nicht mehr hergibt, als diese Überschriften schon aussagen? Nun, da wäre noch ein Satzeinschub, über den man beim Lesen richtig stolpert: »Ich bin jedenfalls gespannt darauf, was die Grünen als Antworten auf die Herausforderung des neuen SPD-Grundsatzprogramms und des Fortschritts-Konzepts — beides unter Federführung Oskar Lafontaines — in eine konstruktive Auseinandersetzung einbringen können.« Hätte man das nicht kürzer haben können, das Bauchpinseln eines potentiellen Kanzlerkandidaten, als mit einer ganzen Seite ausgerechnet noch über rot-grün, woran dieser Kandidat nicht im Traume denkt? Da kriegt sie statt 'ner Kleinanzeige 'ne ganze Seite im *Vorwärts*, und wenn's vor der eigenen Haustür um die Entscheidung über dessen Einstellung geht, da hat Genossin Winkler Migräne, einen wichtigeren Termin oder weiß der Teufel was auch immer!

11. April 1989. Vorhang auf. Der Informationsdienst der bayerischen SPD (SPK) verbreitet die fremdgeordneten Weisheiten zum Bundesurlaubsgesetz, ist aber schon nicht mehr ganz so mutig wie der Bundestags»experte«. Wollte der noch eine einheitliche Mindesturlaubsdauer von 30 Werktagen für alle, beläßt es die SPD bei der Forderung nach 5 Wochen. Besonders betroffen von einer solchen Regelung seien jene 2,6 Millionen ArbeitnehmerInnen, die in nichttariffähigen Bereichen arbeiteten, insbesondere im Einzelhandel, im Kleingewerbe und in der Hauswirtschaft. So ist das, wenn man sich auf vermeintliche Experten verläßt, wenn man weder fraktionsintern noch bei den Gewerkschaften vorher Fachleute fragt, dann geht der Schuß nach hinten los. Tarifverträge im Einzelhandel gibt's nämlich zur Genüge, von fehlender *Tariffähigkeit* auch im Kleingewerbe ganz zu schweigen. Aber damit nicht genug. Der SPD-Landesvorsitzende Schöfberger und sein Fraktionskollege Leidinger verkünden der Presse, daß der Entwurf als Initiative der bayerischen SPD-Landesgruppe auf den Weg gebracht wird. Vorhang fällt, zwei Politiker verheddern sich drin und müssen erst einmal in Urlaub.

17. April 1989. Oskar, die Achte. Sie beginnt — natürlich — mit einem Paukenschlag: »... wir leiden im besonderen auch in der Debatte, die wir gegenwärtig führen, darunter, daß die Begriffe nicht klar sind ... Es geht mir ... in dieser Debatte um geistige Klarheit.« Da donnert es den angesprochenen Jusos noch nach Tagen in den Ohren, der *FR* ist's eine ganze Dokumentationsseite wert. Unser enfant terrible (für Nichtfranzosen: schrecklicher Enkel) holt mitten im »Stadium der Exegese«, die er den lieben Genossinnen und Genossen vorexerziert, zum klärenden geistigen Endschlag aus (der selbst unseren Boris den Return vergessen ließe): »Der 'Frankfurter Kreis' hieß auch mal 'Frankfurter Schule'.« Und Lafontaine hieß früher Horkheimer, Gerhard Schröder dozierte als Theodor Adorno, und Jürgen Habermas veröffentlicht neuerdings unter dem Pseudonym Wolfgang Roth. Dieser Habermas ist es auch, »mit dessen Auffassungen ich bei meiner[!] Debatte weitgehend übereinstimme« — so Oskar in der ihm eigenen Bescheidenheit.

Uli Schöler (Bonn)

## Zum »Bremer Programm«

Detlev Albers

### Vor dem Finale der Programmdiskussion

»Erfurter Programm, Propyläen des Marxismus, früh, allzu früh habt ihr den Geist zur Harmonie erzogen — doch habt ihr mir ..., wenn das Denken noch nach Einheit und Harmonie dürstet, wenn sich das Rückgrat der Epoche gerade reckt, wenn das Herz nötiger als alles andere das rote Blut der Aorta braucht, ein Gefühl für das Leben gegeben.« (Ossip Mandelstam, Die ägyptische Briefmarke. Frankfurt/M. 1965, S.106)

Ossip Mandelstam, einer der größten unter den Dichtern Rußlands, dessen Werk in seiner Heimat erst jetzt dem Totschweigen der Stalin-Zeit entrissen wird, hat zurückblickend mit diesen Worten beschrieben, welchen Eindruck das damalige Grundsatzprogramm der SPD auf ihn gemacht hat.

»Bremer Programm, Wegweiser zum Sozialismus, zu einer anderen, radikal neuen Gesellschaftsordnung« — ist es denkbar, daß wir uns mit dem jetzigen Text einen ähnlichen Rang verdienen? Man wende nicht ein, bewegende, gar mitreißende Bilder für Programme zu finden, das sei nur Sache der Lyriker. Dem nüchternen Zeitgeist von heute sei schon begegnet, wer leidlich schlüssige Perspektiven aufzuzeigen wisse. Mitnichten. Spricht ein Programm tatsächlich Zusammenhänge der Wirklichkeit aus, deckt es die Potentiale ihrer Veränderung auf, trifft es den Mut, sich daran zu beteiligen, wird niemand Anstoß an bescheidener sprachlicher Ausdruckskraft nehmen. Und umgekehrt. Krankt das Programm an Glaubwürdigkeit, was an der Aussage selbst wie am Verhalten derer, für die es spricht, liegen kann, ist das durch keinen sprachlichen Pomp zu überdecken.

Der zweite Programmentwurf fußt wie sein Vorgänger auf dem Ansatz, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zum Ausgangs-, wie zum Zielpunkt, zur utopie-, wie zur praxishaltigen Richtschnur sozialdemokratischer Politik zu machen. Licht und Schatten liegen hier dicht beieinander. Zu seinen Stärken zählt, daß er es erlaubt, ganz verschiedene geistige Richtungen, Traditionen, Weltanschauungen zu gemeinsamem Handeln zu bringen, ohne ihre jeweilige Identität anzutasten. Aber nicht nur das. Der Grundwerteansatz kann in zugespitzten Umbruchperioden, wie wir sie heute erleben, als eine Art komprimierter Gegenerfahrung, als gebündeltes Erinnerungs- und Zukunftsdenken alternativer gesellschaftlicher Verhältnisse wirken. Er schützt dann gleichermaßen gegen blindes Modernisieren wie fortschrittsfeindliche Ausstiegsmentalität.

Die Kehrseite liegt darin, daß die Grundwerte bei einem solchen Ansatz leicht als Analyseersatz herhalten müssen und damit unvermeidlich überfordert werden. »Über Analysen kann man nicht abstimmen«, lautet der weitverbreitete Einwand. »Deshalb

laßt uns die Mühsal einer gründlichen Wirklichkeitsbeschreibung und all den Streit, der sich darüber ergibt, vermeiden. Formuliert sie konsequent aus, und Ihr habt das Programm.« — Natürlich gibt sich niemand die Blöße, das so simpel auszudrücken, Aber Tatsache ist, daß der Abschnitt zur Zeit-Analyse, »Die Welt, in der wir leben«, zu den offenkundigen Stiefkindern des Programmentwurfs zählt. Kaum Positiveres ist über die einleitenden Passagen zur Parteigeschichte zu vermelden.

So wird bereits am Anfang wichtiges Terrain für die Haltbarkeit eines Programmes verspielt. Denn: Erst Grundwerte plus Zeit-Analyse, die den Namen verdient, die unbestechlich, ungeschminkt und ohne Dramatisierung sagt, was ist, plus selbstbewußtes und selbstkritisches Vermessen der eigenen Herkunft, das erst könnte für maximale Handlungsbreitschaft sorgen.

Auf dem Weg von Godesberg nach Bremen steht Irsee für den ersten Anlauf, alte und neue soziale Bewegungen als einheitlichen Zusammenhang von Gesellschaftsreform zu erfassen. Sicherheitspartnerschaft und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft, »wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden«, so lauteten die wichtigsten Kurzformeln für das angestrebte neue Programmendenken. Allerdings, die Synthese mit der »alten sozialen Bewegung«, ihrem historischen Auftrag, die klassenlose Gesellschaft zu erkämpfen, blieb gänzlich uneingelöst.

Das war schon deshalb unvermeidlich, weil ungeachtet aller sozialistischen Fernziele, die auch im Irseer Text auffindbar sind, der Markt als oberstes Leitprinzip erhalten bleiben sollte. Und zwar in seiner heute mehr denn je beherrschenden und mehr denn je die Zukunft untergrabenden Form: als Weltmarktzusammenhang. Wer jedoch daran nicht rührt, der landet, ob weltweit, europäisch oder national, beim »Sozialismus in einer Klasse«, bei der Umverteilung des Restes unter der übergroßen Bevölkerungsmehrheit, wie es die von Fritz Scharpf geprägte Formel mit beispielhafter Klarheit ausspricht.

Wie aber geht der zweite Programmentwurf an die Lösung der gleichen Aufgabe heran? Daß es ihm selbst eben darauf ankommt, wird im Schlußkapitel ausdrücklich formuliert: »Unser Zukunftsentwurf ist ein Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen«. Hier wie nirgends sonst muß sich sein Format erweisen.

Verglichen mit Irsee geht der Entwurf ein ganzes Stück weiter, was das Lernen von den neuen sozialen Bewegungen und das Verarbeiten der Fragen, für die sie stehen, anbetrifft. In Irsee hat etwa das Kapitel über die Gleichberechtigung von Mann und Frau für sich genommen eine klare Absage an patriarchales Denken formuliert. Doch fand sich davon im übrigen Text nur wenig wieder. Der Zweite Entwurf umreißt die Aufgabenfelder für die Emanzipation von beiden Geschlechtern mit größerer Schärfe; vor allem aber liefert er im Kapitel »Zukunft der Arbeit« eine vorher fehlende Verknüpfung mit der daraus folgenden Umgestaltung sämtlicher Formen von Arbeit. Umverteilung aller Arten von Nicht-Erwerbsarbeit, Verkürzung der Erwerbsarbeit in Richtung 30-Stunden-Woche, Humanisierung und Mitbestimmung in der Erwerbsarbeit werden jetzt durchgängig als Austragungsort verwirklichter Gleichberechtigung zwischen den

Geschlechtern begriffen. Darin steckt erheblicher Fortschritt, auch wenn ansonsten in die Abschnitte »Familien- und Lebensgemeinschaften« und »Jugendliche« ein gerüttelt Maß an Kompromißberei eingegangen ist. Bis hin zu untragbaren Formulierungen wie in Sachen § 218.

Konzeption und Aussagen des »Friedenskapitels« bauen ebenso auf dem in Irsee erreichten Stand auf und spannen den Bogen zugleich weiter. Das Prinzip des »Friedens in gemeinsamer Sicherheit«, entstanden aus den Grunderfahrungen gerade auch der bundesdeutschen Friedensbewegung, wird zur Maxime der Bewältigung nicht nur des Ost-West- und des deutsch-deutschen Systemgegensatzes, sondern auch des Nord-Süd-Konflikts und zum Aufbau »gewaltfreier Weltinnenpolitik« weiterentwickelt. So ist es nur konsequent, wenn sich der Entwurf in diesem Abschnitt das Konzept der »dauerhaften Entwicklung« zu eigen macht, das auf die »UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung«, die sogenannte Brundtland-Kommission zurückgeht. Um den globalen ökologischen Herausforderungen zu begegnen, verlangt es von Nord und Süd, das heißt strategisch gesprochen: zuallererst in den kapitalistischen Metropolen des Nordwestens, zu den Grundsätzen weltweit abgestimmter Investitionslenkung und -kontrolle überzugehen.

Die Schwächen des »Friedenskapitels« zeigen sich eher in seiner begrenzten Konkretisierung, in der mancherorts durchscheinenden Eingrenzung der »Süd-Länder« auf eine bloße »Grundbedürfnis-Strategie« und spiegelbildlich dazu in der nur verschlüsselt angesprochenen Bereitschaft, die Größe der vor uns liegenden Rückverteilungsaufgaben von Nord nach Süd ins Auge zu fassen. Eine Schranke anderer Art kennzeichnet die Europa-Aussagen. Zwar wird durchgängig zwischen den Perspektiven der EG, unter Einschluß ihrer Demokratisierung, und jenen des »gemeinsamen Hauses (ganz) Europas« unterschieden; erstmals werden für die letzteren auch eigene gesamteuropäische Institutionen gefordert. Aber die Verknüpfung beider Prozesse wird noch als »weißer Fleck« in der Zukunft behandelt; nicht viel besser steht es, wenn man nach den Konsequenzen von Glasnost und Perestroika für die eigene Standortbestimmung fragt.

Anders als in Sachen Gleichberechtigung und im »Friedenskapitel« ruht sich der Zweite Entwurf in Fragen des ökologischen Umbaus lediglich auf den Lorbeeren von Irsee aus. Das ist gerade auch im internationalen Vergleich der Linken nicht gering zu schätzen. Die Brennpunkte der hier und heute einzuleitenden Umbauprozesse werden unmißverständlich benannt, von der Energieumwandlung über das Verkehrswesen zur Chemieindustrie und zur Landwirtschaft, von der Technikgestaltung bis zu den Grenzen gesellschaftlich hinnehmbarer Forschung. Dort allerdings, wo sich das ökologische Bewußtsein in den letzten zwei, drei Jahren weiter geschärft hat, wie etwa bei Fragen der Veränderung von Klima und Erdatmosphäre oder bei solchen neuer gesundheitlicher Gefährdungen, hat dies im jetzigen Entwurf keine Spuren hinterlassen. Geblieben ist schließlich in beiden Entwürfen das zentrale Umsetzungsproblem, wie nämlich das ökologisch für notwendig Erkannte hinlänglich schnell und dauerhaft gegen widerstreitende ökonomische Interessen durchsetzbar zu machen ist. Aber damit stecken wir bereits mitten in der Frage nach der Verknüpfung, dem wechselseitigen »Reformangebot«, von alten und neuen sozialen Bewegungen.

»Von Godesberg zu Godesberg — die SPD tritt auf der Stelle« — mit diesen Worten kommentiert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (18.3.1989), halb kopfschüttelnd, halb beruhigt, das Wirtschaftskapitel des Zweiten Programmentwurfs. Das verlangt nach näherer Erläuterung. Über Irsee und erst recht über Godesberg hinaus weisen die bereits erwähnten Passagen zur Weltgesellschaft, zur dauerhaften Entwicklung und zum Aufbau einer »neuen und gerechten Weltwirtschaftsordnung«. Die allgemeinen Aussagen im nationalen Wirtschaftskapitel betonen ebenfalls klarer als im Ersten Entwurf, daß gesellschaftliche Entscheidungen den Mechanismen von Markt und Wirtschaftsmacht überzuordnen sind: »In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zwängen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung«.

Hat der »kluge Kopf« von der *FAZ* solche Sätze überlesen? Wohl deshalb nicht, weil er einige markante antikapitalistische, ja, antimonopolistische Passagen noch aus dem Godesberger Programm in Erinnerung hat. Und weil ihm im übrigen zahlreiche Aussagen des Wirtschaftskapitels zur »unternehmerischen Freiheit«, zum Wettbewerb, zur Begrenzung des staatlichen Einflusses reichlich Genüge tun. Wieder einmal sind in den Text, um den Satz für Satz gestritten wurde, gegensätzliche, letztlich unvereinbare Vorstellungen eingegangen. Von der öffentlichen Rahmenplanung zum Gemeineigentum, von der Beteiligung am Produktivvermögen zur betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung sind durchgängig Formulierungen zum Zuge gekommen, die struktur- und machtvördernde Eingriffe zulassen, wenn es denn unbedingt sein soll, sie ebensogut auf die lange Bank schieben oder ganz überflüssig machen, wenn es nach den bisherigen wirtschaftspolitischen Wortführern der Partei ginge.

Zweifellos wird so eine große Chance vertan, dem Programm über den Zeitraum der nächsten Jahrzehnte innere Schlüssigkeit zu verleihen; eine Chance, die wenigstens teilweise noch einzulösen, der Parteilinken bis zum Bremer Programmparteitag jede Anstrengung Wert sein muß. Denn hier ist ja der Beweis zu erbringen, oder wenigstens eine unverzichtbare Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die Sozialdemokratie allen Schwierigkeiten zum Trotz, alle Widerstände im Sinne von Zwischenschritten, national und international, eingerechnet, daran festhält, die »alte soziale Frage« durch das Erstreiten demokratisch bestimmter Produktionsverhältnisse zu klären.

Was aber soll unter solchen Umständen aus dem angestrebten »Reformbündnis« der alten und neuen sozialen Bewegungen werden? Auch ihm fehlt ein entscheidendes Verbindungsstück, solange die Wege zur Wirtschaftsdemokratie nicht wirklich überzeugend vorgezeichnet werden. Jede der neuen Bewegungen hat auf ihrem ureigenen Terrain zu unterscheiden gelernt, wer die alten Strukturen nur modernisieren, im Kern jedoch fortschreiben will, und wer sie wirklich auf neue Bedürfnisse hin umzugestalten bereit ist. Es bleibt eine Illusion, das Reformbündnis der Zukunft ohne Klarheit auf beiden Seiten, ohne den Mut der alten wie der neuen sozialen Bewegungen aufbauen zu wollen, ihre gemeinsamen Transformationsstrategien rückhaltlos und ohne Hintertüren offenzulegen.

»Bremer Programm, Wegweiser zum Sozialismus?« — Ich fürchte, wir, die wir konsequenter nicht formulieren konnten und durften, werden eher mit B.B. um die »Nachsicht der Nachgeborenen« einkommen müssen.

# Sozialdemokratie

Klaus Vater

## Wen der »Vorwärts« störte und warum

### Aktuelle Nachbetrachtung zur Politik der Liquidierung

Der SPD-Vorstand hat am 14. April den *Vorwärts* eingestellt, der eigenen Zeitung fristlos gekündigt. Gleichzeitig beschloß der Parteivorstand, den Titel *Vorwärts* auf das Mitgliedermagazin *SM* zu übertragen. Damit endete ein monatelanges, würdeloses und gewiß auch geschäftsschädigendes Tauziehen um das 113 Jahre alte Organ der Sozialdemokratie. Die Umstände seiner Liquidierung sind zutiefst peinlich, sie sind ein Schandfleck im dicken Buch der SPD-Geschichte.

Das Präsidium hatte sich noch vor der Sitzung des Parteivorstandes am 14. April mit fünf gegen zwei Stimmen dagegen ausgesprochen, der Wochenzeitschrift *Vorwärts* eine Chance zu geben. Inge Wettig-Danielmeier und Heidemarie Wieczorek-Zeul waren dafür, Hans-Jochen Vogel, Herta Däubler-Gmelin, Johannes Rau, Oskar Lafontaine und Anke Fuchs dagegen. Im Vorstand machten sich unter Führung von Karin Junker, Rudolf Dreßler und Peter von Oertzen noch Katrin Fuchs, Anke Martiny, Hans Eichel, Dieter Spöri, Karl Heinz Hiersemann, Inge Wettig-Danielmeier und Heidemarie Wieczorek-Zeul für den *Vorwärts* stark. Fünfzehn stimmten gegen das Blatt, darunter Scharping, Schröder, Hauff, Heinemann, Voigt, Zöpel und Klose. Einige andere wie Anke Brunn und Wolfgang Roth verließen termingetrieben die Vorstandssitzung vor der Abstimmung über den *Vorwärts*. Henning Scherf, Egon Bahr (einer der drei Herausgeber), Ruth Winkler, Björn Engholm und Ilse Bruses waren zu der wichtigen Sitzung erst gar nicht erschienen.

Offizielle Begründung der Einstellung: Bei wöchentlicher Erscheinungsweise werde der *Vorwärts* die Parteikasse immer wieder leeren. Das Blatt habe überdies keine zeitgemäße Funktion mehr angesichts der Repräsentanz von Sozialdemokraten in den übrigen Medien, es sei schlicht »obsolet«, also veraltet. So hieß es in einer vor allem von Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs und Bundesschatzmeister Hans-Ulrich Klose geprägten Vorlage für den SPD-Vorstand.

Bitter für diejenigen, die bisher bis Mitte April allwöchentlich den *Vorwärts* fertigten: Weder Fuchs noch Klose, nicht einmal der bis dato als *Vorwärts*-Freund apostrophierte Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel konnten sich aufraffen, der Redaktion öffentlich Dank für ihre Arbeit zu sagen. Der war und ist angebracht. Dann was in den vergangenen Jahren im neuen *Vorwärts*-Magazin geleistet wurde, war teils excellent, im ungünstigsten Fall immer noch solide. Journalistisch zu verstecken brauchte sich der *Vorwärts* jedenfalls nicht.

Mit welchen Sprachregelungen die Parteiführung das elende Ende ihrer Zeitung zu bemänteln gedenkt, macht ein Blick in die Funktionärszeitschrift *intern* deutlich. *intern* kündigte wenige Tage nach der Einstellung dreist ein »neues Monats-Magazin« an. Erst später wurde lapidar mitgeteilt, daß der alte *Vorwärts* verschieden sei. *intern* beruhigte zudem kritische Gemüter mit dem Hinweis, daß über einen Sozialplan für die Beschäftigten des *Vorwärts*-Verlages »Einigkeit erreicht wurde«. Das war gelogen, denn tatsächlich wurde noch Mitte Mai über Einzelregelungen des Sozialplans verhandelt. Bitterer noch: Die erste Kollegin, die beim SPD-Vorstand anklopfte, um von dem Klose-Versprechen Gebrauch zu machen, bei Stellenausschreibungen wie eine interne Bewerberin behandelt zu werden, bekam einen Korb. Die Redaktionskollegin hatte im Vertrauen darauf, »vorbildlich« (Hans-Jochen Vogel) behandelt zu werden, auch ihre Schwangerschaft angegeben. Die Absage gehört in ein Schwarzbuch über bösesartiges Unternehmer-Tun.

Dazu paßt, daß sich der Schatzmeister und seine Mitarbeiter bis Anfang Mai in Schweigen hüllten, was denn weiter geschehen solle: Es gab lediglich die »Produkt-idee«, das Mitgliedermagazin *SM* um den Titel *Vorwärts* zu bereichern, einen in erst Teilen unterschriftsreifen Sozialplan und — eben — Versprechungen. Weiter nichts. Dann hagelte es Entlassungen und der Fall *Vorwärts* entwickelte sich für die SPD-Führung zu einem beschäftigungspolitischen Skandal.

Bereits im Januar dieses Jahres war spürbar geworden, daß eine Gruppe in Präsidium wie Vorstand der Partei, den *Vorwärts* zu liquidieren suchte. Zuerst wollte vor allem Bundesschatzmeister Hans-Ulrich Klose das Ziel über massiv vorgetragene wirtschaftliche Kriterien erreichen. Spar- und Alternativvorschläge von Betriebsrat und Redaktion — von Mal zu Mal sicherer gerechnet und weniger angreifbar — machten die Nutzung des ökonomischen Arguments zunehmend schwieriger. Am Ende war nicht zu bestreiten, daß der *Vorwärts* mit weniger als einer Million Mark jährlichem Zuschuß klarkommen konnte. Zum Vergleich 900000 Mark Kosten macht *intern*, und 5,5 Millionen Mark kostet *SM* per annum. Ein Sanierungsplan nach Art der Beschlußvorlage der beiden Vorstandsmitglieder Karin Junker und Rudolf Dreßler bestätigte die Linie von Redaktion und Belegschaft.

Weil dieser Sachverhalt schließlich nicht mehr zu leugnen war, mußte der »Markt« bemüht werden. Für den *Vorwärts* gebe es keinen »Markt«, orakelte beispielsweise Politpensionär Klaus von Dohnanyi. Dabei reden führende Vertreter der SPD in der Frage des Marktes für Parteipublikationen wie Blinde von der Farbe. Denn der »Markt« für den *Vorwärts* wurde nie ausgelotet. Entweder wurden laienhafte Werbemaßnahmen beschlossen, die Fachleuten die Lachtränen in die Augen trieben oder Hunderttausende von Mark teure Empfehlungen von Experten mangelhaft umgesetzt — letzteres unter Verantwortung von *Vorwärts*-Kontrolleur Rainer Hlubek und Schatzmeister Klose. Anfang der achtziger Jahre war dem *Vorwärts* gar ein Werbeverbot auferlegt worden, weil schlaue Leute im Parteivorstand am Konzept einer Sonntagszeitung herumdokterten und ein erfolgreicher *Vorwärts* solche Gedankenspiele gestört hätte. Das ist die Wahrheit.

Die Marktfrage für den *Vorwärts* aufzuwerfen, heißt zugleich ein für die SPD pein-

liches Thema anschneiden: Es gehört zum propagandistischen Standard in der Partei, vom wagenden, risikobewußten Unternehmer zu schwatzen. In ihrem Unternehmensbereich verhält sich die Partei jedoch wie ein ordinärer Kupon-Schneider. Die SPD hält geschickt eine Reihe recht interessanter Beteiligungen. 1988 führte der Unternehmensbereich sogar eine dreiviertel Million Mark Gewinn dem laufenden Polit-Geschäft zu. Das war und ist ein Herumlutschen an florierenden Unternehmen bei gleichzeitigem Minimieren des Kapitalrisikos. Und in den Händen solcher Krämer lag auch das Schicksal des *Vorwärts*! Vielleicht hätte der Unternehmensbereich der SPD einen besseren Zugang zum *Vorwärts* gehabt, wenn alle seine Kontrolleure das Parteibuch der SPD besäßen und wüßten, was die Partei nötig hat.

Die Belegschaft des *Vorwärts* hat die Auseinandersetzung um ihr Blatt jedenfalls bewußt mit ökonomischen Argumenten geführt und die politischen Hintergründe vermutterter Einstellungsabsichten nur sehr vorsichtig ausgeleuchtet. Sie hatte sich fest auf die Zusicherung von Hans-Jochen Vogel verlassen, alles zu tun, um das Parteiblatt zu erhalten. Das Kontern von Klose wie Fuchs mit Hilfe politischer Argumente hätte zwangsläufig zu einer Totalkonfrontation zwischen Teilen der Belegschaft und der gesamten SPD-Spitze geführt. Zu gewinnen war diese Auseinandersetzung nicht. Sie hätte die Liquidierungsphase lediglich abgekürzt.

Zusätzlich erschwert wurden die Wochen zwischen Ende Januar und Mitte April dadurch, daß der Unternehmer — das sind die Muttergesellschaft des *Vorwärts*-Verlags mit dem schönen Namen »Solidarität«, Kontrolleur Hlubek an der Spitze und Schatzmeister Klose im Hintergrund — keine klaren Ziele absteckte. Betriebsräte kennen das. Ein Unternehmer, der die Belegschaft im unklaren läßt, wen er raussetzen und wen er behalten will, der spielt früher oder später Betriebsabteilungen gegeneinander aus, der entsolidarisiert, ob er will oder nicht.

Der *Vorwärts*-Eigentümer und seine Vertreter haben sich wie selbstgerechte Produktionsmittel-Besitzer verhalten, denen der Respekt vor der Verantwortungsbereitschaft und den Mitbestimmungsrechten einer Belegschaft fehlen. So ordnen sich in der Nachschau die Elemente der Auseinandersetzung in ein groteskes Täuschungsmanöver um: Zuerst ließ man den *Vorwärts* 1988 in ein Riesendefizit rutschen. Die »Solidarität« nahm ihre Kontrollpflicht nicht im nötigen Umfang wahr. Dann wurden Verlagsangestellte und Redaktion dazu gebracht, sich wochenlang an Sparvorschlägen abzuarbeiten.

Schließlich wurde zwar der Beweis geführt, daß der *Vorwärts* bei durchgreifender Sanierung mit weniger als einer Million Mark Zuschuß jährlich klarkommen könnte. Da allerdings hatten Schatzmeister und Bundesgeschäftsführerin im Vorstand schon eine Mehrheit für den Einstellungsbeschluß organisiert. Und einiges spricht dafür, daß hinter den Vorstandskulissen mit beträchtlichem Druck daran gearbeitet worden ist, eigentlich *Vorwärts*-geneigte führende Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen auf eine andere Linie zu bringen. Ökonomische Gründe, die Frage des Zuschusses aus der Parteikasse und Zweifel an der »Marktfähigkeit« des *Vorwärts* — das alles war Garnierung. Der Liquidierung lag eine politische Entscheidung zugrunde.

Einer Gruppe sogenannter »Erneuerer« in Präsidium wie Vorstand der SPD paßte der

*Vorwärts* deshalb nicht ins Konzept, weil er sich in ihrem Sinne nicht einbinden und instrumentalisieren ließ. Es reichte bereits, die programmatische Wiederfindung der Sozialdemokratie und die Vorbereitung auf die politische Praxis der neunziger Jahre kritisch-sachlich und kontinuierlich zu begleiten, um Widerwillen zu erregen und auf tiefe Ablehnung zu stoßen. Ein offener und der innerparteilichen Kontroverse nie verschlossener *Vorwärts* wurde als Kontrollinstanz empfunden, die nicht akzeptiert werden konnte. Das Magazin war eine ständige Gefährdung des politischen Nützlichkeitskalküls Oskar Lafontaines, Gerhard Schröders sowie anderer.

Nur wenige führende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren bereit, um den *Vorwärts* einen Konflikt auszutragen, der mittelbar auf das Selbstverständnis einer starken Gruppe in der SPD-Spitze zurückgeht. Da diese Gruppe außerdem in hohem Maße über die Zusammensetzung der Führungsgremien der Partei mitentscheidet, über Karrieren und Startchancen, ließen sich Mehrheiten organisieren. Heute wird das hinter vorgehaltener Hand von Mitgliedern des Parteivorstandes auch zugegeben. Einigen ist klar, daß sich die SPD-Spitze wiederholte Entscheidungen wie über den *Vorwärts* nicht leisten kann; es sei denn, die Sozialdemokratie will riskieren, daß sich ein »roter« Byzantinismus etabliert.

Wie »byzantinisch« es in Zukunft zugehen wird, das läßt sich daran absehen, wie das neue Produkt, *SM* mit dem Titel *Vorwärts*, beschaffen sein wird. Unter Mithaftung des Vorstandes drückten Anke Fuchs und Hans-Ulrich Klose durch, daß ein durchgestyltes, an der kurzen Leine der Parteispitze geführtes MitgliederMagazin die unterschiedlichen Informations- und Diskussionsbedürfnisse der alten *Vorwärts*-Gemeinde und der *SM*-Anhängerschaft zusammenbinden soll. Das wird an alle SPD-Mitglieder einmal pro Monat kostenlos verschickt werden und acht Seiten aufweisen, die dem alten *Vorwärts* nachempfunden sind — keine leichte Aufgabe für die künftige Redaktion. Daß die Parteiführung im übrigen kaum Wert darauf legt, Teile der *Vorwärts*-Redaktion für das neue Produkt zu übernehmen, war schnell klar. In Bonn wurde das Gerücht ausgestreut, von der alten *Vorwärts*-Redaktion habe niemand Interesse an der Zwitter-Kreation.

Richtig ist freilich, daß bis Mitte Mai kein geschaffter Redakteur gefragt worden war, ob es sie oder ihn reize, die neue »Produktidee« mitzubefruchten. Schließlich kam auch nur eine Stelle in Frage. Die ökonomische Grundlage der Fuchs-Klose-Idee bilden sehr optimistische Annahmen über das Anzeigenaufkommen des frisierten MitgliederMagazins. Der SPD nahestehende PR-Profis hatten behauptet, daß bis zu vier Millionen Mark an Anzeigenumsätzen eingeheimst werden könnten (1988; 1,1 Millionen).

Klappen wird das nicht. Die Rechnung wird nicht aufgehen. Das neue Monatsmagazin wird viel Geld kosten, eine größere Redaktion, einen Verlag, eine Anzeigenabteilung, Vertrieb und anderes mehr benötigen. Es ist absehbar, daß der Schatzmeister Präsidium und Vorstand bereits Anfang nächsten Jahres beichten muß: Ich brauche mehr Geld für unser Produkt. Eine Million wird nicht reichen.

Reinhold Rünker

## Die Parteilinke neu formieren!

Juso-Bundeskongreß in Osnabrück, 31. März bis 2. April 1989

Das wichtigste zu Beginn: Der 1986 auf dem Hagener Bundeskongreß begonnene Erneuerungsprozeß des Juso-Verbandes hat sich auf dem Osnabrücker Bundeskongreß fortgesetzt. Durch überwiegend einstimmige Beschlüsse zur Europapolitik, zum neuen Grundsatzprogrammwurf der SPD (inclusive der Alternativvorschläge für die Kapitel Wirtschaftsdemokratie und Jugend) und durch das mit breiter Mehrheit verabschiedete Bildungskonzept 2000 wurden drei wichtige Schritte für das Comeback der Jusos unternommen. Der Bundeskongreß machte deutlich, daß sich die Jusos wieder als politisch handlungsfähiger und inhaltlich modernisierter sozialistischer Jugend- und Richtungsverband in der SPD präsentieren können.

Der Erneuerungsprozeß, verstanden als Umbau der Verbandsstrukturen im Innern und als Profilbildung im Sinne eines »modernen Sozialismus« nach außen, kann dennoch nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Nicht nur das Verhalten der sich »undogmatisch« nennenden Teile des Verbandes machte deutlich, daß noch einiges bewegt werden muß, damit ein erfolgreiches Comeback der Jusos als gesichert gelten kann.

»Die neokonservative Meinungsführerschaft bröckelt, die Rechtsextremisten formieren sich zu einem eigenständigen Block und gleichzeitig erlebt das schon totglaubte rot-grüne Projekt seinen zweiten Frühling.« Susi Möbbeck, Bundesvorsitzende seit 1988, formulierte die Rahmenbedingungen der weiteren Arbeit der Jusos. Das Ende der Wende rücke in greifbare Nähe. Doch statt die Chance für ein linkes Reformprojekt zu nutzen, »kriegen unsere Herren in der Chef-Etage (der SPD) schon wieder Fracksausen und beschwören den Sozialliberalismus, Teil II«. Die Jusos müßten deshalb künftig viel stärker eine innerparteiliche Oppositionsrolle wahrnehmen, da sich eine Wiederauflage der gescheiterten Schmidt-Politik abzeichne. Die demonstrative Nähe zum Kapitallager, der moderne Sozialliberalismus von Oskar Lafontaine und dessen »Pseudo-Sozialismus in einer Klasse« würden von den Jusos nicht widerspruchslos hingenommen werden. Deshalb würden in den nächsten Monaten seitens der Jusos in den Debatten um das Grundsatzprogramm und das Wahlprogramm »Fortschritt 90« konsequente und konfliktbereite Positionen vor allem in der Wirtschaftspolitik eingefordert werden.

Kritische Worte fand Susi Möbbeck zum Stand der Verbandserneuerung. Mit dem Bildungskongreß »Bildung für unsere Zukunft« im Dezember 1988, der Entwicklung eines neuen »Zukunfts- und Aktionsprogramms«, dem geplanten Euro-Festival über Pfingsten und der ZOFF-Kampagne im Herbst 1989 als zentralen Schwerpunkt der Arbeit des Verbandes seien zwar entscheidende Schritte in Angriff genommen worden. Doch: »Die Erneuerung und Feminisierung unseres Verbandes gestaltet sich schwerfälliger, als wir gehofft haben.« Die Feminisierung werde sich nicht zuletzt am Umgang mit der Quotierung erweisen.

Außerdem stellte sie die noch immer vorhandene Zersplitterung der Arbeit und eine zunehmende Entpolitisierung des Verbandes fest. Die Ursache für diese Entpolitisierung sah Susi Möbbeck in der jahrelang ritualisierten, theoretisch-abgehobenen Selbsterfleischung der Jusos, die vielerorts zu einer Unlust an inhaltlichen Auseinandersetzungen geführt habe. Hier drohe die Verbandserneuerung zu einer inhaltslosen Floskel zu verkommen. Deshalb forderte sie eine Forcierung der Wiederaneignung und Neubestimmung sozialistisch-feministischer Politik. Vor diesem Hintergrund betrachtete sie auch die Entwicklung der Strömungen bei den Jusos: Sie »werden ihre Existenzberechtigung in diesem Prozeß (der Erneuerung) erst noch legitimieren müssen: Als politische Strömungen, die inhaltliche Diskussionen anregen, nicht aber als machtgeile Hinterzimmersozialisten.«

### **Schritt 1: Europapolitik**

Wurde in früheren Jahren der europäische Integrationsprozeß auch seitens der Jusos eher am Rande betrachtet und behandelt, wurden diesmal bereits lange im Vorfeld des Bundeskongresses intensive Diskussionen um eine programmatische Bestimmung einer Juso-Position zu Europa geführt. Diese Diskussion wurde auf dem Kongreß mit dem Spitzenkandidaten für das Europaparlament Gerd Walter und Luciana Castellina (PCI) unter der Leitung von Detlev Samland fortgeführt und fanden Eingang in eine fast einstimmig beschlossene »Juso-Plattform Europa«. Zentrale Feststellung der Plattform ist, daß der europäische Integrationsprozeß von Anfang an einen Schwerpunkt auf die ökonomische Integration setzte, um bessere Bedingungen für das Kapital zu schaffen und Westeuropa als ein Bollwerk gegen die Sowjetunion zu organisieren.

Angesichts der Umsetzung der Einheitlichen Europäischen Akte — im Mittelpunkt hier der europäische Binnenmarkt — gilt es zum einen, sich auf die veränderten politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse einzustellen, zum anderen aber aktiv in den Integrationsprozeß einzugreifen. Vor diesem Hintergrund werden in den unterschiedlichen Politikfeldern Ansatzpunkte für ein Reformprojekt auf europäischer Ebene verlangt, die durch eine verstärkte inhaltliche und programmatische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien der EG-Staaten umgesetzt werden müssen. Die Jusos sehen ihre zentrale Aufgabe darin, dieses durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den jeweiligen Jugendorganisationen einzuleiten.

### **Schritt 2: Bildung 2000**

Daß die bildungspolitische Diskussion bei den Jusos eine herausgehobene Stellung verdient, zeigte sich bereits am Freitagabend. Beabsichtigt war eigentlich, gleich am ersten Abend das in den letzten Jahren entwickelte Konzept zu diskutieren und zu beschließen. Die abzusehende Flut von Änderungs- und Ergänzungsanträgen, die Ausdruck sowohl von großem Diskussionsinteresse als auch bildungspolitischer Kompetenz waren, zwang die Kongreßregie jedoch, die Debatte auf den Samstagnachmittag zu verlegen.

Die BildungsexpertInnen bei den Jusos hatten also Zeit gewonnen, die vorliegenden Anträge zu einem umfassenden Bildungskonzept zusammenzufügen. Heraus kam

keine »Schnippelorgie«, wie in früheren Jahren üblich, sondern eine fundierte Bestimmung der Anforderungen der Jusos an ein Bildungskonzept der Zukunft. Ausgegangen wird dabei von einem Bildungsbegriff, der alle gesellschaftlichen Bereiche und Problemstellungen (Globale Fragen, technischer Fortschritt, etc.) einbezieht und Bildung als Grundrecht für alle versteht. Auf dieser Grundlage wird nicht nur Bezug genommen auf umfassende Reformen der Sekundarstufen I und II (in Richtung Gesamtschule und Kollegschule), sondern auch auf die Situation junger Frauen, ausländischer und behinderter SchülerInnen.

Mit der Betonung notwendiger Demokratisierung und materieller Absicherung von Bildung wurden wichtige Voraussetzungen für ein jugendpolitisches Zukunftskonzept entwickelt, mit dem die Jusos die Ansprüche und Bedürfnisse Jugendlicher nicht nur aufgreifen, sondern auch Möglichkeiten für die Zukunft aufzeigen. In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, dieses Bildungskonzept mit einer Umsetzungsstrategie zu verknüpfen und in das geplante Zukunfts- und Aktionsprogramm (ZAP) einzubringen. Die bildungspolitische Debatte ist daher noch lange nicht beendet.

### **Schritt 3: Einschätzung des Programmentwurfs und der SPD**

Der Sonntag war sicher der mit der größten Spannung erwartete Kongreßtag, nicht nur weil die Auseinandersetzung mit Oskar Lafontaine und dessen Positionen, sondern auch die Verabschiedung grundlegender Anträge zum Programmentwurf und der Einschätzung der Entwicklung in der SPD anstanden.

Der Bundesvorstand hatte sich nicht auf einen gemeinsamen Antrag zur Einschätzung der SPD einigen können und deshalb zwei Anträge vorgelegt. Während der eine Antrag, getragen von der marxistischen Mehrheit um die Bundesvorsitzende, eine kritische Einschätzung der programmatischen Entwicklung der SPD vornimmt und feststellt, daß der Frankfurter Kreis (die bisherige »Parteilinke«) derzeit vollständig versagt und aufgespalten wird, lieferte die Juso-Minderheit um Doris Ahnen eine »kleine Geschichte der SPD« mit einem Anhang der neuen Herausforderungen.

Ahnen und andere mühten sich, die »richtigen Ansatzpunkte« Lafontainschen Gedankenguts hervorzuheben und vermieden eine Einschätzung der aktuellen innerparteilichen Umgruppierungsprozesse. Hauptpunkt des Möbbeck-Antrages war die Feststellung, daß Lafontaine und seine Anhänger mit der Verbindung von individueller Emanzipation und »sozialer Marktwirtschaft« die traditionelle Parteirechte ablösen, zugleich die bisherige Linke in der SPD spalten und in einer Erneuerungskonkurrenz zu den Gewerkschaften, vor allem zur IG Metall eintreten.

Da die Juso-Mehrheit der Meinung war, daß beide Anträge nicht prinzipiell gegeneinanderstehen müssen — weil sie eigentlich verschiedene Themen behandelten — schlug der Bezirk Westliches Westfalen im Bundesausschuß vor, beide Anträge sowohl gemeinsam zu diskutieren als auch mit geringfügigen Änderungen zu beschließen. Für die »Undogmatischen« beharrte das Ex-Bundesvorstandsmitglied Mathias Kollatz jedoch auf den gegensätzlichen Charakter der Anträge und forderte eine Alternativabstimmung der Anträge. Auf weitere Kompromißvorschläge der marxistischen Jusos

antworteten die »Undogmatischen« am Samstagnachmittag mit einer Pressekonferenz, auf der sie Lafontaine zum Kanzlerkandidaten der Jusos erhoben und die Beschlußfassung ihres Antrages zur entscheidenden Kongreßfrage machten.

So war denn die Stimmung auf dem Höhepunkt, als Lafontaine mit seinem Referat begann. Er brachte seine bekannten Vorstellungen zur Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich, Wochenendarbeit, Eigen- und Erwerbsarbeit. Gegen Ende seiner Rede versuchte Lafontaine noch, die gegen ihn stehende Stimmung durch populär-progressive Forderungen in Bereichen wie z.B. Ausländerpolitik umzudrehen. Doch spätestens die ausführliche Replik der Bundesvorsitzenden Möbbeck machte deutlich, daß die Jusos in ihrer Mehrheit auf dem entscheidenden Feld der Wirtschaftspolitik andere Positionen als Lafontaine vertreten. Die »undogmatische« Minderheit hielt sich bei der — insgesamt guten und produktiven — Auseinandersetzung mit Lafontaine zurück.

Gemeinsam konnten dann die Anträge zum Grundsatzprogramm beschlossen werden, die der SPD zwar ein erweitertes Problembewußtsein attestierten, jedoch einen »roten Faden« und konsequentere Positionen einforderten, weshalb Alternativkapitel zur »Wirtschaftsdemokratie« und »Jugendpolitik« ebenfalls fast einstimmig beschlossen wurden.

So viel Einigkeit hätte hoffen lassen können, daß sich die »Undogmatischen« auch bei der SPD-Einschätzung auf die angebotenen Kompromisse einlassen, um eine gemeinsame Beschlußlage zu ermöglichen. Doch es kam anders: Nachdem der Versuch, eine Abstimmung plötzlich überhaupt zu verhindern, gescheitert war, zogen sie überraschend zunächst ihren Antrag und dann sich selbst zurück. Die verbliebene Mehrheit nahm das zur Kenntnis und beschloß fast einstimmig den Antrag von Susi Möbbeck und anderen.

## Fazit

Inhaltlich konnten die Jusos auf ihrem Bundeskongreß drei Schritte nach vorn machen — die »undogmatische« Minderheit tat einen Schritt zurück in die Fraktionsrituale früherer Jahre. Dabei muß festgestellt werden, daß alte Fraktionsgrenzen langsam, aber sicher zu bröckeln beginnen — was durchaus zu begrüßen ist. Die Strömungen bei den Jusos sind aufgefordert, ihren Beitrag zur Neuformierung einer Parteilinke zu leisten. Gemeinsam mit den fortschrittlichen Teilen der Gewerkschaften, mit den gewerkschaftlich und sozialistisch orientierten Kräften der AsF und anderer SPD-Arbeitsgemeinschaften sowie mit den »Altlinken« um von Oertzen muß eine moderne sozialistische Politik entwickelt werden, die als Gegenentwurf zur schleichenden Sozialliberalisierung der SPD — als ökologisch und sicherheitspolitisch aufgepeppt »Schmidt-Politik« — bestehen und zur Hegemoniefähigkeit der Sozialdemokratie beitragen kann.

Die große Mehrheit der Jusos scheint bereit zu sein, diesen Weg zu gehen. Es bleibt zu hoffen, daß auch die Juso-Minderheit künftig bereit ist, sich an einem konstruktiven Streit um diesen »modernen Sozialismus« zu beteiligen.

Eva Quante-Brandt

## SPD in Bremen

Bis zu Beginn dieses Jahres war viel von der Krise der Bremer SPD zu hören und zu lesen. Im November letzten Jahres trat der Landesvorsitzende Herbert Brückner nach heftigen innerparteilichen und in der Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzungen zurück. Oberflächlich betrachtet zog er damit die Konsequenz aus den gegen ihn gerichteten Vorwürfen im Zusammenhang mit der sogenannten Schwarzgeldklinik. Bei genauerer Betrachtung ist Brückner jedoch hauptsächlich an dem Spannungsverhältnis zwischen Bremer Senat und Partei gescheitert. Wesentlich verantwortlich für dieses Spannungsverhältnis ist der Präsident des Bremer Senats höchstpersönlich, Klaus Wedemeier. Dieser läßt keine Möglichkeit aus, sich den Großunternehmen anzudienen.

So reichte von MBB schon die Andeutung einer Erpressung aus, und der Ausbau der Flughafenlandebahn zugunsten von MBB war beschlossene Sache. Diesem Beschluß folgte die SPD noch mit großer Mehrheit, wenn auch zum Teil mit ungutem Gefühl und in der Tasche geballter Faust. Als Klaus Wedemeier entgegen aller sozialdemokratischer Beschlüsse einer Fusion von Daimler Benz mit MBB zustimmte und dazu auch noch 40 Millionen DM beisteuern wollte, spielte die SPD nicht mehr richtig mit und versagte ihm mit dem Hinweis auf fehlenden aktuellen Handlungsbedarf die unbedingte Gefolgschaft. Bei der Diskussion um die Schulstandorte in Bremen kam es auf dem Landesparteitag zur offenen Konfrontation zwischen Senat und Partei. Klaus Wedemeier drohte mit dem Gewicht seines Amtes, um Schulstandorte wie von der Bremer Handelskammer und Bremer Unternehmern gefordert durchzusetzen. Die Partei erteilte ihm in einer Kampfabstimmung eine Abfuhr. Der Senat mußte ein neues Schulstandortkonzept entwickeln.

Doch die Selbstherrlichkeit des Bürgermeisters ging weiter. Tragisches Beispiel dafür ist sein hartnäckiges Festhalten am Innensenator trotz dessen politischer Verantwortung für katastrophale Fehler der Polizei während des Geiseldramas. Als er nicht mehr zu halten war, stellte Klaus Wedemeier ohne vorherige Rücksprache mit der Partei der Öffentlichkeit sowohl einen Personalvorschlag als auch eine Senatsumbildung vor. Dabei war das Kriterium der Qualifikation offensichtlich nicht angewandt worden. Klaus Wedemeier mußte seinen Vorschlag auf Druck der Partei verändern. Diese Art des Regierens führte zu einem immensen Vertrauensverlust der Politik innerhalb der Bremer Bevölkerung und zu einer weitgehenden Demotivierung der Parteibasis.

Zu diesem Zeitpunkt forderten Senatsvertreter den Landesvorsitzenden nahezu unverholen zum Rücktritt auf. Er sollte den »Weg für einen Neuanfang freimachen«. Noch bevor Brückner Gelegenheit hatte, sich zu dem gegen ihn gerichteten Vorwurf der Kumpanei im Kliniksumpf zu äußern, wurde Klaus Wedemeier den unbequemen Parteivorsitzenden los. Er und interessierte GenossInnen in der Bürgerschaftsfraktion und Partei nutzten dabei geschickt eine in der Bevölkerung vorhandene Stimmung des »irgend etwas wird schon dran sein«.

Der Hauptgrund für die Krise der SPD in Bremen ist gleichwohl die Regierungspolitik von Klaus Wedemeier, der auf die Ratschläge der Handelskammer mehr hört als auf die Anliegen der eigenen Parteibasis. Nur am Rande sei vermerkt, daß noch nicht bekannt ist, ob sich die Handelskammer bei den nächsten Bürgerschaftswahlen mit aller Kraft für die Wiederwahl von Klaus Wedemeier zum Bürgermeister einsetzen wird. Die momentane Schwäche der Bremer Partei läßt sich allein damit jedoch nicht erklären. Insgesamt fehlt eine Durchsetzungsstrategie, mit der die Probleme des Landes bewältigt werden könnten.

Und da von der Parteirechten nichts anderes als Sachzwangpolitik zu erwarten ist, bildet der Mangel an Strategie ein deutliches Zeichen für die Schwäche der Linken innerhalb der Bremer SPD. Diese Schwäche wird von einer Vielzahl GenossInnen gesehen, und es wurde bereits der Versuch unternommen, sie zu beseitigen. Als erster Schritt sollte die Bremer Parteilinke neu institutionalisiert werden. Nach dem zweiten Treffen war jedoch Schluß. Die GenossInnen wußten nicht, was solche Treffen sollen. Die Anregung zur inhaltlichen Diskussion stieß auf wenig Resonanz. Für die überwiegende Mehrheit der GenossInnen dienen solche Treffen ausschließlich dem Aushandeln von Posten und Funktionen. Wenn es das nicht gibt, besteht kein Interesse.

Die mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung miteinander führt zu fatalen Ergebnissen. Weil die Linken untereinander über Jahre hinweg ihre gegenseitigen Vorurteile pflegen bzw. kaum in der Lage sind, positive Veränderungen festzustellen, konnte sich bei den Wahlen zum stellvertretenden Landesvorsitzenden ein ausgesprochen rechter »Betonkopf« durchsetzen. Daß GenossInnen mit ausgewiesenen linken Positionen mehrheitsfähig sind, zeigte die Wahl von Detlev Albers in den Parteirat. Auch wenn diese Funktion für die Bremer SPD weniger bedeutsam ist als die Besetzung des Landesvorstandes, so ist doch bemerkenswert, daß sich mit Detlev Albers ein profiliertes Parteilinker gegen den Parteirechten Hättling deutlich durchsetzte.

Ilse Janz hat als neue Landesvorsitzende einen kollektiven Leitungsstil angekündigt und alle GenossInnen zur Mitarbeit aufgefordert. Damit besteht die Möglichkeit, innerhalb der Bremer SPD eine Politik jenseits der Sachzwang- und Marktlogik durchzusetzen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine inhaltliche Verständigung der Reformkräfte innerhalb der Partei. Nur so kann die SPD als Machtfaktor die Senatspolitik mitgestalten und langfristig die Mehrheit im Lande Bremen sichern. Auch wenn klar ist, daß die politischen Einflußmöglichkeiten des kleinen Bundeslandes Bremen gering sind, mit weitgehender Anbiederung an Mercedes Benz und MBB ist keine ausstrahlungsfähige Politik zu machen. Ausstrahlungsfähig — und zwar über die Grenzen Bremens hinaus — ist eine Politik, die bei über 15 % Arbeitslosigkeit den Maßstab der Schaffung von Arbeitsplätzen an sich selbst anlegt und die finanziellen Schwierigkeiten nicht auf dem Rücken der sozial Schwachen austrägt. Daran sind auch und gerade die Diskussionen und Strategien der Parteilinken zu messen.

# Gesundheitspolitik

Norbert Mappes-Niediek

## Wann kommt die nächste Gesundheitsreform?

So erregt die Debatte über die Gesundheitsreform in den Jahren 1987 und 1988 auch war: Gesundheitspolitik ist ein ödes Thema. Unter den Insidern des Fachs gilt es als ausgemacht, daß hier nur mitreden darf, wer die Reichsversicherungsordnung gelesen hat. Und wer sich traut, über dieses schwierige Fachgebiet der Politik zu sprechen, kommt von der Sonntagsphrase — daß Gesundheit das höchste Gut sei oder daß wir alle trotz steigender Kosten nicht gesünder würden — schnell zu so unduchsichtigen Spezialitäten wie dem »Indemnitätstarif«, dem »Kontraktionszwang« oder dem »Bayernvertrag«.

Gesundheitspolitik ist langweilig. Aber ihr Gegenstand, das Thema *Gesundheit*, ist höchst interessant — ein lockeres Wort über Homöopathie, und so mancher Zirkel junger, kerngesunder Akademiker ist abendfüllend beschäftigt. Selbst das Gesundheitswesen ist noch spannend. Schließlich ist es dasjenige System, das die existentiellen Fragen von Geburt und Tod verwaltet und in dem sich alle sozialen Probleme wie in einem Brennglas sammeln. Nur die Gesundheitspolitik hat an dem hohen Aufmerksamkeitswert ihres Gegenstandes keinen Anteil. Sie ist ein Feld für »Sopos«, wie ihre Spezialisten im Bonner Jargon heißen: für Technokraten und Bürokraten, die ihre perverse Freude daran finden, Zahlenkolonnen zu addieren und konkrete, existentielle Probleme von Menschen in einem Schwall von Daten aufgehen zu lassen.

Das hier karikierte Urteil trifft zu: Gesundheitspolitik ist wirklich öde und langweilig, denn es geht ihr um nichts anderes als um Geld. Diese Selbstbeschränkung wirkt sich fatal aus. Wir leisten uns ein gigantisches Medizinsystem, das frei und unbekümmert vor sich hin werkelt, sich ausdehnt, wo es mag, sich Schwächen leistet, wo es ihm gefällt, Geld anfordert, wie es gerade Appetit hat. Die Aufgabe von »Gesundheitspolitik«, wie sie in der Bundesrepublik betrieben wird, ist es, das Geld für die Rechnung zusammenzukratzen. Aufgabe einer Gesundheitsreform wäre es, die Chance für eine wirkliche Gesundheitspolitik erst zu eröffnen.

Um den systematischen Ort zu bestimmen, an dem eine solche Reform sich ansiedeln müßte, müssen wir einen Blick zurückwerfen auf das Gesetzeswerk des Jahres 1988, das den Namen »Gesundheitsreform« einstweilen besetzt hält.

Ziel dieses Gesetzes war nach freimütiger Auskunft seiner Initiatoren in erster Linie, die Lohnnebenkosten zu senken. Erst in zweiter Linie ging es um eine Senkung der Kosten im Gesundheitswesen. Das Gesetz hatte den nachvollziehbaren Impuls des mittelständischen Unternehmers: Ich habe mir eine junge, gesunde Belegschaft zusammengekauft, die ein Sechstel bis ein Siebtel ihres Lohns für eine Versicherung gibt, die das

Geld dann an Sieche und Kranke, Behinderte, Mühselige und Beladene weiterreicht. Wozu erst umständlich die Kosten des Gesundheitswesens durchforsten, wenn dieser Ungerechtigkeit ganz einfach ein Ende gemacht werden kann?

Die Blümsche Gesundheitsreform hat diesem Impuls Rechnung getragen, indem sie das finanzielle Krankheitsrisiko ein Stück weiter auf die Kranken verlagert hat. Aber in Teilen ist das Gesetz, wenn auch zaghaft, schon zu einer echten Kostendämpfung vorgestoßen: bei den sogenannten Festbeträgen.<sup>1</sup> Hier werden Kosten reduziert — wenn es denn klappt, denn Unsicherheitsfaktoren sind die Entschlossenheit der Pharmabranche, in jedem Festbetragsfall die Gerichte zu bemühen, und natürlich die Reaktion der Rechtsprechung. Zu einem weiteren Teil also werden Kosten verlagert. In die Dynamik aber, die die Kosten produziert, wird nicht eingegriffen. Das erscheint auch, so paradox es klingt, gesundheitspolitisch offenbar unnötig und volkswirtschaftlich sogar unsinnig.

So war in dem Zahlengewirr, das jedem gesundheitspolitisch Interessierten zunächst vorgesetzt wird, die Entwicklung der Gesundheitskosten gemessen am Bruttosozialprodukt, als eines der wichtigsten Daten, kaum zu erkennen. Vor allem der Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte (VdÄÄ), der eine Art organisatorisches Zentrum für die vielen linken und alternativen Ärztelisten in den Kammern vorstellt, wies fast als einzige Organisation immer wieder darauf hin, daß der Anteil der Gesundheitskosten seit Mitte der siebziger Jahre konstant bei etwa 10 Prozent liegt. Die besten internationalen Vergleichszahlen gibt es für den Anteil am sogenannten Bruttoinlandsprodukt. Da liegen die Kosten in der BRD seit 1975 bei knapp über 8 Prozent, in den USA, dem Land mit einem weitgehend marktwirtschaftlichen Gesundheitssystem, bei knapp 11 Prozent. Höher als in der Bundesrepublik sind die Gesundheitskosten außerdem in Frankreich, den Niederlanden und Schweden, also in sozial und industriell entwickelten Ländern.

Offenbar sind es nicht die Kosten des Gesundheitswesens, die Anstoß erregen. Es regt sich ja auch niemand darüber auf, wenn etwa die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhen teurer und schließlich zu einem ernsten Problem für die unteren Bevölkerungsschichten wird. Man würde es geradezu für lächerlich halten, wenn jemand dieses Phänomen als »Kostenexplosion im Fußbekleidungswesen« beschriebe. Jeder würde statt dessen die Dynamik und wirtschaftliche Gesundheit der Schuhbranche loben, ihre Expansionsfähigkeit und Innovationskraft. Im Bereich Gesundheit, in dem sich mehrere prosperierende Branchen bewegen, gelten diese Tugenden als Laster. Der einzige Grund dafür ist, daß die Gesundheitskosten nicht individuell, sondern zum allergrößten Teil kollektiv getragen werden. Es gibt keinen Markt mit vielen Kunden, sondern gewissermaßen nur einen einzigen Käufer. Wenn nun die kollektive Organisation der Kunden im Gesundheitswesen die Quelle allen Übels ist — was liegt da näher, als es wie alle anderen Bereiche marktwirtschaftlich zu organisieren, es also in eine Organisationsform zu überführen, in der das »Laster« der Kostenexplosion zur »Tugend« der Marktexpansion wird und die Tatsache, daß dieser Sektor sich 11 Prozent am Bruttoinlandsprodukt erobert, gefeiert wird statt als besondere Gefräßigkeit denunziert zu werden?

Diese kollektive Organisation, der neun von zehn Bundesbürgern angehören, führt übrigens, da sie dem kapitalistischen Wirtschaftssystem im Grunde fremd ist, nicht einmal zu einer Stärkung der Nachfrageseite. Weil die Anbieter im Gesundheitswesen sonst einem übermächtigen Nachfrager ausgeliefert wären, hat die Gesetzgebung diesen Nachfrager so gefesselt und geknebelt, daß die Anbieter nun ihrerseits mit ihm machen können, was sie wollen. Unzählige Gesetze und Bestimmungen, die totale Verrechtlichung der Wirtschaftsbeziehungen im Gesundheitswesen reduzieren die Handlungsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf nahe Null. Deren Ohnmacht erspart den Anbietern die Mühen eines Preiswettbewerbs.

Ansonsten behalten die Marktgesetze in diesem merkwürdigen System durchaus ihre Gültigkeit. Daß der Markt auf der Nachfragerseite nicht existiert, ermöglicht dem Gesundheitswesen bei bestehender sozialer Ungleichheit erst seine Funktion. Daß er auf der Anbieterseite sein Recht behält, macht dieses Mischsystem in weiten Teilen wieder dysfunktional.

Das Gesundheitssystem produziert nicht Gesundheit, sondern Gesundheitsleistungen, Dienstleistungen also, die dem Zweck dienen, Gesundheit wieder herzustellen. Welche Mittel geeignet sind, solche Leistungen zu erbringen, ist leicht feststellbar, die Rationalität ihres Einsatzes ist leicht meßbar. Nicht meßbar ist dagegen, ob diese Leistungen wirklich zu mehr Gesundheit führen. Denn Gesundheit ist ein schwer faßlicher Wert, ebenso wie das Glück, dessen Gewährleistung in den USA deshalb ganz folgenlos Verfassungsrang hat.

Die Differenzierung ist alles andere als haarspalterisch. Wartezimmer von praktischen und Allgemeinärzten sind bekanntlich zu einem großen Teil von Frauen in fortgeschrittenem Alter gefüllt, die oft alleinstehen, über unspezifische Beschwerden klagen, schlecht schlafen, niedergeschlagen und antriebsarm sind. Der Arzt wird die Ursachen der »Befindlichkeitsstörung«, die sich bis zu heftigen psychosomatischen Beschwerden, etwa zu völliger, quälender Schlaflosigkeit steigern kann, leicht, wenn er nicht völlig unsensibel ist, in der Lebenswirklichkeit seiner Patientin ausfindig machen, an der er gleichwohl nichts ändern kann. Seine Dienstleistung wird, dürftig genug, wohl zum Ziel haben, seine Patientin zu beruhigen, ihr die Anpassung an die widrigen Lebensumstände zu erleichtern. Das kann mit einem Gespräch geschehen, das, im Gegensatz zur landläufigen Meinung, selten erfolgreich sein wird. Der Arzt wird die unsichere und zeitraubende Art der Dienstleistung durch die Verschreibung eines Placebos (hier sind besonders homöopathische Mittel beliebt) oder eines Tranquilizers ersetzen.

In ökonomischen Kriterien gesprochen, rationalisiert der Arzt seinen Zeitaufwand. Die gewonnene Zeit ermöglicht es ihm, anderen Patienten in ähnlicher Weise zu »helfen«. Ob die Patientinnen auf diese Weise gesünder werden, muß man sehr bezweifeln. Oft tritt das Gegenteil ein. Werden sie aber kränker, so lösen neue Beschwerden neue Leistungen aus, die auch wieder rationalisiert werden. Krasses Beispiel für die Wirkung dieses ökonomischen Mechanismus ist die durch Ärzte verursachte Sucht. Kein ökonomischer Impuls führt dahin, daß Medikamente, die einmal helfen sollten und statt dessen geschadet haben, wieder abgesetzt werden. Aber die persönlichen

Leistungen wie Gespräch und Psychotherapie, die dem nun süchtig Gewordenen zuge-dacht werden, haben ihrerseits die Tendenz, ebenfalls rationalisiert zu werden. Man denke etwa an das umstrittene Methadon, das unter gewissen Umständen auch der Vor-bote für eine neue Rationalisierungswelle im Gesundheitswesen sein kann.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie die marktwirtschaftliche Selbststeuerung des Ge-sundheitswesens an der gesellschaftlichen Funktion dieses Systems glatt vorbeigeht, ist die Prävention. Das System ist ausgesprochen präventionsfeindlich. Nimmt man einmal das Modell eines Wochenmarktes vor Augen, wird schnell klar, woran das liegt. Händler haben ihre Stände aufgebaut und bieten ihre Waren feil. Kunden betreten den Markt dann, wenn sie etwas kaufen wollen, wenn sie also einen Mangel verspüren. Ohne diesen Mangel als Impuls gerät das ganze System überhaupt nicht in Bewegung. Ein Arzt wird dann aktiv, wenn er von seinem Kunden, dem Patienten, dazu aufgefor-dert wird. Ein Zahnarzt etwa, der genaue Beschreibung einer vernünftigen Zahnpflege, etwa mit einer Technik des Zähneputzens, auf Plakatwände klebte oder auf Flugblätter verteilte, täte zwar gesellschaftlich etwas sehr Sinnvolles, betriebswirtschaftlich aber etwas Sinnloses. Denn niemand hat ihn aufgefordert, das zu tun, und niemand wird ihn dafür bezahlen. Der Patient muß zu ihm kommen und eine Leistung von ihm ver-langen. Die Gesundheitsreform hat übrigens gerade der zahnmedizinischen Prophy-laxe auf ganz typischen Krücken Eingang ins Gesundheitswesen verschafft: Der Pa-tient wird künstlich, sekundär, angeregt, sich zur Prophylaxe in die zahnärztliche Praxis zu begeben — die Besuche werden ihm mit einem Kostenerlaß bei eventuell fäl-ligem Zahnersatz vergolten, damit ihm der Zahnarzt dort erklären kann, wie man sinn-volle Zahnpflege betreibt. Das ist volkswirtschaftlicher Unsinn, denn solche Präven-tion ließe sich viel effektiver an Arbeitsplätzen, in Schulen oder Straßenbahnen und Omnibussen betreiben. Daran kann aber niemand verdienen.

Eine Gesundheitspolitik muß sicherstellen, daß die weitgehend systembedingten ge-sundheitlichen Defizite in der Bevölkerung angegangen werden. Um das zu ermögli-chen, muß sie sich die rechtlichen und finanziellen Mittel erst verschaffen. Ein Bei-spiel für Gesundheitspolitik im eigentlichen Sinne ist übrigens die Aids-Politik. Gleich was man im einzelnen von ihr hält: Sie war und ist, wo sie noch betrieben wird, eine echte Gesundheitspolitik, weil nach politischer Vorgabe gezielt Mittel in Forschung, Versorgung und Aufklärung gesteckt wurden. Sie dien(t)en dem erklärten Ziel, die Ausbreitung der Krankheit Aids zu stoppen.

Die Konturen einer Gesundheitsreform, die den hier geforderten politischen, gestal-terischen Zugang zu gesundheitlichen Fragen erst möglich macht, zeichnen sich in der fachwissenschaftlichen und in der fachpolitischen Diskussion schon deutlich ab. Ein konzises und inhaltlich weit fortgeschrittenes Programm dazu hat der Arbeitskreis So-zialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion am 4. März 1988 mit den »Eckdaten eines so-zialdemokratischen Konzepts zur Strukturreform im Gesundheitswesen« vorgelegt. Vorerst als eine von drei Möglichkeiten der Steuerung des Gesundheitswesens hat eine solche politische Steuerung Eingang in den Zwischenbericht der Bundestags-En-quête-Kommission »Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung« gefunden. Dort heißt sie Konzept der »Globalsteuerung und Budgetierung«. Das geht so:

Zunächst kennt dieses Konzept einen Souverän, der über eine höhere als die fragwürdige Souveränität des »Königs Kunde« verfügt. Dieser Souverän gibt dem ganzen Gesundheitswesen, dessen Strukturen vorerst unangetastet bleiben, einen sogenannten inhaltlichen Orientierungsrahmen vor. Er sagt zum Beispiel:

— Noch in diesem Jahrhundert muß unser Gesundheitswesen es schaffen, daß sich der Abstand in der Sterblichkeit zwischen einfachen Arbeitern und der Oberschicht aus Selbständigen, Akademikern, leitenden Beamten und Angestellten um einen bestimmten Prozentsatz verringert.<sup>2</sup>

— Der Trend zum Rauchen bei Frauen, der einzige gegenläufige Trend bei einer Lebenserwartung, die sich der biologischen Grenze nähert, muß gestoppt werden.

— Die Karieshäufigkeit bei sechsjährigen Kinder, also bei der Einschulung, wird um die Hälfte vermindert.<sup>3</sup>

In einem zweiten Schritt wird jetzt geprüft, welche finanziellen Mittel für die vom Bundestag für gut gehaltenen gesundheitspolitischen Vorhaben zur Verfügung stehen oder verfügbar gemacht werden sollen. Dabei wird der Gesetzgeber auf zahlreiche Mißverhältnisse stoßen, die ihn schon jetzt stören, mit denen er sich dann aber sehr konkret befassen müssen. Der miserablen Kariesbilanz steht ein anhaltender Ausgabenboom gegenüber. Nirgendwo sind die Ausgaben für Zahnbehandlung und Zahnersatz pro Kopf der Bevölkerung so hoch wie bei uns. 12,6 Prozent der Gesundheitskosten gehen dafür drauf. Im viel gesünderen Großbritannien sind es gerade 4,4 Prozent. Hier werden nun die Ausgaben budgetiert, das heißt, es wird festgelegt, wieviel Geld für die Erreichung des Ziel benötigt und zur Verfügung gestellt wird.

Jede dieser Prioritätensetzungen unterliegt einer intensiven politischen Diskussion. Daran anschließen soll sich, nach der Entscheidung auf Bundesebene, aber kein System von Befehl und Gehorsam, sondern die Entscheidungskompetenz von regionalen Gesundheitskonferenzen. Ihnen gehören die Krankenkassen an, die Leistungserbringer und die Gebietskörperschaften. Hier sollten auch Selbsthilfegruppen, Initiativen und Patientenverbände Mitspracherecht haben. Die Aufgabe der Konferenzen ist, den globalen Orientierungsrahmen auf die regionalen Gegebenheiten zu übertragen. Der Plan, den sie erstellen, legt fest:

- die Schwerpunkte der Prävention nach Krankheitsarten und sozialen Gruppen,
- wieviel Geld wofür ausgegeben wird,
- wer welche Aufgabe zu erfüllen hat.

So könnte ein Bedarfsplan auch festlegen, wie viele Allgemein- und Facharztpraxen in welchem Gebiet nötig sind, welche sonstigen medizinischen Einrichtungen gebraucht werden — da könnte über Ambulanzen, Polikliniken und mobile Präventionsteams endlich einmal pragmatisch gesprochen werden — und wie viele Krankenhausbetten mit welcher fachlichen Aufgliederung erforderlich sind.

An der Achtlosigkeit, mit der wir jede zehnte Mark für die Gesundheit ausgeben, kann sich nur etwas ändern, wenn die vielfältigen Diskussionen über Gesundheit und Medizin, die in der Bevölkerung seit jeher geführt werden, nicht nur ein verändertes Verbraucherverhalten hervorrufen, sondern auch in politischer Orientierung ihren Niederschlag finden. Das SPD-Konzept könnte wieder ein Einstieg sein in eine zu-

kunftsorientierte Diskussion über das Gesundheitswesen, die erste nach dem Abschluß der fälligen Modernisierung um 1975, und nachdem SPD-geführte Regierungen jahrelang die Gesundheitspolitik als fiskalisches Problem behandelt und all die Folterinstrumente der Kostenverlagerung geschmiedet haben, die unter Blüm zu noch weniger gehinderter Entfaltung kamen. Das Konzept macht es vor allem möglich, unterhalb der Schwelle einer völligen Revolutionierung des Gesundheitswesens mit sinnvoller Arbeit zu beginnen.

Wann diese Gesundheitsreform nun kommt, hängt nicht nur davon ab, wer in Bonn regiert. Schließlich müßte das Konzept trotz seiner pragmatischen Orientierung gegen den fundamentalen Widerstand derer durchgesetzt werden, die an dem unregelmäßigen Durcheinander von heute ihr Interesse haben (vor allem also gegen die Pharma- und Geräteindustrie<sup>4</sup>), und auch gegen die, die durch die Demokratisierung des Gesundheitswesens um ihre Herrscherrolle fürchten müssen: gegen den größten Teil der organisierten Ärzteschaft also, und sogar gegen die einflußreichen freien Wohlfahrtsverbände, die als Krankenhausträger eine wichtige Rolle spielen. In einer Koalition mit der FDP, gleich ob der andere Partner SPD oder CDU heißt, wird da nichts zu machen sein. Deren Vorsitzender gilt in Bonn als Mann der Versicherungswirtschaft, stets daran interessiert, der Privaten Krankenversicherung ein Geschäft zu eröffnen. Und seine »sozialliberale« Antagonistin Adam-Schwaetzer gilt als die Frau der Pharmaindustrie.

Jedoch selbst die SPD und die Grünen wird man zum Jagen tragen müssen, denn auch eine von diesen Parteien gestellte Regierung wird die Anzahl der Konflikte klein halten wollen, in die sie sich begibt. Die Grünen stehen dem Programm der SPD, das im wesentlichen eine nationale Entsprechung des europäischen Programms der Weltgesundheitsorganisation WHO ist (»Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000«), zwar aufgeschlossen gegenüber. Da Sozialpolitik aber kein klassisches Thema der Grünen ist und die Basis nicht weiter interessiert, sind die Positionen der Partei in sozial- und gesundheitspolitischen Fragen oft von Zufällen abhängig. Aber auch an der Entschlossenheit der SPD, ihre Vorstellungen wirklich durchzusetzen, kann man nach einer Bilanz ihrer Taktik gegenüber der Blümschen Reform zweifeln. So traf die Kritik der SPD die auch bei der IG Metall im wesentlichen positiv beurteilte Festbetragsregelung bei den Arzneimitteln. Ein Argumentationspapier für die Bundesfraktion nannte diesen zu zaghaften, aber inhaltlich interessanten Schritt zur Kostendämpfung falsch, da er »einseitig in den Wettbewerb« eingreife und, ein pur demagogisches Argument der Pharmaindustrie, »Gesichtspunkte der qualitativen Versorgung außer acht« lasse. Für besonderen Ärger bei der IG Metall sorgte die Haltung der SPD gegenüber erweiterten Möglichkeiten der Datenerhebung: Anstatt zu differenzieren (wie es auf der anderen Seite die IG Metall ebensowenig tat) widersprach die SPD in keinem Punkt einer Kampagne des erzkonservativen Hartmannbunds, der den Kassen keinen Einblick in die Abrechnung seiner Mitglieder gewähren wollte.

Gravierender als solche irritierende Taktik ist die Tatsache, daß die SPD sich bisher nicht auf ein Konzept zur Krankenkassenreform einigen konnte, das zu ihren weitergehenden Reformvorstellungen paßt. Bei der vorgesehenen Regionalisierung wäre es

folgerichtig, wenn den regionalen Konferenzen auch die Beitragsgestaltung obläge. Das würde bedeuten, daß in einer bestimmten Region alle Kassen, Orts-, Betriebs- und Ersatzkassen, denselben Beitragssatz erhöhen, wobei eventuell ober- oder unterhalb einer bestimmten Marge ein überregionaler Finanzausgleich stattfinden müßte. Statt dessen will die SPD einen bundesweiten Finanzausgleich innerhalb jeder Kassenart, was ein Konzept der Regionalisierung eher konterkariert.

Für die Durchsetzung des Konzepts gibt es trotzdem eine realistische Chance: Einer rot-grünen Regierung muß der Konflikt mit Ärzteschaft und Pharmaindustrie immer noch angenehmer sein als der Streit mit ihrer eigenen Wählerklientel, die energisch auf ein Gesundheitswesen dringt, das diesen Namen verdient.

### Anmerkungen

- 1 Wenn jemand Aspirin verschrieben bekommt, zahlt ihm die Kasse nur noch den Preis für das eben-sogute, gleichartige, aber wesentlich billigere ASS ratiopharm. Wenn der Patient unbedingt sein Aspirin haben will, muß er die Differenz selbst bezahlen. Meistens wird er dann das billigere Mittel bevorzugen. Damit soll dann ein Preiswettbewerb ausgelöst werden, der auch den Hersteller des teuren Aspirin zwingt, mit dem Preis herunterzugehen.
- 2 Arbeiter sterben dreimal so oft vor der Erreichung des 70. Lebensjahres wie ihre Chefs; sechs- bis siebenmal so oft an Magenkrebs, doppelt so oft an Mastdarmkrebs, viermal so oft an Lungenkrebs, doppelt so oft am Herzinfarkt, siebenmal so oft an der Leberzirrhose.
- 3 Die Ergebnisse von Einzelstudien über den Kariesbefall von Sechsjährigen schwanken zwischen 72 und 93 Prozent. In verschiedenen Langzeitstudien über die Karieshäufigkeit im Zeitraum seit den sechziger Jahren hat sich herausgestellt, daß einzelne Länder ganz erhebliche Rückgänge ver-melden konnten: Australien um 65 %, England um 53 %, Schweden um 51 %; alle untersuchten Länder, zwölf an der Zahl, um mindestens 30 %. Einzige Ausnahme war die BRD. Hier stieg die Karieshäufigkeit um 23 %!
- 4 Man muß hier differenzieren. Die Multis legen mehr und mehr Wert auf Berechenbarkeit und Kal-kulierbarkeit der Gesundheitspolitik. Diesen Interessen kommt eine programmorientierte Gesund-heitspolitik unter Umständen sogar entgegen. Die härtesten Kampfgruppen der Branche werden aber von den kleinen und mittleren Unternehmen gestellt, die um jede Mark kämpfen. Sie sind es auch vor allem, denen sich die FDP verpflichtet hat.

# Zukunft der DKP

Steffen Lehndorff

## Erneuerung oder Sekte?

### Zur gegenwärtigen Auseinandersetzung in der DKP

Die Existenzkrise der DKP ist in meinen Augen ein spezifischer Ausdruck allgemeinerer Probleme des linken Flügels der Arbeiterbewegung. Eine Erneuerung der DKP kann ich mir nur vorstellen als Bestandteil eines Erneuerungsprozesses der Linken. Ich sehe sogar Chancen, daß von einer erneuerten DKP Impulse für diesen weitergefaßten Erneuerungsprozeß ausgehen können.

#### Die Krise des linken Flügels der Arbeiterbewegung

Die Defensive der Arbeiterbewegung ist namentlich in linkssozialdemokratischen und -gewerkschaftlichen Kreisen ein seit längerem viel diskutiertes Thema. Da ist die — durch die wissenschaftlich-technische Revolution potenzierte — kapitalistisch-deformierte Produktivkraftentwicklung, die sich zu einer tödlichen Bedrohung für die weitere Existenz der Menschheit ausgewachsen hat. Da sind die — ebenfalls mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verknüpften — sozialen Strukturveränderungen im Kapitalismus der Bundesrepublik, die eine Auflösung traditioneller Bindungen und Milieus und zugleich das Auseinanderdriften von Lebenslagen innerhalb der Arbeiterklasse mit sich bringen. Für die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen besonders schwer verdaulich sind die Individualisierungserscheinungen, die der französische marxistische Soziologe Lucien Séve mit einer »Krise des kämpferischen Lebens« in der Arbeiterbewegung in Verbindung brachte. Die gegenseitige Verständnislosigkeit zwischen großen Teilen der organisierten Arbeiterbewegung und großen Teilen der Jugend ist dramatischer Ausdruck dieser Tendenz. Fast ebenso hilflos und verständnislos war (und ist teilweise immer noch) die Reaktion der organisierten Arbeiterbewegung auf den immer umfassender erhobenen Anspruch von Frauen auf Gleichstellung und Eigenständigkeit.

Diese zunächst weithin unbegriffenen Basisprozesse brachten die Arbeiterbewegung, speziell ihren linken Flügel, in den kapitalistischen Zentren in die Defensive. Der Programmwurf der kommunistischen Partei Großbritanniens bezeichnet dies als ein Versagen der traditionellen »linken Bilder«. Unter dem Druck der konservativen Welle, aber ebenso unter dem Eindruck der neuen sozialen Bewegungen entwickelte sich in wachsenden Teilen der Linken und der Arbeiterbewegung jener Anpassungs- und Umstellungsprozeß, in dem wir alle heute stehen.

Ermutigend ist, daß zwischen den Linken das Interesse aneinander und an gemein-

samer Diskussion zunimmt. Doch Organisations- und Parteiinteressen ziehen immer noch Zäune, Eitelkeit und Konkurrenzdenken stecken Claims ab. Beides ist beim Gewinn neuer Erkenntnisse nicht förderlich. Abschreckendstes Beispiel dafür ist die Entwicklung der DKP bis zu dem Zeitpunkt, da der Streit um die notwendige Erneuerung offen ausbrach. Die offizielle DKP hatte es bis dahin verstanden, sich weitgehend aus dem Neuorientierungsprozeß der Linken herauszuhalten und sich und ihre Mitglieder von den Diskussionen auch in der internationalen kommunistischen Bewegung abzuschotten. Doch Spätzündungen führen zum Knall! Die Dynamik der gegenwärtigen Ereignisse in der DKP kam deshalb nicht überraschend.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Auch aus der kritischen Distanz zu unserer früheren politischen Praxis, die ich heute gewonnen habe, kann ich eine durchweg negative Einschätzung der früheren Rolle der DKP nicht teilen — in Mechtild Jansens Artikel in der *spw* 45, S.51ff., gibt es diese Tendenz. Vor allem bis zur Mitte der siebziger Jahre konnte die DKP in zentralen Politikbereichen noch eine positive und eigenständige Rolle spielen, etwa mit ihrer Orientierung auf die Durchsetzung und Verankerung des Entspannungsprozesses durch außerparlamentarischen Druck und auf das Weitertreiben der »sozial-liberalen« Reformpolitik. In dem Maße jedoch, wie der linke Flügel der Arbeiterbewegung in den Jahren danach sich unfähig zeigte, auf die neuen Herausforderungen angemessen zu reagieren (mit wichtigen Ausnahmen wie zu den Tarifbewegungen der Druckindustrie und in Teilen der Metallindustrie Ende der siebziger Jahre), hatte die DKP nicht nur Anteil an dieser Krise, sondern sie geriet auf Grund besonderer Defizite der kommunistischen Bewegung in eine besonders schwierige Lage. Sie erlebte nicht nur eine Krise ihres (ohnehin begrenzten) politischen Einflusses, sondern durch die Weigerung der offiziellen Parteiinstanzen, diese Krise zur Kenntnis zu nehmen, geriet die Partei mehr und mehr in eine Organisationskrise, die in die gegenwärtige Existenz- und Identitätskrise mündete. Die wichtigste Ursache für diese spezifische Dramatik der DKP-Entwicklung scheint mir das dogmatische Verständnis von Marxismus zu sein, das den Hintergrund der Strategie- und Politikentwicklung in der Parteiführung der DKP bildet.

### **Erfahrungen der letzten zehn Jahre**

Die Tabuisierung der sogenannten »marxistischen-leninistischen Parteitheorie« ist die Spitze der Dogmatisierung des Marxismus. Die Spitze deshalb, weil hier durch die »Theorie« bereits die Frage wegdefiniert wurde, die von Marx, Engels und Lenin jeweils konkret zu beantworten versucht wurde. Die Konsequenz für die Praxis und die Meinungsbildung in der DKP war verheerend. Die Partei zeigte sich unfähig, vorhandene Widersprüche produktiv zu machen. Sie hatte keinen »Mechanismus der Gegenüberstellung von Meinungen in der Partei« (so lautete die Forderung des ZK der KPdSU an die eigene Adresse in der Vorbereitung der Allunions-Konferenz 1988) entwickelt, der der Partei eine Chance gegeben hätte, sich auf neue Realitäten einzustellen, ohne dabei die Organisation selber in ihrem Bestand zu gefährden. Dies erklärt in meinen Augen sowohl die Verspätung als auch die Zuspitzung der DKP-Krise im

allgemeineren Zusammenhang der Krise des linken Flügels der Arbeiterbewegung. Der Ballast eines in der stalinistischen Tradition stehenden Theorie- und Organisationsverständnisses konnte jahrzehntelang mitgeschleppt werden und ließ sogar Zwischenhochs (kleineren oder größeren Ausmaßes) der kommunistischen Bewegung wie in der ersten Hälfte der siebziger Jahre zu — die weltweite Umbruchsituation heute macht es unabweisbar, diesen Ballast abzuwerfen, wenn die kommunistische Partei in einem Land wie der Bundesrepublik nicht auf lange Sicht zu einem politisch bedeutungslosen Traditionsverein degenerieren soll.

Unbestreitbar wurde diese Erkenntnis durch die sowjetische Perestrojka beflügelt. Dennoch wäre es falsch, die sich gegenwärtig in der DKP rasch entwickelnde Erneuerungsströmung lediglich als Produkt einer »Fernaufklärung« aus Moskau zu begreifen. Die heute die Partei prägenden Prozesse der Verunsicherung, der Selbstüberprüfung, des Infragestellens von Gewißheiten setzten unter der Oberfläche bereits Ende der siebziger Jahre ein. Die Schockerlebnisse, neben der Anti-AKW-Bewegung zu stehen und die neue Frauenbewegung nicht begreifen zu können, setzten ein Nachdenken in Gang, das nur kurzfristig durch Ideologiekritik übertüncht werden konnte. Nachhaltigen Einfluß hatten die positiven Erfahrungen vieler DKP-Mitglieder in der Friedensbewegung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Das Wirken der KommunistInnen in der Friedensbewegung war in der Tendenz allerdings eher das Werk vieler einzelner politischer Persönlichkeiten als das Ergebnis einer politischen Initiative und der Kraft der Parteiorganisation. Mehr und mehr wurden Erfahrungen in der gleichberechtigten Zusammenarbeit mit anderen, in der Selbstorganisation usw. gesammelt. Mit dem insgeheim gepflegten traditionellen Monopolanspruch auf die Wahrheit und dem überkommenen autoritären Organisationsverständnis war all dies auf Dauer nicht zu vereinbaren.

Dennoch wäre es vermessen zu behaupten, daß das Infragestellen des bisherigen Sozialismusbildes — also dessen, was eine kommunistische Partei in ihrem Innersten ausmacht — ein zwangsläufiges Ergebnis der vorangegangenen Prozesse war und mithin auf dem eigenen Mist der KommunistInnen dieses Landes gewachsen sei. Unbehagen und Unverständnis über viele Entwicklungen im realen Sozialismus hatten sich zwar über Jahre hinweg schon reichlich angesammelt. Bezeichnenderweise kannte der Parteijargon dafür nur das Wort »Bauchschmerzen« — nicht etwa »Kopfschmerzen«. Seit der Biermann-Ausweisung, in größerem Umfang dann aus der Kritik an der Atomenergiepolitik der sozialistischen Staaten heraus, gab es bereits ein breites Nachdenken über die notwendige Neugestaltung des Verhältnisses zum realen Sozialismus und zu den dort regierenden kommunistischen Parteien. Auch hier erweist sich die Krise der DKP als spezifische Zuspitzung einer allgemeineren Krise des linken Flügels der Arbeiterbewegung: Das Scheitern der Linksunion in Frankreich und der Politik des »historischen Kompromisses« in Italien, überhaupt die in den Hauptländern des Kapitals einsetzende konservative Welle hatten die Frage nach einer neuen, überzeugenden Strategie zum Sozialismus längst auf die Tagesordnung gesetzt. Letztlich geht es dabei nicht allein um die Strategie zum Sozialismus, sondern um einen — unter dem Eindruck der wissenschaftlich-technischen Revolution und des äußerst bedrohlichen

Weltzustandes — neuen Nachweis der historischen Notwendigkeit des Sozialismus/Kommunismus und um eine neue Theorie des Sozialismus.

Diese Herausforderung für die marxistische Linke insgesamt mußte sich für eine kommunistische Partei wie die DKP auf besondere Weise stellen. Im Parteiprogramm von 1978 wird zwar der richtige Gedanke formuliert, daß die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik ihren eigenen Weg zum Sozialismus und des sozialistischen Aufbaus wird finden müssen, die existierenden sozialistischen Länder also kein schematisch zu übertragendes Vorbild für unsere Zukunft sein können. In der Parteipraxis der DKP stellte sich dieser Zusammenhang jedoch stets anders dar. Der real existierende Sozialismus wurde de facto als die Alternative zum hier herrschenden Gesellschaftssystem propagiert (bezeichnenderweise spricht die DKP auch heute noch von »Sozialismuspropaganda« und nicht von »Sozialismustheorie«). Die Offenbarungen der KPdSU-Spitze über den wahren Zustand der Sowjetunion im Zuge der Perestrojka mußten unsere Partei also mit doppelter Wucht treffen. Die Wirkung auf den größten Teil der DKP-Mitglieder war und ist widersprüchlich. Verbreitet ist sowohl Erschütterung als auch — teilweise — ein Aufatmen und ein neuer Optimismus. Die befreiende Wirkung hat viel damit zu tun, daß die Kritik an Entwicklungen in den sozialistischen Ländern, an dogmatischem Umgang mit marxistischer Theorie, an bevormundender Parteipraxis, an Ersetzen von Parteipolitik durch selbstbestätigende Propaganda usw. nun auf den Begriff gebracht wird. Die Perestrojka erleichtert es uns, gewissermaßen viele Mosaiksteinchen der Kritik, die wir uns in den Jahren zuvor erarbeitet haben, zu einem größeren Bild (zumindest in Umrissen) zusammenzufügen. Und sie verschaffte uns zugleich den notwendigen größeren politischen Spielraum, um innerhalb unserer Partei unsere Auffassungen zu vertreten.

### Die notwendigen Veränderungen

Perestrojka läßt sich nicht »übernehmen«, sie muß selber gemacht werden. Auf die DKP bezogen heißt das in meinen Augen im wesentlichen dreierlei: erstens Bruch mit solchen Denk-Mechanismen in der Theorie, die Abschottung von Erkenntnissen anderer, Tabus usw. beinhalten. Der Bruch mit dem in der stalinistischen Tradition stehenden dogmatischen Verständnis von Marxismus ermöglicht eine Wiederbelebung der marxistischen Theorie in ihrer Eigenschaft als revolutionärer Theorie, als wissenschaftliche Grundlage für gesellschaftsveränderndes Eingreifen. Gebrochen werden muß ebenso — zweitens — mit dem in der stalinistischen Tradition stehenden autoritären Parteiverständnis, das sich zu Unrecht auf Lenin und den von ihm begründeten demokratischen Zentralismus beruft. Das Zitat »Zurück zu Lenin«, das in diesem Zusammenhang zu einer Losung geworden ist, bedeutet jedoch nicht eine schematische Übertragung des ursprünglichen Leninschen Parteikonzeptes — befreit von allem stalinistischen Ballast — auf die heutige Realität. Es bedeutet vielmehr, Lenins Methodik zu folgen und das Konzept für eine moderne kommunistische Organisation aus einer auf die heutige Realität bezogenen Revolutionstheorie und revolutionären Strategie abzuleiten. Drittens geht es um eine moralische Neubesinnung, die nicht, wie das unter

Linken häufig der Fall ist, mit einer Abkehr von Wissenschaftlichkeit und Rationalität verwechselt werden darf. Moralische Neubesinnung wird bei vielen Kommunistinnen und Kommunisten heute durch ihre Auseinandersetzung mit den stalinistischen Verbrechen ausgelöst. Sie wird dadurch zu einer Neubesinnung über die Grundlage des eigenen Handelns, daß es nicht bei einer Auseinandersetzung mit weit zurückliegenden Verbrechen bleibt, sondern nach den Strukturen im Denken und Handeln gefragt wird, die diese Verbrechen seinerzeit ermöglicht haben. Die Frage steht für uns heute, inwiefern diese Strukturen im Denken und Handeln auch in uns selber, in unserer eigenen bisherigen Politik und Organisationspraxis lebendig waren bzw. sind. Dieses Nachdenken führt häufig zu der Einsicht, daß wir vielfach ein instrumentelles Verhältnis zur Politik und zu den Menschen hatten und haben, sowohl in den Beziehungen zwischen der Organisation und anderen Menschen als auch in der Organisation selber.

Die Aufarbeitung der jeweils eigenen politischen Vergangenheit — die Erneuerungsströmung steckt da mitten drin — ist damit aber eine entscheidende Voraussetzung auch für den Zugang zu einem Verständnis von der Rolle des Individuums im Geschichtsprozeß, das dem Niveau des Marxismus entspricht, der die Perspektive einer Gesellschaft begründet, »in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Die moralische Krise, in der sich viele Kommunistinnen und Kommunisten zur Zeit befinden, kann mit einer Neuentdeckung der Wissenschaftlichkeit der marxistischen Revolutionstheorie zusammenfallen.

Wenn es richtig ist, daß der Kern der Perestrojka in der Gewinnung selbständiger Denk- und Handlungsfähigkeit der einzelnen Menschen besteht, in der Entwicklung eigenverantwortlichen Denkens und Handelns und eigener Initiative — alles bezogen auf die sowjetische Gesellschaft und ihre Probleme, ihre Rolle in der Weltpolitik — was heißt es dann, den Impuls der Perestrojka aufzugreifen? Es heißt, denke ich, im wesentlichen, jeglicher »Übernahme« oder »Übertragung« des sowjetischen Beispiels heute und in Zukunft den Boden zu entziehen. Es heißt *Selbständigkeit* gewinnen — als Partei ebenso wie als einzelne Person. Der Mensch als *Subjekt* der Politik, nicht als ihr *Objekt* — in der Partei ebenso wie im Verhältnis der Partei zu fortschrittlichen Bewegungen. Vielleicht wird deutlich, daß die DKP sich zwar mit ganz spezifischen Krisenprozessen herumschlägt, daß die Fragen jedoch, um die es dabei geht, nicht allein für eine Erneuerung der *kommunistischen* Bewegung von Bedeutung sind.

### Der Charakter der Erneuerungsbewegung

Die Erneuerungsbewegung, die aus der Parteikrise der DKP hervorgegangen ist, hat vor dem Hintergrund der hier beschriebenen Erfahrungen einen ganz eigentümlichen Charakter. Sie ist eine Suchbewegung, die es ablehnt, ein fertiges Alternativkonzept vorzulegen oder sich vorlegen zu lassen. Sie will nicht alte Autoritäten durch neue ersetzen. Sie versteht sich als selbstorganisierte Strömung, in deren Zentrum Menschen stehen, die sich als Subjekte von Politik auch in der Partei und ebenso in der Strömung verstehen. Es kann gar nicht anders sein, daß sich daraus ein vielfältiges und in sich widersprüchliches Meinungsbild innerhalb der Erneuerungsströmung zu verschiedenen

Fragen ergibt. Dennoch ist die Erneuerungsströmung nicht konzeptionslos«. In einer Reihe von Veröffentlichungen, insbesondere seit dem sogenannten »Minderheitenpapier« auf der 13. Parteivorstandstagung im September 1988 bilden sich Konturen eines »Erneuerungskonzepts« für die kommunistische Bewegung der Bundesrepublik heraus. Das geht Hand in Hand mit der Erprobung praktischer Politikansätze in den Orten und Regionen, wo die Erneuerungsströmung heute schon die DKP repräsentiert. Anlässlich einer Konferenz zu dem Thema »Marxismus in Zukunft« haben 13 DKP-Mitglieder aus Köln, Bremen und Hamburg einen schriftlichen Diskussionsbeitrag unter dem Titel »Für eine moderne kommunistische Partei« vorgelegt. Dieser Beitrag versucht die bisherigen konzeptionellen Überlegungen zum Selbstverständnis einer erneuerten kommunistischen Bewegung in der Bundesrepublik zusammenzufassen. Ausgangspunkt ist der Gedanke, daß die Existenz einer kommunistischen Organisation — welcher Art und Struktur sie auch immer sein möge — nur aus einer zeitgemäßen marxistischen Revolutionstheorie und Revolutionsstrategie abgeleitet werden kann.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, einseitige Herangehensweisen an das Problem »Reform — Revolution«, die auch in der DKP-Erneuerungsströmung recht verbreitet sind, aufzubrechen. Unsere Beobachtung ist, daß es zu diesem Thema eine breite nationale und internationale marxistische Diskussion gibt, die jedoch weitgehend jeweils separat geführt wird. Die Erneuerung der kommunistischen Bewegung in der Bundesrepublik können wir uns deshalb nicht vorstellen ohne eine breit angelegte Wiederbelebung marxistischer Theoriearbeit. Der Kampf um die Erneuerung der DKP wäre zum Scheitern verurteilt, wenn er als eine auf die eigene Organisation reduzierte Anstrengung begriffen wird. Wiederbelebung des Marxismus, Erlangung neuer und gemeinsamer Eingriffsfähigkeit der sozialistischen Linken und Erneuerung der kommunistischen Bewegung müssen Hand in Hand gehen. Nicht allein in der gemeinsamen Umsetzung praktischer Politikschritte, die jeweils getrennt voneinander beschlossen worden sind, sondern mehr und mehr durch den Übergang zu gemeinsamer Politikentwicklung können nach und nach neue Ausgangsbedingungen für das Verhältnis aller Teile der Linken zueinander geschaffen werden. Für eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung ergeben sich nicht nur international, sondern auch in der Bundesrepublik interessante Ausblicke.

Ob und welchen Umfang die DKP eine Rolle in diesem Prozeß wird spielen können, hängt vom Ausgang der sich gegenwärtig rasant zuspitzenden innerparteilichen Auseinandersetzungen ab. Wir machen uns keine Illusionen darüber, wie stark die GegnerInnen einer radikalen Erneuerung in der Partei sind und welche Möglichkeiten sie haben. Wir sehen aber auch, daß die Auseinandersetzung in der DKP Teil eines weltweiten Prozesses ist, der die internationale kommunistische Bewegung ergriffen hat. Mit diesem Prozeß wissen wir uns verbunden. Uns geht es um die Erneuerung kommunistischer Theorie, Politik und Organisation. Die Erneuerung der kommunistischen Bewegung auch in der Bundesrepublik halten wir — unabhängig von Entscheidungen der DKP-Parteiführung — für eine sinnvolle und wichtige Aufgabe.

# Marxistische Theorie

Peter Brandt

## Die Entwicklung bürgerlicher Herrschaft in Deutschland in der Interpretation des Marxismus

Zur Diskussion über den »deutschen Sonderweg«  
Erster Teil\*

Die Besonderheiten der Entwicklung des Bürgertums, bürgerlicher Gesellschaft und Herrschaft in Deutschland sind seit jeher Gegenstand marxistischer Geschichtsdeutung gewesen. Daß im Land des — hinter den USA — um 1900 dynamischsten und *ökonomisch* in vieler Hinsicht modernsten Kapitalismus der Welt niemals eine erfolgreiche genuin bürgerliche Revolution stattfand und daß die Geschichte des Deutschen Reiches von 1871 gesellschafts*politisch* besonders reaktionäre Züge trug, konnte nicht übersehen werden. Als »typisch« für die politische Entwicklung der Bourgeoisie sahen Marx und Engels — jedenfalls ursprünglich — Frankreich an, an dessen reichhaltiger Klassenkampfgeschichte sie die deutschen Verhältnisse maßen. Ob typisch oder nicht, Frankreich und Deutschland repräsentieren zwei verschiedene »Wege« bürgerlicher Umwälzung beim Formationswechsel vom Feudalismus zum Kapitalismus: vorwiegend revolutionär im engeren Sinne unter selbsttätiger Mitwirkung breiter Volksschichten der eine, vorwiegend reformerisch bzw. revolutionär »von oben« unter weitgehender Ausschaltung der Volksbewegungen der andere. Während die längerfristigen *internen* ökonomischen Folgen der Revolution von 1789 auch unter Marxisten umstritten sind — die Frage lautet, ob die Ergebnisse des Umsturzes den ökonomisch konservativen Sozialgruppen, der Bauernschaft und dem städtischen Kleinbürgertum, nicht gegenüber der Bourgeoisie eine so starke gesellschaftspolitische Stellung gebracht hätten, daß die Expansion des französischen Kapitalismus im 19. Jahrhundert gerade dadurch gebremst wurde —, steht die *internationale* Bedeutung der Großen Französischen Revolution für den Durchbruch des Bürgertums, namentlich in Deutschland, fest. Die erste Etappe der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland, die Beseitigung des Feudalismus durch die französischen Revolutionstruppen im Linksrheinischen und die Verwaltungs- und Gesellschaftsreformen Preußens und der Rheinbundstaaten nach gewaltigen territorialen Verschiebungen, war die Folge der militärischen Expansion des bürgerlichen französischen Nationalstaats. Ohne Revolution keinen Napoleon, ohne Napoleon keine deutschen Reformministerien (zur Kategorie »bürgerliche Revolution« vgl. Brandt 1987).

\* Wir veröffentlichen diesen Beitrag wegen seiner Länge in zwei Teilen. Der zweite erscheint im kommenden Heft (*spw* 48, August).  
Die Redaktion

Gegen die bürgerlich-revolutionären Traditionen Westeuropas und Nordamerikas entwickelten konservative und rechtsliberale deutsche Historiker im Kaiserreich und in der Weimarer Republik die Denkfigur eines eigenständigen, vom Westen wie vom Osten grundlegend abweichenden Entwicklungswegs Deutschlands in der neueren Geschichte. In den letzten Jahrzehnten ist die Interpretation der deutschen Geschichte als »Sonderweg« mit entgegengesetzter Tendenz dann vor allem von liberalen und linken Historikern und Gesellschaftswissenschaftlern ausgearbeitet worden, die den Weg Deutschlands ins »Dritte Reich« im wesentlichen dem Fortdauern *vor-* oder *unbürgerlicher*, teilweise sogar *vor-* oder *akapitalistischer* Strukturelemente in der deutschen Gesellschaft anlasteten. Mit dieser auf den ersten Blick vielleicht rein akademisch anmutenden Problematik ist indirekt auch die Stellung der Linken zum gegenwärtigen bürgerlichen westdeutschen Staat angesprochen, der — den Verfechtern der Sonderwegsthese zufolge — sich endlich der liberal-demokratischen Normalität des Westens angepaßt hat. In der Debatte über den »deutschen Sonderweg« werden immer wieder einzelne Stellungnahmen marxistischer Autoren, vor allem von Marx und Engels selbst, angeführt, ohne daß deren Positionen bisher systematisch nachgezeichnet worden wären. Das soll in diesem und dem folgenden Heft geschehen. Eine solche ideengeschichtliche Abhandlung kann die Beschäftigung mit der Sache selbst nicht ersetzen, aber die Nachzeichnung marxistischer Positionen mag doch geeignet sein, Kriterien für das Verständnis und die Beurteilung auch aktueller Historiker-Debatten bereitzustellen.

### Die relative Rückständigkeit Deutschlands

Ohne dafür einen festen Terminus zu entwickeln, betonen Marx und Engels zeit lebens die Besonderheit der gesellschaftlichen Entwicklung Deutschlands, namentlich der deutschen Bourgeoisie, die jedoch nicht am internationalen oder gesamteuropäischen Durchschnitt, sondern an den fortgeschrittensten bürgerlichen Nationalstaaten, vor allem an England und Frankreich, gemessen wird. Die »deutschen Zustände«, urteilt Marx 1844, »stehen unter dem Niveau der Geschichte«, sind »ein flagranter Widerspruch gegen allgemein anerkannte Axiome« (MEW 1, 380, 382). In noch stark idealistischer Dialektik wird indes gerade die deutsche »*Erbärmlichkeit an der Regierung*«, »*Deutschland als der zur eignen Welt konstituierte Mangel der politischen Gegenwart*«, zum Ausgangspunkt einer revolutionären Avantgarde-Rolle Deutschlands: »In Frankreich ist die partielle Emanzipation der Grund der universellen. In Deutschland ist die universelle Emanzipation *conditio sine qua non* jeder partiellen«, die »Emanzipation von dem *Mittelalter* nur möglich als die Emanzipation zugleich von der *teilweisen Überwindung* des Mittelalters« (ebd., 389-391).

Substanziell geht es also um nichts anderes als die Auswirkungen der Rückständigkeit Deutschlands gegenüber dem Westen Europas, wie sie systematisch zuerst von Engels zwischen 1845 und 1847, aber auch später immer wieder dargelegt werden. Der »verkrüppelte Entwicklungsgang der deutschen Bürgerklasse« (MEW 4, 346), das »Spießbürgertum« als »Frucht einer unterbrochenen, zurückgedrängten Entwicklung« mit seinem »eigentümlichen, abnorm ausgebildeten Charakter der Feigheit, Borniertheit,

Hilflosigkeit und Unfähigkeit zu jeder Initiative« (MEW 37, 412) lassen sich bis auf das Spätmittelalter und die Frühe Neuzeit zurückführen (keine nationale ökonomische Verflechtung und statt politischer Zentralisierung auf nationaler Ebene Erstarkung der Territorialfürsten, lutherische Domestizierung der Reformation und Niederlage des Bauernkriegs, Verfall von Handel und Gewerbe namentlich durch Ausschluß vom Welthandel und Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges, »Wiedereinführung der Leibeigenschaft« im Osten, zunehmende Abhängigkeit von ausländischen Mächten). Deutschland brachte es »nur zur Gruppierung der Interessen nach Provinzen, um bloß lokale Zentren, und damit zur politischen Zersplitterung«, innerhalb derer die Fürsten die »Vertreter der Zentralisation« waren (MEW 7, 331f.).

Der Absolutismus entwickelte sich in Deutschland wegen der Schwäche der Bourgeoisie später als anderswo, nahm eher den kleinlichen Charakter eines »patriarchalischen Regimes« an und dauerte länger. Die »abnorme Unabhängigkeit« (MEW 3, 178) der Verwaltung und die typisch deutschen Illusionen über den Staat resultieren insofern aus den ungeklärten Klassenverhältnissen. »... wer in Deutschland seit dreihundert Jahren die Revolutionen machte — sie waren auch danach —, das waren die Fürsten« (MEW 21, 203), nicht die »deutschen Spießbürger«. Ohne die großen Revolutionen der »modernen Völker« zu teilen, haben die Deutschen ihre »Restaurationen« geteilt (MEW 1, 379). So erscheint die deutsche Geschichte auch 1893 Engels noch als »eine einzige fortlaufende Misere« (MEW 39, 99). Die ökonomische und soziale Schwäche des deutschen Bürgertums, ihre »allen anderen deutschen Gesellschaftsklassen mehr oder minder als allgemein deutscher Typus« aufgedrückte Spießbürgerlichkeit (MEW 37, 412), bedingte von der Reformation bis zur Industrialisierung die spezifische Bedeutung der »theoretischen Emanzipation« für Deutschland. »Wie damals der Mönch, so ist es jetzt [1844; Anm.d.Verf.] der Philosoph, in dessen Hirn die Revolution beginnt« (MEW 1, 385).

Deutschland war nichts »als ein Dunghaufen«, in dem das Bürgertum sich »gemütlich eingerichtet« hatte, »weil es selber Dung war«, »eine lebende Masse von Fäulnis und abstoßendem Verfall«, als die Französische Revolution »wie ein Donnerschlag in dieses Chaos« fuhr. Obwohl die Begeisterung des Bürgertums »von deutscher Art ... rein metaphysisch« blieb, brachte Napoleon mit den direkt und indirekt von ihm als dem »Repräsentanten der Revolution« ausgehenden Umwälzungen die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung Deutschlands in Gang (MEW 2, 566-569).

Worin besteht nun für Marx und Engels in den ersten Jahren ihres politisch-revolutionären Wirkens die Besonderheit des deutschen »Status quo«, der noch mehr als die Bourgeoisie der Feind der Kommunisten sei, »weil er uns hindert, der Bourgeoisie auf den Leib zu rücken« (MEW 4, 42f.)? Im Unterschied zu England und Frankreich beherrscht die Agrikultur nach wie vor das Erwerbsleben und das Land die Stadt. Der grundbesitzende Adel ist zwar im ökonomischen Abstieg begriffen und »so impotent geworden, daß er teilweise selbst schon zur Bourgeoisie übergegangen ist« (als »die den Ackerbau exploitierende Fraktion der Bourgeoisie«), verfügt aber immer noch über den größten gesellschaftlichen und politischen Einfluß. Die Klasse, mit der er bei Aufrechterhaltung seiner Führungsrolle einen Kompromiß eingeht, ist das Kleinbürgertum,

das partielle und rein »lokale Interessen« repräsentiert, die sich mit den »deutschen Zuständen« vertragen. Der adlig-kleinbürgerliche Herrschaftskompromiß läuft darauf hinaus, »die Verwaltung in den Händen einer dritten Klasse niederzulegen: der Bürokratie« (alle Zitate MEW 4, 44-47), »in deren Händen die Hauptmacht konzentriert ist und die gegen alle anderen Klassen in Opposition steht«, »eine Art Bastardmonarchie« (MEW 2, 581). Das Kleinbürgertum sei ebensowenig wie die Bauernschaft zu einer eigenständigen historischen Rolle fähig, die Bürokratie an die alte Ordnung gebunden. Nebeneinander bestehen in Deutschland »alle Stände und Klassen, die seit dem zehnten Jahrhundert in der Geschichte aufgetaucht sind« (MEW 4, 50) und die entsprechenden Produktionsweisen. Das »durch die Bürokratie vertretene Regime ist die politische Zusammenfassung der allgemeinen Ohnmacht und Verächtlichkeit, der dumpfen Langeweile und des Schmutzes der deutschen Gesellschaft. Ihm entspricht die Zerlumpung Deutschlands in achtunddreißig Lokal- und Provinzialstaaten ... Jede einzelne Klasse hat in dem paven Deutschland von Anfang an den Stempel der bürgerlichen Mittelmäßigkeit getragen, ist im Vergleich mit derselben Klasse anderer Länder paven und gedrückt gewesen« (ebd.).

Nur die ökonomisch-soziale und politische Durchsetzung der Bourgeoisie, die schon aus unmittelbarem Interesse gezwungen sei, die Reste des Feudalismus und die Macht der »übermütigen und schikanensüchtigen Bürokratie zu brechen« (ebd., 54), eröffne der deutschen Gesellschaft eine Perspektive. Entscheidend sei dabei die Entwicklung in Preußen, dem »fortgeschrittensten deutschen Land« (MEW 4, 31), das verglichen mit Österreich — seit jeher »Repräsentant der Barbarei, der Stabilität der Reaktion in Europa« (MEW 4, 505; vgl. MEW 8, 29ff.; MEW 21, 418) — »immer noch einen gewissen bürgerlichen Charakter hatte« (MEW 21, 422; vgl. MEW 8, 14ff.). Über den Deutschen Zollverein von 1834 gelang es dem Hohenzollernstaat, »das ganze Bürgertum der Mittel- und Kleinstaaten« auf seine Seite zu ziehen. »Die Bourgeois nahmen Preußen als das kleinste Übel« (MEW 21, 421f.; vgl. MEW 4, 31f., 43f.; MEW 8, 8f.).

Gerade wegen dieser relativen Modernität Preußens gegenüber Österreich sehen Marx und Engels im Preußentum als einer spezifischen Form des Militarismus und Bürokratismus, deren sozialökonomische Wurzeln in der ostelbischen Agrarentwicklung lagen, den wichtigsten Gegner einer demokratischen Revolution und lange einer bürgerlichen Umgestaltung überhaupt. Entsprechend weisen sie dem Eintritt der eigentlichen Bourgeoisie Rheinpreußens in die politische Bewegung weitaus größere Relevanz zu als dem »kleinlichen Gezänk« in den süddeutschen Verfassungsstaaten seitens der doktrinären und zugleich handlungsunfähigen »Kantönl-Liberalen« (MEW 8, 14; MEW 21, 423) und den anachronistischen Programmen der deutsch-tümelnden »Sekte von Bastardliberalen« (MEW 2, 581). Indessen besteht das Problem der deutschen Bourgeoisie darin, daß sie sich schon im Gegensatz zum Proletariat befindet, »ehe sie noch als Klasse sich politisch konstituiert hat« (MEW 4, 351). Die sich daraus ergebende widersprüchliche Interessenlage vor dem Hintergrund der Prägung durch die historische Verspätung Deutschlands bestimmt auch die Analyse und Beurteilung der Bourgeoisie (und des Kleinbürgertums) durch Marx und Engels in der Revolution

1848/49. Das subjektive Versagen aller bürgerlichen Schichten und Parteien gegenüber den antifeudalen Aufgaben der Revolution wird, bei aller tagespolitischen Polemik, letzten Endes auf deren objektive Stellung zurückgeführt (MEW 6, 102-124; MEW 7, 111-113, 412f.; MEW 8, 5-108).

### Politische Herrschaft in der Epoche der Industriellen Revolution

Erst nach 1848 entsteht in Deutschland mit dem industriellen Aufschwung — erleichtert durch die Ablösung der restlichen feudalen Abgaben und Dienste — eine »wirklich moderne Bourgeoisie« (MEW 7, 540), zugleich die »feigste aller Bourgeoisien« (MEW 18, 291). Schon nach 1815 zog »jede politische Niederlage der Bourgeoisie ... einen Sieg auf dem Gebiete der Handelsgesetzgebung nach sich« (MEW 8, 8). Um so mehr müssen die Reaktionsregierungen der 1850er Jahre angesichts der ökonomischen Entwicklung aus Gründen der Staatsräson den kapitalistischen Interessen entgegenkommen. Durch die rapide Industrialisierung wird die deutsche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit »viel gründlicher revolutioniert als England oder Frankreich« (MEW 36, 231). »So waren also die Tage, da die Bourgeoisie in babylonischer Gefangenschaft weinte und ihre gedemütigten Häupter hängen ließ, dieselben Tage, da sie zur wirklichen Macht im Lande wurde, wobei sogar der hochmütige Aristokrat sich im Innern seiner Seele in einen profitgierigen, geldraffenden Börsenjobber verwandelte.« (MEW 12, 686)

Parallel mit der Hinwendung des Bürgertums zur geschäftlichen Praxis und zur Realpolitik »ging auch dem gebildeten Deutschland jener große theoretische Sinn verloren, der der Ruhm Deutschlands während der Zeit seiner tiefsten politischen Erniedrigung [um 1800; Anm.d.Verf.] gewesen war ... und nur bei der Arbeiterklasse besteht [1888; Anm.d.Verf.] der deutsche theoretische Sinn unverkümmert fort«. Sie ist »die Erbin der deutschen klassischen Philosophie« (MEW 21, 306f.).

Aus der ökonomischen Verbürgerlichung der Gesellschaft ergibt sich die »langsame Verwesung« der absolutistischen Staatsform Preußens als des wichtigsten deutschen Staates, vermittelt durch den »Scheinkonstitutionalismus« (MEW 18, 259). Da die Bourgeoisie aus Angst vor dem wachsenden Proletariat politisch zu keiner Initiative mehr in der Lage und letzteres sozial und ideologisch noch zu schwach ist, muß die wirtschaftlich notwendige Einigung Deutschlands durch Bismarcks »Revolution von oben« hergestellt werden, die das preußische Staatsinteresse mit den nationalen Interessen der Bourgeoisie verbindet. Der Krieg gegen Österreich 1866 als Hauptetappe der kleindeutschen Einigung »war eine vollständige Revolution« (MEW 36, 238f.), die die Annexion mehrerer legitimer Fürstentümer, die Gründung des Norddeutschen Bundes, der Keimform des Deutschen Reiches von 1871, und eine Phase liberalisierender Reformgesetzgebung brachte. »Die Sache hat das Gute ..., daß sie die Krawalle der kleinen Hauptstädte beseitigt und die Entwicklung jedenfalls beschleunigt ... die schlimmsten lokalisierenden Einflüsse hören auf« (MEW 31, 241). Auch die damit einhergehende »unvermeidliche Überflutung Deutschlands durch das Preußentum« (ebd.) wird relativiert durch die Wirkungen der Westverschiebung Preußens und die

1866 und 1871 erfolgten direkten und indirekten Annexionen, die das Altpreußentum und insbesondere die ostelbische Junkerklasse zunehmend an Bedeutung verlieren lassen. So findet die Umwandlung der noch halbfeudalen, halbaboluten Monarchie Preußens in eine hinsichtlich ihrer sozialen Funktion bürgerliche Monarchie statt, deren Junker sich »in etwas wie einen englischen Squire« verwandeln. Diese Transformation (ohne siegreiche bürgerliche Revolution), der »größte Fortschritt«, »den Preußen seit 1848 gemacht« (MEW 7, 538f.), ist nur möglich in der Form des »Bonapartismus«, bei dem im Unterschied zum französischen Vorbild die Junker statt der Bauern die Stütze des Regimes abgeben (MEW 31, 227; vgl. MEW 21, 167, 426f.). Bei erfolgreicher Bekämpfung ihrer politischen Forderungen im preußischen Verfassungskonflikt hat Bismarck »der deutschen Bourgeoisie ihren Willen gegen ihren Willen getan« (MEW 21, 430).

Die Bourgeoisie beschränkt sich darauf, die ökonomischen Reformen des Staates zu bejubeln: »Dinge, deren Durchführung tausend Bismarcks nicht verhindern könnten, selbst wenn sie wollten ... Die preußische Bourgeoisie will die politische Herrschaft nicht, faul vor der Reife ... ist sie, ohne je geherrscht zu haben, bereits auf derselben Stufe der Entartung angekommen, die die französische Bourgeoisie nach achtzigjährigen Kämpfen und nach langer Herrschaft erreicht hat« (MEW 18, 294f.). »Somit hat also Preußen das sonderbare Schicksal, seine bürgerliche Revolution, die es 1808 bis 1813 [Stein-Hardenbergsche Reformen; Anm.d.Verf.] begonnen und 1848 ein Stück weiter geführt, Ende dieses Jahrhunderts in der angenehmen Form des Bonapartismus zu vollenden.« (MEW 7, 539)

Die These vom preußisch-deutschen Bonapartismus als einer der Verbürgerlichung von Gesellschaft und Staat dienenden Herrschaftsform wird bereits 1872 von Engels insofern modifiziert, als er jetzt ein zweifaches Gleichgewicht konstatiert: »Neben der Grundbedingung der alten absoluten Monarchie, dem Gleichgewicht zwischen Grundadel und Bourgeoisie, die Grundbedingung des modernen Bonapartismus: das Gleichgewicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat.« (MEW 18, 257) In diesem Sinne ist bei Engels 1883 von der politischen Ordnung Deutschlands als »einem Mischmasch von Halbfeudalismus und Bonapartismus« (MEW 36, 54) die Rede. Acht Jahre früher hat Marx das deutsche Kaiserreich in einem vielzitierten, eher beschreibenden als definierenden Satz als einen »mit parlamentarischen Formen verbrämten, mit feudalem Beisatz vermischten und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflussten, bürokratisch gezimmerten, polizeilich gehüteten Militärdespotismus« (MEW 19, 29) bezeichnet.

Obwohl das Kaiserreich von 1871 »wenigstens die schreiendsten Mißstände, die die Kleinstaaterei, die Reste des Feudalismus und die bürokratische Wirtschaft« der kapitalistischen Entwicklung in den Weg gelegt haben, beseitigt (MEW 21, 306), könne von einer konsequenten und vollständigen Entfeudalisierung keine Rede sein. Engels erkennt in der Verfügung über den Grundbesitz einschließlich der dort bedeutenden Zucker- und Schnapsfabrikation in dem geschlossenen Gebiet der altpreußischen Provinzen die Machtbasis der Junker als der Trägerschicht des in Deutschland hegemonialen preußischen Staates. Zwar stellten die großen Güter »unverhüllten kapitalistischen Betrieb« (MEW 22, 503) dar, aber: »Überall, wo großer Grundbesitz vorherrscht, erhält

sich eine halbfeudale Herrschaftsstellung der großen Grundeigentümer, auch unter sonst modern-bürgerlichen Bewirtschaftungsverhältnissen.« (MEW 19, 82)

Daß es den Junkern mit Hilfe der Staatsmacht, im Bündnis mit der Schwerindustrie und vermittels politischer Mobilisierung gelingen würde, ihre privilegierte Position noch Jahrzehnte zu bewahren, vermag Engels sich nicht vorzustellen. Er erwartet die Entmachtung der Junker und damit die Beendigung der »spezifisch preußischen Oberherrschaft in Deutschland« (MEW 22, 504) zu unterschiedlichen Zeiten von der quasi schleichenden Verbürgerlichung des bonapartistischen Regimes (MEW 18, 293f.), von dem Verlust an wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit der Großagrarien, der mit der Dominanz der Landwirtschaft den »Mangel an bürgerlicher Entwicklung« auch im deutschen Osten beseitigen werde (MEW 19, 51), von dem Eigeninteresse der Bourgeoisie an ungehinderter ökonomischer Expansion und an unmittelbarer politischer Herrschaft (MEW 36, 554f.; MEW 38, 281-283) und schließlich von der Gewinnung der in »halber Leibeigenschaft« gehaltenen ostelbischen Landarbeiter für die Sozialdemokratie (MEW 22, 504f.).

Die deutschen Kapitalisten seien indessen zur gemeinsamen Abwehr der Arbeiterbewegung eine »Allianz« mit den Großgrundbesitzern, dieser »nur künstlich erhaltenen Klasse« (MEW 21, 250), eingegangen, wobei sie darauf verzichten müssen, sich den Staat »formell« zu unterwerfen und statt dessen die Regierung »einer monarchisch-bürokratisch-junkerlichen erblichen Kaste« überlassen. Obwohl »im ganzen und großen doch ihre eignen Interessen schließlich entscheiden«, werden selbst die materiellen Interessen der Bourgeoisie »durch diese überlebten Elemente« »täglich und stündlich« geschädigt (MEW 38, 281-283). Dieses Dilemma, auf Grund dessen es immer wieder zu Konflikten zwischen den monarchisch-aristokratisch-bürokratischen Kräften und den Kapitalisten kommen müsse, sei für die Bourgeoisie nicht aufzulösen. Da »fast gleichzeitig mit der Bourgeoisie das Proletariat die politische Bühne selbständig betreten konnte«, bevor jene »die ausschließliche oder vorwiegende politische Macht erobert hat«, ist es »für eine ruhige und festbegründete Herrschaft der Bourgeoisie in Deutschland [zur Zeit des Kaiserreichs; Anm.d.Verf.] zu spät« (MEW 21, 454). »... die Arbeiterklasse muß in Deutschland erst die Reste des Feudalismus und des patriarchalischen Absolutismus wegfeigen, die unsere Bourgeoisie längst aus der Welt zu schaffen verpflichtet war.« (MEW 21, 383)

Lenin interessiert sich für die bürgerliche Entwicklung Deutschlands im Hinblick auf diejenige Rußlands und die Aufgaben der russischen Arbeiterpartei. Er betont dabei den bürgerlich-kapitalistischen Charakter der Bismarckschen »Revolution von oben« und der daraus hervorgegangenen Ordnung. Die »Verfassung (war) die Resultante ... aus den Bestrebungen Bismarcks und der Liberalen, die Furcht hatten, den Arbeitern Freiheiten zu geben, und aus den Bestrebungen der Arbeiter, die in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren nach der vollständigen Demokratisierung Deutschlands trachteten« (LW 19, 244f.). Die Verbürgerlichung der preußischen Monarchie mit den »Methoden des Bonapartismus« (LW 18, 335) und das zugrunde liegende »Bündnis der Bourgeoisie mit den Junkern« (LW 15, 399) bedeuteten aber zugleich die (vor allem agrarische) »Umgestaltung ... in einer Form, die für die Arbeiter

am unvoreilhaftesten ist«, unter Erhaltung einer Menge »mittelalterlicher Überreste« (LW 17, 222).

Der preußische Weg der kapitalistischen Entwicklung in der Landwirtschaft als Kern dieser Art »Umgestaltung« festigte »die soziale und politische Herrschaft der Junker nach der Revolution von 1848 auf Jahrzehnte hinaus« und hemmte die Entwicklung der agrarischen Produktivkräfte (LW 15, 132). Aber erst mit Bismarcks und der Liberalen Erfolg bei der Lösung der für Deutschland als Kern der »vollständig gefestigten bürgerlichen Entwicklung« (LW 16, 113) angesehenen nationalen Frage anstelle des vor allem von der Arbeiterbewegung verfochtenen Weges »über die großdeutsche Republik« (ebd., 114) und »weitestgehende Demokratisierung« habe sich der junkerlich-bourgeoise, »konterrevolutionäre« Weg der bürgerlichen Entwicklung endgültig durchgesetzt. »Und damals [1871; Anm.d.Verf.] wurde die Frage der allgemein-demokratischen Revolution in Deutschland zu Grabe getragen« (ebd., 115). »Bis jetzt [1913; Anm.d.Verf.] ist Preußen das Muster eines Landes, in dem sich die erstaunliche ökonomische Macht der Bourgeoisie mit ihrer erstaunlichen Kriecherei vor den Krautjunkern vereinigt.« (LW 19, 67)

### Literaturverzeichnis

(vollständig am Ende des zweiten Teils)

Brandt, Peter, 1971: »Bürgerliche Revolution«. In: *Sozialismus* 10. Hamburg

Lenin, W.I., 1955ff.: Werke (LW). 39 Bde., Berlin (DDR)

Lukács, Georg, 1973: Die Zerstörung der Vernunft. 3 Bde., Darmstadt, Neuwied

Marx, Karl, und Friedrich Engels, 1956ff.: Werke (MEW). 39 Bde., Berlin (DDR)

# USA — von Reagan in die Traufe?

Elmar Altvater und Kurt Hübner

## Monetäre und realwirtschaftliche Aspekte der Hegemoniekrise der USA

Dreizehn Stationen eines Teufelskreises\*

### I. Einleitung

Seit den späten siebziger Jahren haben das Konzept und die Probleme der Hegemonie im internationalen wirtschaftlichen und politischen System große Aufmerksamkeit gefunden. Untersuchungen zur Geschichte des kapitalistischen Weltsystems sowie Studien zur aktuellen weltwirtschaftlichen Situation haben verschiedene unterschiedliche, manchmal widersprüchliche Definitionen von Hegemonie vorgeschlagen. Ohne in die Details dieser Diskussion zu gehen, sollten wir eine zentrale Unterscheidung zur Kenntnis nehmen, die für ein angemessenes Verständnis des Konzepts der Hegemonie unverzichtbar erscheint: Die begriffliche Unterscheidung zwischen einer *dominanten* und einer *hegemonialen* Nation. Dominante Nationen haben per definitionem (a) komparative Vorteile bei der Produktion hochtechnologischer Produkte (hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit); (b) die Macht, das internationale Angebot strategischer Rohstoffe zu regulieren (hohe Steuerungskapazität); (c) auf Grund der Rolle ihrer nationalen Währung als Weltgeld einen entscheidenden Einfluß auf die Devisenmärkte und internationale Finanzmärkte (Kontrolle der Liquiditäts- und Kreditversorgung); (d) einen großen Binnenmarkt, der sie dazu befähigt, das Wachstum der gesamten Weltwirtschaft zu stimulieren (»Konjunkturlokomotive«); (e) eine militärische und auch geopolitische Überlegenheit (»Großmacht«); und (f) üben einen kulturellen und ideologischen Einfluß auf die ganze Weltgesellschaft aus (»pattern setting«). Eine dominante Nation transformiert sich nur dann in eine hegemoniale Nation, wenn sie *in der Lage* und *willens* ist, diese Vorteile für die Errichtung eines ökonomischen Weltsystems zu nutzen, welches, in der Art eines Positivsummenspieles, für *jeden* Teilnehmer des Systems positive Entgelte ergibt. Selbstredend muß eine solche Verteilung nicht egalitär sein. Theoretisch wie historisch sprechen vielmehr alle Erfahrungen und Einsichten für eine ungleiche »Nutzenverteilung«. Die geschichtliche Erfahrung verweist darüber hinaus darauf, daß der Übergang von Dominanz zu Hegemonie kein friedvoller Prozeß ist. Im Gegenteil: Er ist durch vielfältige Konflikte bestimmt, die nicht

\* Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um ein Referat für die *International Conference on Political Regulation in the »Great Crisis«*, vom 17. bis 19. November 1988 in Berlin (West).

selten mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Umgekehrt kann eine bislang hegemoniale Nation dadurch eine dominante Nation werden, daß sie die Macht und Kontrolle über das internationale System verliert. Dies kann geschehen, wenn ihre industrielle Überlegenheit erodiert, ihre Fähigkeit zur Regulierung des Angebots von Rohstoffen und des Währungssystems verlorengeht, durch das relative Schrumpfen ihres Marktes gegenüber den Konkurrenten, oder durch eine Erosion der militärischen Überlegenheit und der ideologischen und kulturellen Führungsfähigkeit. Schließlich kann eine hegemoniale Nation auf den Status einer dominanten Nation hinabsinken, wenn sie ihre strukturelle Macht ausschließlich in einer eigennützigen Weise gebraucht, also ihre strukturelle *seigniorage*-Position zum Schaden der Stabilität des Gesamtsystems einsetzt. In allen diesen Fällen basiert Dominanz im Vergleich zur Hegemonie nicht auf Konsens und Zwang, sondern allein auf der einseitigen Ausnutzung ehemals hegemonialer »Spielregeln«.

Die Unterscheidung zwischen Dominanz und Hegemonie hat eine wichtige Konsequenz für eine Interpretation des hegemonialen Niederganges im Weltsystem nach dem Zweiten Weltkrieg: In einer gegebenen internationalen Umgebung kann eine Nation ihre hegemoniale Stellung verlieren, aber dennoch eine dominante Nation bleiben. Im Fall der USA ist diese Unterscheidung für das Verständnis der Transformation ihrer Rolle in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft nützlich.

In den achtziger Jahren sind die USA nicht länger eine hegemoniale Macht im Sinne der oben erwähnten Definition; sie sind aber eine dominante Nation mit großer struktureller Macht geblieben. Ihre militärische, politische und wirtschaftliche Macht, die aus einer Gesamtheit von *monetären* und *produktiven* (»realen«) Elementen besteht (die militärischen und ideologischen Aspekte von Hegemonie sollen hier der Kürze halber außer Betracht gelassen werden), wurde in die Struktur der globalen Beziehungen eingeschrieben. Natürlich ist diese Struktur nicht statisch, sondern in hohem Maße dynamisch — und durch die kapitalistischen Entwicklungstendenzen (»Bewegungsgesetze«), mithin durch die Entstehung von Widersprüchen bestimmt. In dem Prozeß der Entfaltung und Durchsetzung des Nachkriegssystems wurden die Ecksteine der hegemonialen Überlegenheit entsprechend unterhöhlt und teilweise auch zum Einstürzen gebracht. So haben die USA — wie nicht zuletzt das strukturelle Defizit der Handelsbilanz zeigt — realwirtschaftlich stark an Boden verloren, während sie gleichzeitig ihre Macht zur Beherrschung der internationalen Geld- und Kreditstrukturen haben ausweiten können. Die spezifische Form der Beherrschung der internationalen Währungsprozesse resultiert in verschärften Widersprüchen innerhalb der US-Ökonomie und in der Weltwirtschaft im ganzen (gestiegene Realzinssätze und ihr negativer Einfluß auf Realinvestitionen — hier im übrigen vergleichbar der britischen Hegemoniekrise in der Zeit des Versuchs der Reetablierung des Goldstandards; neue Finanzinstrumente und wachsende Instabilitäten des Finanzsystems; gewachsene Verschuldung und die Blockade der Entwicklung der Dritten Welt usw.). Alle diese Faktoren üben einen bedeutenden negativen Einfluß auf die Entwicklung des Weltsystems aus und verweisen auf ein Potential für eine »große Krise«.

## II. Dreizehn Stationen eines Teufelskreises

Die Faktoren, die die Reproduktion der hegemonialen Strukturen beeinflussen, können als Teufelskreis beschrieben werden. Die nachfolgenden Ausführungen sind in höchstem Maße stilisiert und tragen nicht allen Ambivalenzen dieses Prozesses Rechnung. Weil unser Interesse aber den Widerspruchsstrukturen des gegenwärtigen kapitalistischen Weltsystems gilt, kann eine solche Zuspitzung der Argumentation am ehesten dazu beitragen, das Krisenpotential analytisch herauszuarbeiten.

1. Der Ausgangspunkt unserer Analyse monetärer Faktoren, die die US-Hegemonie beeinflussen, ist die empirische Evidenz, daß die Wettbewerbsfähigkeit der USA, gemessen am Handelsbilanzdefizit und den sinkenden Anteilen am Weltexport, in der langen Welle nach dem Zweiten Weltkrieg gesunken ist. Die Ursachen dieser Entwicklung sind nicht Gegenstand dieses Aufsatzes. Hier reicht es aus zu sagen, daß die Hauptursache für den Niedergang der Wettbewerbsfähigkeit in der stärker ausgeprägten Tendenz zum Fall der US-amerikanischen Profitrate verglichen mit den wichtigsten hochindustrialisierten Wettbewerbern auf dem Weltmarkt zu liegen scheint. Die Konsequenz dieser Tendenz in den USA ist (a) ein substantieller Anstieg US-amerikanischer Direktinvestitionen im Ausland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, der sich seit Anfang der sechziger Jahre besonders in Westeuropa beschleunigt hat und (b) eine Verringerung der US-amerikanischen Akkumulationsrate bzw. -quote (gemessen als Anteil an den Profiten sowie als Anteil des BSP) besonders seit den späten sechziger Jahren. Die Wachstumsrate der realwirtschaftlichen Kapitalakkumulation in den USA ist folglich langsamer als in anderen Teilen der Welt. Die träge Kapitalakkumulation ist ein Hindernis für die technische und organisatorische Modernisierung der Produktionsprozesse und folglich einer der Hauptgründe für die Verlangsamung des Produktivitätswachstums.

2. Es überrascht nicht, daß der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit zu einem Handelsbilanzdefizit für Industrieerzeugnisse geführt hat. Solange dieses Defizit durch einen größeren Überschuß in der Dienstleistungsbilanz — basierend vor allem auf den hohen Zins- und Profiterträgen aus ausländischen Kapitalanlagen — kompensiert wurde, ist die Leistungsbilanz positiv geblieben. Ökonomische und politische Probleme entstehen erst, wenn die Leistungsbilanz defizitär wird, da jetzt Kompensationen durch langfristige und gelegentlich durch kurzfristige Kapitalimporte erfolgen müssen. Die Zahlungsbilanz der USA entwickelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg (in einer groben Darstellung) folgendermaßen:

Die Zahlungsbilanz der USA nach dem Zweiten Weltkrieg

Periode	1950-59	1960-69	1970-79	1980-88
Handelsbilanz	+	+	—	—
Leistungsbilanz	+	+	+/-	—
Kapitalbilanz	—	—	+	—
Bestand an Gold- und Devisenreserven	hoch	sinkend	niedrig	niedrig

+ indiziert einen Überschuß, — indiziert ein Defizit; — in der Kapitalbilanz indiziert einen Kapitalexportüberschuß, + in der Kapitalbilanz indiziert einen Kapitalimportüberschuß

Die allgemeine Verschlechterung der Zahlungsbilanz ist auf der einen Seite der bloße Ausdruck des sogenannten »Triffin-Dilemmas«, d.h. daß der US-Dollar, indem er die Weltwirtschaft mit Liquidität in der Form nationalen Geldes versorgt hat, im Kontext der in Bretton Woods 1944 errichteten internationalen institutionellen Regelungen notwendiger- und unvermeidlicher Weise geschwächt wurde. Auf der anderen Seite wurde die Verschlechterung der Zahlungsbilanz seit dem Beginn der siebziger Jahre durch Entwicklungen der US-amerikanischen Realwirtschaft im Vergleich zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in konkurrierenden Ländern hervorgebracht. Der erste Grund ist nicht sehr dramatisch, da er aus dem freiwillig errichteten institutionellen System resultiert; der zweite Faktor ist ein Grund für ernste Besorgnis, da er einen relativen Verfall der Realwirtschaft anzeigt.

3. Unter diesen Bedingungen mußte sich ein Abwertungsdruck auf den US-Dollar entwickeln. Nur auf Grund des Systems fixer Wechselkurse, das bis 1971/73 bestand und dank des Netzes institutioneller Sicherungen, das während der sechziger Jahre auf dem Weltmarkt errichtet wurde (GAB, Swap-Vereinbarungen, Gold-Pool, SZR), war die Abwertung des US-Dollars in den sechziger, im Vergleich zu den siebziger Jahren, maßvoll.

4. Die inflationären Tendenzen in den USA bewirkten eine Erosion des Prinzips des einzigen Weltgeldes, auf dem das Bretton Woods-System aufbaute. Die unmittelbare Konsequenz daraus waren ein Inflationsexport und damit global steigende Inflationsraten sowie ein einschneidender Wandel des internationalen Währungssystems. Dieses wurde von einem auf der zentralen Stellung des US-Dollars und der politischen Regulierung von Wechselkursveränderungen basierenden System in ein System überführt, das auf einem in hohem Maße unregulierten Multiwährungsstandard und freien internationalen Geldmärkten beruht. Dieser Wechsel wurde als ein Übergang von einem politisch regulierten Währungssystem zu einem marktregulierten Währungsregime beschrieben. Dieser Multiwährungsstandard kann mit einer oligopolistischen Marktstruktur verglichen werden, innerhalb der der US-Dollar die dominante, wenn auch nicht unangefochtene Position einnimmt.

5. Mit den steigenden (Dollar-)Inflationsraten sind zwei entscheidende Konsequenzen verbunden. Erstens führen steigende Inflationsraten zur Abwertung aller in Dollar denominierten Kontrakte auf den Weltwarenmärkten. Es ist offensichtlich, daß jeder, der Güter und Dienstleistungen verkauft, versucht, die Preise seiner Produkte in Zeiten einer allgemeinen und sich beschleunigenden Inflation zu erhöhen. Die Realisierungsmöglichkeit dieser Strategie hängt gleichwohl von einer Ausweitung des Geld- und Kreditangebots und von politischer und wirtschaftlicher Macht auf den Märkten ab. Eine wichtige Rolle spielen auch politischer Druck, die Knappheit von Gütern usw. Preise können sich nicht nur marginal, sondern auch abrupt in großen Sprüngen erhöhen. Dieses war 1973/74 während des »Ölschocks« der Fall. Für die Ölkonsumenten war es ein realer Schock, da das in hohem Maße energieintensive Wachstumsmodell zu einer schnellen Anpassung an die höheren Preisrelationen nicht flexibel genug war. In Verbindung mit den sinkenden Profitraten in den entwickelten kapitalistischen Ländern — die eigentliche strukturelle Ursache der Weltwirtschaftskrise — erzeugte die

steigende Ölrechnung eine tiefe weltweite Rezession sowie eine weitere Reduzierung der Realinvestitionen und der Akkumulation in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Diese Krise der »Real«wirtschaft und die plötzlich ansteigenden Renten für ölproduzierende Länder erzeugten ein Angebot an Petro- und (später) Metro-Dollars auf internationalen Finanzmärkten, das dringlichst einer ökonomischen Kontrolle und Verwendung zugeführt werden mußte; das »Recycling« dieser gewaltigen freien Liquidität konnte beginnen.

6. Steigende Inflationsraten steigern, zweitens, den Wert von Realkapital (Immobilien, Maschinen usw.), also den Wert von Kreditsicherheiten. Dies erwies sich für Unternehmen, Konsumenten, Farmer und Regierungen als bedeutender Anreiz zur Steigerung der Kreditaufnahme. Als Folge beider Prozesse stieg das Angebot und die Nachfrage nach liquiden Mitteln. Die Transformation in eine *internationale Verschuldungsökonomie* wurde zum bestimmenden Grundzug der zweiten Hälfte der siebziger Jahre.

7. Die Entstehung einer internationalen Schuldenökonomie unter der Führung des US-Finanzsystems in Kombination mit dem Übergang zu oligopolistisch regulierten Devisenmärkten veränderte die Spielregeln genauso wie die Instrumente der internationalen Finanzmärkte. Zahlungsbilanzpolitiken in einem System fixer Wechselkurse wurden durch Wechselkurspolitiken ersetzt, die oftmals zusammen mit Zinspolitiken angewendet wurden. So war es nicht überraschend, daß auf den extrem schnell wachsenden Finanzmärkten neue Finanzinstrumente für spekulative und — später — für absicherungsstrategische Zwecke (roll over-Kredite usw.) »erfunden« wurden. Die erste Periode von Finanzinnovationen (und -instabilitäten) endete Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre. Der Grund war einfach: Die parallele Entwicklung steigender heimischer Inflationsraten und eines sinkenden Wechselkurses der nationalen Währung schuf eine unhaltbare Situation für die dominante Macht, wurde so doch die relative Überlegenheitsposition weiter unterminiert. Folglich erhielten die Stabilisierung des Wechselkurses und die Reduzierung der Inflationsrate die höchste Priorität. Schon unter Charter entschied sich die US-Administration dafür, auf kurzfristige Politikvarianten zu setzen. Anstelle der Verfolgung einer langfristigen industriepolitischen Strategie zur Stärkung der Produktionssektoren setzte sie auf höhere nominale und reale Zinssätze. Diese monetaristischen bzw. angebotsorientierten Politikoptionen wurden nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration strikt weiterverfolgt.

8. Der fundamentale Wechsel in der Wirtschaftspolitik der dominanten Wirtschaftsmacht hatte erhebliche Auswirkungen auf die gesamte ökonomische Struktur des Weltmarktes: Auf der Seite der Rohstoffexporteure bewirkten steigende Zinssätze sinkende Rohstoffpreise, da die Lagerhaltung von Rohstoffen immer teurer wurde. In der Folge vieler anderer Faktoren (rückläufige Nachfrage für Rohstoffe in der Folge der wirtschaftlichen Rezession in den OECD-Staaten; technischer Fortschritt und sinkender spezifischer Verbrauch von Primärgütern; Substitution von Metallen durch Kunststoffe, von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch biotechnologisch produzierte Stoffe) verschlechterten sich die Terms of Trade für die meisten Dritte Welt-Länder, so daß sich für viele Länder die Schuldenlast als untragbar herausstellte. Sogar für die

ölexportierenden Schuldnerländer war der »zweite Ölschock« kein Heilmittel zur Verhinderung des Ausbruchs der Verschuldungskrise. Eine breitere Analyse müßte natürlich die Art berücksichtigen, in der viele Dritte Welt-Länder von ihrer Verschuldung Gebrauch machten. Die weithin bekannt gewordenen Erscheinungsformen der gestiegenen Belastungen durch den Schuldendienst sind die Moratorien für Mexiko im August 1982, Brasilien im November 1982 und einige anderen kleinere lateinamerikanische Länder.

9. Als der offene Ausbruch der Schuldenkrise nach 1982 die Kreditvergabe an die meisten Schwellenländer für die privaten Banken ihren ökonomischen Reiz verlor und die Nominal- und Realzinssätze auf ein historisch einmaliges Niveau sprangen, wurde die bereits eingeleitete Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gläubiger-Schuldner-Strukturen auf eine breitere Grundlage gestellt: Vor allem öffentliche und private Schuldner in den USA zogen mehr und mehr Kapital an sich. Nachdem der US-Dollar während der siebziger Jahre an Wert verloren hatte und teilweise als Zirkulationsmittel, aber vor allem als Wertaufbewahrungsmittel durch andere Währungen ersetzt worden war, gewann er in seiner Funktion als ein Zahlungsmittel (das Geld, in dem Kreditverträge denominated sind) eine zentrale Position auf den internationalen Finanzmärkten zurück. Indem die USA diese Funktion des Dollars ausnutzten, verwandelten sie sich von 1981 bis Ende 1987 aus einem internationalen Nettogläubiger (141 Mrd.) in einen Nettoschuldner (402 Mrd. US-Dollar). Die Position einer Nettoschuldnernation ist aber mit den funktionalen Anforderungen an eine hegemoniale Macht unvereinbar. Wie wir bereits bei der begrifflichen Abgrenzung zwischen Dominanz und Hegemonie gesehen haben, erfordert hegemoniale Stabilität nicht nur ein gewisses Maß an Kontrolle über die internationalen Geld- und Kreditmärkte, sondern auch einen steuernden Ressourceneinsatz durch die Hegemonialmacht zur Kompensation weltwirtschaftlicher Instabilitäten. Anstatt eine stetige Kapitalversorgung der Weltwirtschaft sicherzustellen, nutzen die USA in den achtziger Jahren aber ihre dominante Position, um selbst auf die internationalen Ressourcen zurückzugreifen und diese zur Bewältigung ihrer internen Probleme zu verwenden. Die seigniorage-Position wird mithin zu Lasten der Stabilität des Gesamtsystems genutzt.

10. Während dieser Zeit expandierten die internationalen Finanzmärkte mit hoher Geschwindigkeit, obwohl die *Krise der internationalen Finanzstrukturen* immer offensichtlicher wurde. Diese Instabilitäten blieben solange verborgen, wie die stetig wachsende Verschuldung aller wirtschaftlichen Sektoren der USA zu einer Nachfrage für ausländische Industrieprodukte führte, die in hohen Exportüberschüssen für einige Schwellenländer sowie für Japan und Westdeutschland, den Hauptkonkurrenten der USA, führte. Zur selben Zeit erzeugten die steigenden Importniveaus ein Handelsbilanzdefizit, das durch wachsenden Kapitalimport finanziert werden mußte. Zinssätze, vor allem Realzinssätze, blieben hoch im Vergleich zu den Profitraten im produktiven »realen« Sektor der Ökonomie. Dies machte es immer attraktiver, auf den Finanzmärkten zu investieren. Im Ergebnis schrumpften die realwirtschaftlichen Investitionen, und das Volumen der Finanztransaktionen schoß in den Himmel. In den Worten von Sweezy/Magdoff (*Monthly Review*, New York, März 1988):

»Das entscheidend Neue der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation ist, daß das Zentrum und der Brennpunkt der kapitalistischen Ökonomie sich aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen auf den Kauf, Verkauf und die Vervielfachung von Finanzaktiva verlagert hat. Der traditionelle Imperativ der Kapitalakkumulation, die die Bereitstellung von Fabriken und Ausrüstungen ermöglicht, die einen zukünftigen Strom von Einkommen und Beschäftigung erzielen, ist durch den Antrieb ersetzt worden, Geldkapital an sich zu akkumulieren — in einer Welt, die sich von produktiver Aktivität weit entfernt hat. Realer Wohlstand entsteht im Kapitalismus aus einer Ausdehnung der im Produktionsprozeß geschaffenen Mehrwertmasse. In der heutigen vom Finanzkapital regierten Welt aber, bleibt das zugrunde liegende Wachstum des Mehrwerts zunehmend hinter der Akkumulationsrate von Geldkapital zurück. In Abwesenheit einer Grundlage von Mehrwert, schnell das angehäufte Geldkapital zunehmend nominal, in der Tat fiktiv, in die Höhe. Es resultiert aus dem Verkauf und Kauf von Papiervermögen und basiert auf der Annahme, daß Vermögenswerte kontinuierlich inflationiert werden...«

11. Das Finanzsystem der USA ist das Zentrum der globalen Finanzmärkte geblieben. Alle weltweiten finanziellen Entwicklungen haben entweder ihren Ursprung in Wall Street oder werden in den USA ausgeweitet und verstärkt. Dies wurde beim Börsenkrach vom Oktober 1987 und seinen Nachwirkungen ziemlich offensichtlich. Wachsende Anfälligkeit der Finanzmärkte und schnelle Innovationen der Finanzinstrumente führten zuerst zu einem Verlust an nationaler wirtschaftspolitischer Souveränität. Dies hat zum Wehklagen von Politikern und Ökonomen geführt. Es hat auch, vor allem in Europa, zu Versuchen geführt, die jeweiligen nationalen Ökonomien von den durch die USA angeführten Finanzmärkten abzukoppeln. Zweitens wurde es für den Unternehmenssektor profitabler, sich in Finanzgeschäften zu engagieren. Als ein Ergebnis veränderten sich die Unternehmensstrategien und die »unternehmerische Kultur« dramatisch: kurzfristige Orientierung anstatt langfristiger Planung; Versuche (produktives) Realkapital liquide zu machen, um es als eine Waffe im neuen Geschäft der »friendly« oder »hostile take overs« einzusetzen. Finanztransaktionen sind so zu einer Hauptdeterminante der Entwicklung in der nationalen und internationalen Ökonomie geworden.

12. Als eine Konsequenz dieser pathologischen Entwicklung verlangsamt sich, zumindest im Vergleich mit ausländischen Wettbewerbern, die technologische Innovation in vielen Industrien der USA. Der Abstand bei den Wachstumsraten der Produktivität wird folglich bestehen bleiben oder sogar zunehmen. Wenn wir alle diese Tendenzen zusammennehmen, können wir von einer Art Teufelskreis sprechen: Die Stärke der USA auf den internationalen Finanzmärkten ist eine Last für die Realwirtschaft und daher für die Wettbewerbsfähigkeit der USA auf den Weltmärkten für Industrieerzeugnisse geworden.

13. Im Fall, daß der Zug nicht auf einer der dreizehn Stationen dieses Teufelskreises gestoppt und auf ein anderes Schienensystem gesetzt wird, mag ein Zusammenbruch des Finanzsystems unvermeidlich sein. Das ist natürlich ein worst case-Szenario und deshalb nicht als unausweichliche Konsequenz zu interpretieren. Es erfordert allerdings durchaus Phantasie oder ein sehr großes Stabilitätsvertrauen, sich ein weniger bedrohliches Szenario vorzustellen, solange die USA fortfahren, ihre pathologische Rolle in der Weltwirtschaft auszuspielen.

Martin Carnoy

## Das Vermächtnis der Reaganomics

### Auswirkungen auf die Entwicklung der USA und die internationale Politik in den neunziger Jahren<sup>1</sup>

Während ihrer achtjährigen Amtszeit gelang es der Reagan-Regierung, eine langanhaltende wirtschaftliche Expansion mit relativ niedriger Inflation und — letztendlich — relativ geringer Arbeitslosigkeit aufrechtzuerhalten. Sie erreichte dies, anders als ursprünglich versprochen, nicht, indem inländische Investitionstätigkeit und Ersparnisbildung angeregt wurden, sondern durch überwiegend kreditfinanzierten staatlichen und privaten Konsum. Ein Teil dieser Konsumtion resultierte aus einem rapiden Anstieg der Militärausgaben. Die Regierung leitete eine Verlagerung der Einkommen und des Konsums von den Armen und der Mittelklasse zugunsten der Reichen ein. Während die Regierung diese »inverse, perverse« Form des staatsinterventionistischen Keynesianismus implementierte, versuchte sie gleichzeitig, die Legitimation des Staates selbst zu zerrütten, indem von Regierungsseite der freie Markt gepriesen und staatliche Ausgaben sowie der staatliche Wirtschaftsinterventionismus attackiert wurden.

Der *politische* Erfolg dieser Politik läßt sich dadurch erklären, daß sie, zumindest auf kurze Sicht, eine Antwort auf die wirtschaftliche Instabilität der späten sechziger und der siebziger Jahre lieferte, und daß sie dem Durchschnitts-Amerikaner mit der Betonung von Militärausgaben und Patriotismus das Gefühl verlieh, die USA seien zunehmend in der Lage, die Weltgeschichte zu bestimmen. Gleichzeitig beinhaltet diese Politik bedeutende Widersprüche, die die Wirtschaft der USA und ihre dominante Rolle im Weltsystem langfristig gefährlich untergraben könnten. Zentraler Aspekt dieser Widersprüche ist die Tatsache, daß die kurzfristige Lösung weder in einem Zusammenhang mit den langfristigen US-amerikanischen Problemen der Kapitalakkumulation und der Lebensqualität steht noch eine realistische Reaktion auf die erodierende Hegemonie der USA in der Weltwirtschaft bildet.

In diesem Artikel argumentieren wir folgendermaßen: (1) Die *kurzfristigen innenpolitischen Variablen* der USA — im Gegensatz zu einer langfristigen Analyse der sich verändernden Weltwirtschaft — sind der Schlüssel zum Verständnis, *warum* und *wie* das Vermächtnis Reagans, die binnen- und außenwirtschaftliche Politik der USA entscheidend bestimmt, ebenso wie jene Variablen auch die Politik Reagans prägten. (2) Da drastische Veränderungen der binnenwirtschaftlichen und politischen Situation innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahre unwahrscheinlich sind, wird die Bush-Regierung die grundsätzliche Richtung der Politik Reagans nicht ändern. Der staatliche Kurs der »freien Marktwirtschaft« wird somit beibehalten werden. (3) Demgegenüber wird der internationale Rahmen US-amerikanischer Politik weiterhin durch die *langfristigen weltwirtschaftlichen Variablen* bestimmt, insbesondere durch die relative Abnahme der Bedeutung der USA in der Weltwirtschaft.

Wir werden zunächst die Realität der in den achtziger Jahren in Szene gesetzten Reaganomics analysieren. Anschließend untersuchen wir in drei Teilen den Einfluß der Reaganomics auf die zukünftige Entwicklung: (1) die kurzfristigen Auswirkungen der Defizitfinanzierung und der Verteilungspolitik auf die Binnenwirtschaft und die Innenpolitik; (2) der längerfristige Einfluß der konsumorientierten Wirtschaftspolitik Reagans auf die Rolle der USA im Weltwirtschaftssystem und auf die daraus resultierende Außenwirtschaftspolitik sowie (3) die mögliche Reaktion anderer Länder auf die Erosion der Hegemonie der USA und die Rückwirkungen dieser Reaktion auf die Außenwirtschaftspolitik der USA.

### Reagans Vermächtnis

Die Reagan-Regierung stabilisierte die amerikanische Wirtschaft erfolgreich und steuerte sie durch eine langandauernde wirtschaftliche Expansion, die durch relativ niedrige Inflationsraten und steigende Beschäftigung gekennzeichnet war.<sup>2</sup> In den achtziger Jahren waren die Profite nach Abzug der Steuern höher als in den siebziger (Bluestone/Harrison 1988), die US-amerikanischen Großunternehmen prosperierten, und Wall Street erfuhr (zumindest bis zum Oktober 1987) eine spektakuläre Expansion. In politischer Hinsicht zahlten sich diese Erfolge für die Republikanische Partei insofern aus, daß sie nicht nur an der Präsidentschaft das Präsidentenamt halten konnten, sondern auch den überwiegenden Teil einer neuen Wählergeneration — Jugendliche unter 25 Jahren — für sich gewann. Für die Machthaber ist eine Rechtfertigung der Reagan-Politik daher ein einfaches Spiel, solange sie dem Anschein nach funktioniert.

Der unübersehbare politische Erfolg der Reagan-Politik ist ihr bedeutendstes Vermächtnis für das Verständnis der in naher Zukunft zu erwartenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der USA. Aber es ist das Vermächtnis hinsichtlich der langfristigen wirtschaftlichen Probleme, welches die sich verändernde Stellung der USA in der Weltwirtschaft maßgeblich bestimmen wird. Um selbst die relativ bescheidene Wachstumsrate von 2,6 Prozent zwischen 1981 und 1987 zu erreichen — die wesentlich niedriger ist als das durchschnittliche Wachstum von 3,5 Prozent (trotz Rezessionen) zwischen 1947 und 1979 und geringer ist als das dreiprozentige Wachstum während der »katastrophalen« Carter-Jahre —, verfolgte die Reagan-Regierung eine unausgeglichene, konsumorientierte Wachstumspolitik, die die langfristige Kapazität zur Human- und Realkapitalbildung reduzierte.

Das Budgetdefizit des Bundes beträgt seit 1982 im Durchschnitt fast 5 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP). Statt während der Wachstumsjahre zu sinken, stieg das Defizit bis 1987. Reaganomics beinhalten eine hohe Verschuldung gegenüber zukünftigen Generationen mit dem Erfolg, gegenwärtig *niedrige* Wachstumsraten zu erzeugen. Die Möglichkeit zukünftiger Regierungen, Fiskalpolitik effektiv zur Bekämpfung der Rezession und der Arbeitslosigkeit einzusetzen, ist im Falle eines Abschwungs innerhalb der nächsten Jahre erheblich eingeschränkt. Die Zinszahlungen auf den Schuldenberg verschlingen mittlerweile fast 15 Prozent des Staatshaushalts, im Vergleich zu weniger als 9 Prozent im Jahre 1980.

Die Reagan-Regierung hätte das Defizit dazu nutzen können, in die zukünftige US-amerikanische Wettbewerbsfähigkeit zu investieren — durch verbesserte Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der kommerziellen Anwendung von Hochtechnologien, Umschulungen, Verbesserungen im Gesundheitswesen und im Bereich präventiver Medizin sowie durch bessere und extensivere Kinderbetreuung. Statt dessen wurde ein Teil des Defizits ineffizient für Waffenkäufe verausgabt. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am BSP stieg zwischen 1981 und 1987 jährlich um 6,4 Prozent und damit um fast das Dreifache der Wachstumsrate des BSP. Die ohnehin reduzierten Ausgaben für Forschung und Entwicklung waren an militärischen Zielen orientiert, mit relativ geringfügigen spin-offs in den kommerziellen Bereich. Der Anstieg der Produktivität verharrte auf einem relativ niedrigen Niveau, das den Zuwachs im Zeitraum 1973-1979 nur leicht überstieg (Friedman 1988).

Seit 1980 sinken die realen durchschnittlichen Wocheneinkommen. Im Jahr 1980 verdiente ein durchschnittlicher Arbeiter im nicht-landwirtschaftlichen Bereich 172,74 US-Dollar pro Woche; 1987 waren es nur noch 169,28. Obwohl der Unterschied klein ist, bedeutet er dennoch, daß die Reagansche Expansion den Durchschnitts-Amerikaner nicht erfaßt hat. Selbst in der verarbeitenden Industrie, die einen geringen Anstieg der realen wöchentlichen Einkommen seit 1980 verzeichnete (220,09 gegenüber 212,06 US-Dollar, gemessen in 1977er Dollars), bedeutet dieser lediglich eine jährliche Wachstumsrate von 0,5 Prozent. Zudem wurde der Einkommenszuwachs durch das Einfrieren des Beschäftigungsvolumens auf dem Stand von 1980 erkaufte.

Darüber hinaus gibt es Anzeichen dafür, daß ein hoher Prozentsatz der seit 1980 geschaffenen Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich liegt, und daß die Ungleichheit der Einkommensverteilung unter US-amerikanischen Arbeitern und Familien sich vertieft — eine Fortsetzung des Trends, der unter der Carter-Regierung einsetzte (Bluestone und Harrison 1988; Carnoy/Daley/Hinojosa 1988).

Als die Reagan-Regierung 1981 dem Kongreß ihr Steuer-Ausgaben-Paket präsentierte, bestand ihr tragendes Argument darin, daß reduzierte Steuern und Sozialausgaben eine Steigerung der Arbeitsleistung, der persönlichen Ersparnisbildung und der Investitionstätigkeit hervorrufen würden. Keine dieser Prognosen traf ein. Das Steuerprogramm Reagans lief darauf hinaus, Dollarbeträge in Milliarden Höhe auf Kosten der Armen und der Mittelklasse und zugunsten der Reichen und der Unternehmen zu verlagern, wodurch die Ungleichheit der Einkommen weiter verstärkt wurde. Fünfzig der 500 größten US-amerikanischen Unternehmen zahlten in den Jahren 1981 bis 1985 keine Steuern. Als Reaktion auf diese unerwarteten Geldeinnahmen (windfall) und trotz wesentlich höherer Profitraten nach Abzug der Steuern, reduzierten US-amerikanische Investoren das Wachstum ihrer Investitionen, welches damit weit hinter die Zuwächse der privaten inländischen Bruttoinvestitionen während der Carter-Regierung zurückfiel. Die Wachstumsrate der privaten inländischen Bruttoinvestitionen im Bereich Geschäftsgebäude und Ausrüstungsgüter war selbst während der besten Reagan-Jahre (1983-1986) nur halb so hoch wie während der guten Carter-Jahre (1977-1979). Auch die Spartätigkeit im Unternehmenssektor nahm nicht zu, sondern verharrte auf dem Niveau der Carter-Jahre.

Eine der gravierendsten der unbeabsichtigten Auswirkungen ist der, am BSP gemessen, prozentuale Rückgang der privaten Spartätigkeit. Nach einem anfänglichen Anstieg im Jahre 1981 sank sie auf 2,6 Prozent und damit auf den niedrigsten Stand in der Geschichte. Demgegenüber nahm der reale private Konsum unter Reagan stärker zu als unter Carter. Im gleichen Zeitraum fielen die individuellen Reallöhne (die durchschnittlichen Wocheneinkünfte, gemessen in 1977er Dollars, fielen von 172 auf 169 US-Dollar), während das durchschnittliche Familieneinkommen geringfügig zunahm, da weibliche Zweitverdiener mehr Stunden arbeiteten (das Median-Familieneinkommen, berechnet in 1986er Dollars, stieg von 28000 im Jahre 1980 auf 29400 US-Dollar im Jahre 1986). Familien konsumieren mehr, aber sie finanzieren diesen Mehrkonsum, indem sie mehr Stunden arbeiten, ihre Ersparnisse abbauen und Kredite aufnehmen. Die Konsumentenverschuldung erreichte dadurch den höchsten, die persönliche Ersparnisbildung den niedrigsten Stand in der Geschichte. Somit steht das Verhalten der Konsumenten den Voraussagen der Reagan-Regierung diametral entgegen. Statt mehr zu sparen, nehmen die Haushalte verstärkt Kredite auf (und das bei Zinssätzen, die Rekordhöhen erreicht haben).

Die verringerte inländische Spartätigkeit führte dazu, daß die Deckung des Kapitalbedarfs zuehrend durch ausländische (insbesondere europäische, kanadische, lateinamerikanische und mittlerweile auch japanische) Regierungen und private Investoren erfolgt. Ausländische Investitionen in den USA fließen zu 25 Prozent in staatliche Schuldpapiere. Ausländische Direktinvestitionen in den USA nehmen ebenfalls rapide zu: Zwischen 1980 und 1985 verdoppelte sich ihr Volumen. Zusammen mit den akkumulierten Überschüssen der Bundesstaaten, die ebenfalls in Schuldpapieren des Bundes angelegt werden, decken sie die immensen Zunahmen der Verschuldung des Bundes.

Statt den Lebensstandard aller zu erhöhen, hat die Reagan-Regierung die Menschen gezwungen, mehr zu arbeiten, um ihren Lebensstandard zu halten. Statt die Abhängigkeit der Wirtschaft von den Staatsausgaben zu mindern, hat die Regierung lediglich eine Verschiebung in der Art der Abhängigkeit bewirkt: von einer Abhängigkeit von Sozialausgaben hin zu einer von Militärausgaben. Statt die inländische Spar- und Investitionstätigkeit anzuregen, hat die Regierung ein Konsum-getragenes Wachstum gefördert und die Wirtschaft in eine Abhängigkeit von ausländischen Investitionen gedrängt.

Die Menschen zahlen weniger Steuern an den Bund, aber höhere an die Bundesstaaten und Kommunen als im Jahre 1981. Die Bundesstaaten stellen der Bundesregierung die höheren Steuereinnahmen zur Verfügung, indem sie staatliche Schuldpapiere kaufen. Da diese Mittel nicht ausreichen, hing Reagans Handstreich darüber hinaus davon ab, im ausländischen Besitz befindliche Dollar zum Kauf der Staatsschuld in die USA zurückzuholen. Fast 10 Prozent der durch Reagan neugeschaffenen Verschuldung in Billionen Höhe wurde von Ausländern finanziert.

Michael Boskin, ein führender Wirtschaftsberater von George Bush, behauptete in einem Artikel (*New York Times*, 29.10.1988), daß das Defizit bis 1989/90 von 3,4 Prozent auf 2,5 Prozent des BSP reduziert würde, womit es als wirtschaftliches Problem

erfolgreich aus der Welt geschaffen sein würde. Dabei berücksichtigt Boskin nicht, daß (a) die Überschüsse der Staaten und Kommunen mit dem Abbau der Sozialausgaben (und des Defizits) ebenfalls abnehmen; (b) die inländische persönliche und unternehmerische Spartätigkeit als prozentualer Anteil am BSP abnimmt und (c) selbst eine Verminderung des Bundesdefizits bei unverändertem Spar- und Investitionsniveau (als prozentualer Anteil am BSP) impliziert, daß die USA den Zufluß ausländischer Investitionen aufrechterhalten müßten, damit das zur Verfügung stehende Kapital zumindest das Niveau von 1979 erreicht.

Bereits die Aufrechterhaltung des derzeitigen Nettokapitalimports in die USA hat eine maßgebliche Berücksichtigung des Dollar-Wechselkurses und andauernd hoher US-amerikanischer Zinsraten erfordert. Einer der schwierigsten Schritte der letzten zwei Jahre bestand darin, den Wert des Dollars mit dem Ziel der Handelsbilanzverbesserung zu senken, ohne den ausländischen Kapitalzufluß in die USA zu unterbrechen. Erreicht wurde dies, indem auf die Bundesrepublik Deutschland und Japan Druck ausgeübt wurde, ihre Zinsraten herabzusetzen, während gleichzeitig die kurz- und langfristigen Zinsraten in den USA angehoben wurden. Der entscheidende Punkt ist die große Abhängigkeit der US-amerikanischen Wirtschaft vom internationalen Kapitalmarkt. Ein verringerter Zufluß ausländischen Kapitals würde ein rapides Hochschnellen der inländischen Zinsen mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Wachstumsrate auslösen.

Zwei weitere Aspekte der Wirtschaftspolitik Reagans sind von Bedeutung für unsere Analyse: zum einen ihr Einfluß auf den Außenhandel der USA, zum anderen ihre Auswirkungen auf die Entwicklung in der Dritten Welt. Der rapide Anstieg der realen Zinsraten, der — als Fortsetzung der von Notenbankpräsident Volcker unter der Carter-Regierung initiierten Politik des schweren Geldes — zur Bekämpfung der Inflation durch Rezession benutzt und auf Grund der Steuersenkungen und des Versuchs, inländisches Sparen zu stimulieren, aufrechterhalten wurde, obwohl die Inflation im Jahre 1982 zurückging, zeitigte drastische Auswirkungen auf den Außenhandel der USA und auf die Entwicklung in der Dritten Welt. Statt höhere Ersparnisse hervorzurufen, zogen die gestiegenen Zinsraten jedoch ausländisches Kapital an. Die enormen Kapitalzuflüsse erhöhten den Wert des Dollars und damit auch die relativen Preise der Exporte der USA, während die Importpreise sanken. Einige Länder der Dritten Welt konnten ihre Exporte in die USA steigern, der Haupteffekt der gestiegenen und auf dem hohen Niveau verharrenden Zinsraten in den USA bestand jedoch in einem Anstieg der realen Kosten der Zinszahlungen auf die Dollar-Schulden der Dritten Welt.

Für die meisten Schuldner ergab sich somit der Zwang zur Importreduzierung und Exportsteigerung zur Aufrechterhaltung des Schuldendienstes. Den wenigsten jedoch gelang dies. Zusätzlicher Druck entstand aus der Umkehrung der Kapitalströme. Der »sichere Hafen« der USA mit seinen hohen Zinsen lockte zunehmend Kapital aus der Dritten Welt an. Das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika, Afrika und einigen asiatischen Ländern (z.B. den Philippinen) erfuhr einen abrupten Einbruch und wird auch weiterhin unter dem Gewicht des Schuldendienstes leiden. Da insbesondere Lateinamerika einen wichtigen Markt für die Produkte der verarbeitenden Industrie der USA

darstellt, hat ein Rückgang der Importe einen bedeutenden Effekt auf die Exporte der USA.

### Das Defizit des Bundes und die Innenpolitik

Die Kumulation inländischer und ausländischer Verschuldung wird kurz- und mittelfristig den politischen Rahmen der Wirtschaftspolitik der USA bilden. Hohe Defizite schränken den Einsatz fiskalpolitischer Instrumente im Rahmen makroökonomischer Politik ein, wodurch die Steuer- und Ausgabenpolitik zu grundlegenden politischen Dauertemen werden. Die polarisierte Einkommensverteilung in den USA wird tendenziell dazu führen, daß die Mittelklasse verstärkt politischen Druck auf die Bundesregierung dahingehend ausübt, den Konsum zu fördern und einen Anstieg der Sozialausgaben (möglicherweise der Militärausgaben) und der Steuern zu verhindern. Andauernde Defizite erfordern höhere ausländische Investitionen und folglich höhere Zinsraten und die »Globalisierung« einer ehemals gänzlich binnenwirtschaftlich orientierten makroökonomischen Politik der USA.

Es ist kaum möglich zu ermitteln, wie die Schlüsselfiguren im Präsidentschaftswahlkampf im Jahre 1988 die Tragweite des Defizitproblems tatsächlich einschätzten, aber es ist offensichtlich, daß zumindest Bush und seine wichtigsten Wirtschaftsberater Michael Boskin und Martin Feldstein seine Bedeutung beständig herunterspielten. Bush vertraut scheinbar unvermindert auf die positive Wirkung eines Steuernachlasses zur Stimulierung von Investitionen — das Versprechen, die Kapitalertragsteuern zu senken illustriert dies — und glaubt nach wie vor, daß ein Einfrieren der (realen) Militärausgaben bei konstant gehaltenen Steuersätzen eine Reduktion des Defizits in der vom Graham-Rudman-Gesetz geforderten Höhe hervorbringen wird.

Der US-amerikanische Wähler zeigt sich besorgt über das Defizit und über die Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen und scheint dennoch nicht gewillt, die für die Bewältigung der Probleme erforderlichen höheren Steuern zu zahlen. Da die Mittelklasse den überwiegenden Teil der Armen für Schwarze und Latinos hält (was nicht ganz der Wahrheit entspricht) ist es unwahrscheinlich, daß signifikante Einkommenstranfers zur Linderung der Armut durchgeführt werden. Der Sieg von Bush läßt erwarten, daß es zu keiner offenkundigen Anhebung der Steuern kommen wird und daß einige Steuern (z.B. die Kapitalertragsteuern) gesenkt werden. Ferner erwähnte Bush die Einführung von Subventionen für Ölproduzenten ebenso wie die Einführung der Möglichkeit, Kosten für Kinderbetreuung von der Steuer abzusetzen. Setzt Bush ein derartiges Programm durch, so wird sich der Druck auf die Sozialausgabensenkung weiter verstärken.

Aber im Gegensatz zu Reagan im Jahre 1981 kann sich Bush nicht auf die großzügige Unterstützung des Kongresses verlassen, da es einerseits keine Anzeichen einer Krise gibt und andererseits die Demokraten mittlerweile acht Jahre Zeit hatten, ihre Vorschläge zur Bewältigung des Defizits auszuarbeiten. Eine Zustimmung des Kongresses zu weiteren Steuersenkungen oder Kürzungen der Sozialausgaben ist nicht zu erwarten, so daß letztendlich nur die Möglichkeit geringer Modifikationen der gegen-

wärtigen Fiskalpolitik gegeben ist. Sofern die Wirtschaft der USA keine Rezession erfährt, könnte das Defizit langsam heruntergefahren werden.

In Anbetracht der wirtschaftspolitischen Pattsituation wird sich die Abhängigkeit der US-amerikanischen Wirtschaft von einem stabilen Zufluß ausländischen Kapitals zur Finanzierung des Wachstums fortsetzen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Sparquote der privaten Haushalte zunimmt, da die realen Familieneinkommen im Durchschnitt konstant bleiben werden bzw. sich bestenfalls ein geringfügiger Anstieg abzeichnet. Akzentuiert wird diese Tendenz, falls Martin Feldstein die von ihm vorgeschlagene 20prozentige Abwertung des Dollars zur »Eliminierung« der negativen Außenhandelsbilanz durchsetzt. Um weiterhin ausländisches Kapital anzuziehen, müßte die Abwertung des Dollars steigende Zinsen in den USA nach sich ziehen.

Hingegen könnte selbst bei einer Abwertung ein Zinsanstieg durch einen Abbau des Defizits vermieden werden. Dies könnte durch das Einfrieren der Militärausgaben und ein Anheben der Steuern erreicht werden. Die Demokraten hätten derartige Schritte wahrscheinlich eingeleitet. Demgegenüber würde Bush, angesichts seiner Wählerschaft, extreme Risiken (z.B. die Gefährdung seiner Wiederwahl) eingehen, würde er die Steuern anheben und das Militärbudget kürzen. Kurzfristig (vier Jahre) könnten derartige Maßnahmen — trotz höherer Exporte — die Wachstumsraten in den USA reduzieren. Daher ist die Wahrscheinlichkeit bedeutend größer, daß Bush weiterhin großangelegte Waffenprogramme unterstützt, eine harte Linie gegenüber der Sowjetunion verfolgt, die Symbole US-amerikanischer Hegemonie pflegt, während er die grundlegenden Probleme der geringen Produktivität ignoriert, ebenso wie die zu ihrer Erhöhung notwendigen Investitionen im Bereich der Bildung und Ausbildung, der Kinderbetreuung, des Abbaus von Armut, der kommerziell orientierten Forschung und Entwicklung, der Arbeitermitbestimmung und der exportfördernden Industriepolitik. Gleichzeitig wird er die Unterstützung seines natürlichen Verbündeten — der Geschäftswelt — festigen, indem er durch verstärkten Druck auf die Gewerkschaften und eine relativ uneingeschränkte Einwanderungspolitik hohe Profite sichert.

Warum entschieden sich US-amerikanischen Wähler trotz ihrer Sorge über das Defizit und dessen langfristige Implikationen für die von Bush vertretenen Optionen? Es ist (a) äußerst schwierig, die Wählerschaft für einen neuen Kurs zu gewinnen, wenn die gegenwärtige Situation nicht abgelehnt wird, und (b) wurde im Verlauf der Dukakis-Kampagne die Alternative nicht überzeugend präsentiert, während die Bush-Kampagne Dukakis als »links« und »weich« brandmarken konnte, ohne sich selbst wegen der Exzesse der Reagan-Regierung — insbesondere jenen, die in den neunziger Jahren zum Tragen kommen werden — verteidigen zu müssen.

Letztendlich wählt die weiße Mehrheit, vor unklare Optionen gestellt, mehr Konsum und weniger Investitionen, selbst wenn dafür in Zukunft ein hoher Preis zu zahlen ist. Wenn es den Republikanern gelingt, weiterhin stabile, obgleich niedrige Wachstumsraten mit geringer Inflation zu verbinden — indem sie hohe Profite und den Zufluß ausländischen Kapitals gewährleisten —, wird sich die Politik Reagans fortsetzen. Erst eine tiefe Rezession würde die Öffentlichkeit dazu veranlassen, Alternativen in Betracht zu ziehen.

## Die bröckelnde Hegemonie der USA und die US-amerikanische Außenpolitik

Im Rahmen von Reaganomics diente die Verschuldung binnenwirtschaftlichem Konsum und Militärausgaben und nicht Investitionen in die inländische Infrastruktur oder in die Märkte der Dritten Welt. Dieser Einsatz der Mittel reflektiert die Art und Weise, in der sich die Wirtschaft der USA dem Untergang ihrer Hegemonie »anpaßt« und birgt in sich die Tendenz zu einem Anstieg der US-amerikanischen Importquote. Die Bewältigung des niedrigen Produktivitätswachstums, das die USA seit Anfang der siebziger Jahre belastet, wird aufgeschoben. Es besteht die Tendenz, Humankapital und Infrastrukturinvestitionen (sowie höhere Steuern und eine Einkommensumverteilung) durch politische Symbole der militärischen Macht zu substituieren, wobei jedoch erstere die Voraussetzung für eine höhere Wettbewerbsfähigkeit bilden. Kurzfristige wirtschaftspolitische Scheinlösungen (wie z.B. Dollar-Abwertung und Defizitfinanzierung) nehmen den Platz langfristiger Wirtschaftsstrategien ein.

Gleichzeitig haben sich eine Anzahl anderer Industrieländer (insbesondere Japan und die Bundesrepublik Deutschland) und die Schwellenländer stärker auf eine Steigerung der Exporte und Investitionen und weniger auf den Binnenkonsum konzentriert. Die Arbeitsproduktivität steigt relativ kontinuierlich (wenn auch langsamer als in der Vergangenheit), Technologien werden erfolgreich für die Entwicklung neuer Industrieprodukte eingesetzt, und die Eroberung von Exportmärkten wird aggressiv verfolgt. Da die Exportindustrie eine so herausragende Rolle für das Wirtschaftswachstum dieser Länder spielt, basiert die wirtschaftliche Verhandlungsmacht der USA zunehmend auf der Größe ihres Marktes und nicht — wie in der Vergangenheit — auf der Fähigkeit, Kapital und neue Technologien zu erzeugen. Die USA haben ihre Marktmacht dazu benutzt, den Dollar drastisch abzuwerten, ohne dabei an Attraktivität für ausländisches Kapital zu verlieren. Somit sind die USA in der Lage — zumindest kurzfristig —, mittels ihrer Marktmacht ihre eigenen Exporte zu stimulieren und das Handelsbilanzdefizit zu reduzieren. Hierbei handelt es sich jedoch wiederum um eine schwache Antwort des Staates auf das Problem. Eine langfristige Verminderung des Handelsbilanzdefizits erfordert weit mehr als eine Preissenkung für US-amerikanische Exporte und eine Verteuerung der Importe. Entscheidend wäre es, den Binnenkonsum aufzuschieben, Mittel für Forschung und Entwicklung von der militärischen in die kommerzielle Produktion zu leiten, in größerem Umfang in die Naturwissenschaften und in die Ausbildung von Ingenieuren zu investieren und die Exporte der USA gezielt zu fördern.

Von einer Regierung, die das Reagan-Modell fortsetzt, ist eine wirksame Behandlung dieser langfristigen Fragen nicht zu erwarten. Das Reagan-Modell wird aber solange weiterhin angewendet werden, wie es ein ausreichendes Befriedigungsniveau bei der US-amerikanischen Wählerschaft erzielt. Der Staat wird daher seine Marktmacht international primär zur Bewältigung der kurzfristigen Wachstumsprobleme (z.B. der Außenhandelsbilanz) einsetzen und damit die Notwendigkeit *hinauszögern*, Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung der USA einschließlich des Abbaus des Haushaltsdefizits bereitzustellen. Sollte das Vermächtnis Reagans die Republikaner

irgendetwas gelehrt haben, so ist es die Tatsache, daß die US-amerikanische Wirtschaft auf der Grundlage eines derartigen Modells über einen langen Zeitraum hinweg relativ problemlos funktionieren kann. Selbst wenn mittels Marktmacht keine strukturellen Veränderungen durchgesetzt werden, so ist die Wirtschaft der USA gegenwärtig dennoch groß genug, um sich kurz- und mittelfristig wirtschaftlich und politisch Spielraum zu verschaffen.

Gekoppelt mit einer »harten«, patriotischen und weltumspannenden Militärpolitik — die notwendigerweise dadurch beschränkt ist, daß die Wähler nicht gewillt sind, Truppen für einen ausgedehnten Konflikt zu verpflichten —, ergibt sich die Möglichkeit, im Inland die Illusion einer stabilen Hegemonie aufrechtzuerhalten, während realiter die Hegemonialstellung der USA kontinuierlich bröckelt und sich die Bedingungen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Position der USA verschlechtern. Sofern allerdings keine langfristige Strategie erarbeitet wird, wird im Laufe der Zeit die relative Größe des US-amerikanischen Marktes soweit zusammenschrumpfen, daß sich die Möglichkeiten mit Hilfe der Marktmacht ökonomischen Spielraum zu verschaffen, verschließen.

### **Die ausländische Reaktion auf die erodierende Hegemonie der USA**

Die Umkehr der internationalen Kapital- und Technologieströme bildet den Rahmen für ein sich veränderndes politisches Verhältnis zwischen den USA und anderen Ländergruppen. Die Dominanz US-amerikanischer Investitionen in und Technologietransfers zu ausländischen Märkten wurde abgelöst durch ein mindestens ausgeglichenes Verhältnis bei ausländischen Direktinvestitionen und womöglich selbst bei den Technologietransfers, und durch eine Umkehr der Richtung der Nettokapitalströme in die USA. Japaner und Europäer (insbesondere im Kontext eines europäischen Binnenmarktes) sind zunehmend in der Lage, wirtschaftlich auf gleicher Basis mit den USA zu verhandeln und könnten in naher Zukunft bei einer Anzahl von wirtschaftlichen Fragen eine Schlüsselrolle fordern. In den neunziger Jahren werden die USA höchstwahrscheinlich internationale wirtschaftspolitische Strategien akzeptieren müssen, im Rahmen derer die Interessen der USA den japanischen und europäischen Vorstellungen hinsichtlich der Organisation der Weltwirtschaft untergeordnet sind. Zudem wächst der Widerwille in der Dritten Welt, insbesondere in Lateinamerika, der traditionellen geopolitischen Sphäre der USA, die eigennützigen Interventionen der USA zu tolerieren. Ein Anzeichen dafür ist der zunehmende politische Widerstand innerhalb dieser Länder gegen Austeritätsmaßnahmen und das resultierende niedrige Wachstum insbesondere des Binnenkonsums.

Ein positiver Effekt dieser Veränderungen besteht darin, daß in Zukunft möglicherweise eine Vielzahl diverser Interessen an der Entwicklung der Weltwirtschaft beteiligt sind — m.a.W. in der Herausbildung eines pluralistischen Weltwirtschaftssystems. In einem kooperativen Rahmen könnte sich daraus eine neue Basis für internationale wirtschaftliche Stabilität und Wachstum ergeben. Andererseits könnten sich die USA zumindest unter gewissen politischen Umständen für eine aggressive wettbewerbs-

orientierte Wirtschaftspolitik (möglicherweise mit steigendem Protektionismus) oder aber für eine aggressivere militärische Haltung gegenüber der Dritten Welt entscheiden — mit dem Ziel, im Hinblick auf die innenpolitische Entwicklung die Illusion andauernder Hegemonie im Weltsystem zu wecken und indirekt durch Machtausübung Disziplin zu erzeugen.

Unsere Analyse deutet darauf hin, daß keines dieser Szenarien unter einer Bush-Regierung verwirklicht wird.<sup>3</sup> Die Beschränkungen, die die »kurzfristige Sicht« der US-amerikanischen Politik auferlegt, der »Erfolg« der Reaganomics, so wie er von den Republikanern in der Öffentlichkeit dargestellt wird, und Bushs Engagement für freie Märkte und freien Handel implizieren, daß Bush weiterhin auf der Existenz US-amerikanischer Hegemonie beharren wird, aber sich gleichzeitig darauf verläßt, daß ausländische Investitionen ein stetiges Wirtschaftswachstum in den USA garantieren. Daher wird Bush verbal schwere Geschütze auffahren und es gleichzeitig der innenpolitischen Kosten wegen vermeiden, neue Vereinbarungen zu treffen, die eine geringere Rolle der USA in der Weltwirtschaft »formal« zum Ausdruck bringen. Allerdings wird Bush gegenüber den Herkunftsländern der Kapitalimporte seine Aggressionen zügeln müssen. Er wird sich daher auf dem schmalen Grat zwischen der Verpflichtung zu Arrangements, die eine neue Grundlage der weltwirtschaftlichen Entwicklung schaffen (jedoch gleichzeitig eine veränderte Rolle der USA bestätigen), und einer betont aggressiven Politik, die das kurzfristige Wirtschaftswachstum der USA gefährden könnte, bewegen. Bushs (oder vielleicht James Bakers) Stil bei der Realisierung einer derartigen Politik wird sich frühzeitig herauskristalisieren, falls die USA den Versuch unternehmen, den Wert des Dollars erheblich zu drücken.

Auch wird Bush weder gewillt noch in der Lage sein, US-amerikanische Truppen in ernsthafte militärische Konflikte zu verwickeln, da die Unterstützung im Inland für *offene* Interventionen zu gering ist. Daher ist auch nicht anzunehmen, daß der Kongreß den Versuch der Regierung unterstützen wird, Anhänger für Abenteuer — und sei es nur im angrenzenden Lateinamerika — zu mobilisieren.<sup>4</sup> Andererseits wird man in Lateinamerika zunehmend eine eigene Politik für die Region entwickeln — eine Politik, die in direktem Gegensatz zu den Interessen der USA stehen könnte. Die zunehmende Unabhängigkeit von US-amerikanischen Versuchen, die regionale Politik zu dominieren, wie sie in den letzten zwei Amtsjahren Reagans zu beobachten war, wird sich in den neunziger Jahren nicht nur fortsetzen, sondern könnte sich sogar beschleunigen.

Reagans Unterfangen, den starken Mann in Zentralamerika zu spielen, hinterließ das wichtige Vermächtnis einer ausgeprägten regionalen Kooperation lateinamerikanischer Länder bei der Bewältigung ihrer Probleme. Dies wird sich höchstwahrscheinlich auf die Innenpolitik dieser Länder auswirken, bis hin zu der Forderung, die Bedienung der Schulden einzustellen. Da Bush die Unterstützung der Banken in den USA (seiner natürlichen Verbündeten) benötigt, wird er kaum einem Schuldenerlaß als Teil einer kooperativen Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme zustimmen. Initiieren die lateinamerikanischen Länder den Zahlungsstop selbst, kann die Bush-Regierung dagegen nur wenig unternehmen. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Geschäfts-

interessen in den USA, die von höheren Wachstumsraten in Ländern wie Mexiko oder Brasilien profitieren würden (z.B. Exporteure von Industrieprodukten), so daß eine in »akzeptabler« Form durchgeführte Einstellung der Zahlungen möglicherweise insgeheim begrüßt würde. Entscheidend ist, daß die USA in naher Zukunft auf ernstzunehmende wirtschaftspolitische Maßnahmen anderer Länder — einschließlich der Schwellenländer — reagieren müssen, und daß die USA — im Kontext einer illusionären Hegemonie — über keine systematische Wirtschaftspolitik verfügen, die eine konstruktive Reaktion ermöglicht. Zusätzlich zu der Verschuldungsproblematik sind die USA damit konfrontiert, daß Europa rapide auf 1992 und Japan auf eine großangelegte Investitionspolitik im pazifischen Becken zusteuert, die sehr bald eine Bedrohung der Dominanz der USA selbst in Lateinamerika darstellen könnte. Japan könnte darüber hinaus versuchen, seinen Einfluß auf Institutionen wie die Weltbank und den Internationalen Währungsfond auszuweiten. Es ist unklar, wie die USA auf derartige Situationen reagieren werden bzw. können — angesichts des Mangels an systematischem Verständnis der neuen Realitäten in den Köpfen der führenden US-amerikanischen Politiker. Die Erfordernisse der US-amerikanischen Innenpolitik bieten angesichts dieser längerfristigen Realitäten eine nur wenig konstruktive Richtlinie.

### **Anmerkungen**

- 1 Dieser Aufsatz basiert auf einem Redemanuskript für die internationale Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung über innen- und außenpolitische Ziele am Ende der Reagan-Ära, die vom 13. bis 15. November 1988 in Bonn stattfand.
- 2 Das Beschäftigungsvolumen steigt weiterhin, jedoch langsamer als in den 70er Jahren (1,5 Prozent im Zeitraum von 1980 bis 1987 gegenüber 2,5 Prozent in den 70er Jahre), und nicht stark genug, um die 6 Prozent, die noch immer arbeitslos sind, zu absorbieren.
- 3 Hätte Dukakis die Wahl gewonnen, so hätte er dadurch lediglich das Mandat für geringfügige Veränderungen der von Reagan implementierten Politiken erhalten. Daher ist es unwahrscheinlich, daß die Demokraten in der Lage gewesen wären, weitreichende Veränderungen im internationalen Bereich durchzuführen, insbesondere wenn diese eine weniger bedeutende internationale Rolle der USA zugelassen hätten.
- 4 In diesem Zusammenhang wird der erste Prüfstein für die Bush-Regierung ohne Zweifel El Salvador sein, wo sich die Situation während der letzten sechs Monate zunehmend verschlechtert hat.

### **Literaturverzeichnis**

- Bluestone, Barry, und Bennet Harrison, 1988: *The Great U-Turn*. New York
- Carnoy, Martin, Hugh Daley und Raul Hinojosa: *The Changing Position of Minorities and Women in the U.S. Labor Market since 1959*. Stanford University (mimeo)
- Friedman, Benjamin, 1988: *Day of Reckoning*. New York.

Thomas Ferguson

## Kapitalmacht und Politik im Übergang von Reagan zu Bush

Über politische Geschäfte, Parteien und Bündnisse in den USA\*

Die großenteils unorganisierte und den Urnen immer mehr fernbleibende Wählerschaft der USA übt im Bereich des Politischen nur einen schwachen und meist sehr diffusen Einfluß aus. In erster Annäherung kann daher die amerikanische Politik für gewöhnlich am besten beurteilt werden, indem man die Methode verwendet, die letztlich auf den »Finanzierungsansatz« (»investment approach«) abstellt. Man kombiniert Daten über die Wahlkampfspenden der größten Gesellschaften und Investoren mit ökonomischer Theorie und dem, was über früheres politisches Verhalten und die Wirtschaftsstruktur bekannt ist. Das Ergebnis, soweit solide erarbeitet, ist eine Art Röntgenbild der Bündnisse und Widersprüche zwischen den Blöcken und Gruppen, die den Kern der politischen Parteien und Strömungen umreißen.

Auf diesem Weg findet man häufig am leichtesten heraus, wohin die Dinge sich entwickeln, indem man sich genau ansieht, wie sie gerade noch standen. Im Fall der neuen Regierung Bush ist das nicht anders. Wir werfen daher einen Blick zurück auf 1981, auf die Tage, die uns heute als die heroische Periode der »Reagan-Revolution« vermittelt werden.

### Blockpolitik und Weltmarkt: Das Doppelgesicht des Reaganismus

Damals, auf dem Höhepunkt dessen, was die Wiederbelebung des laissez-faire genannt werden kann, strebte die Regierung einschneidende Veränderungen sowohl der amerikanischen Gesellschaft als auch der Weltordnung an. Im Namen der Wiedergewinnung binnenwirtschaftlichen Wachstums zielte sie auf erhebliche Steuersenkungen für hohe Einkommen und Unternehmen, auf das Zurückdrehen von in den siebziger Jahren erlassenen Umwelt- und Arbeitsschutzverordnungen, auf den erheblichen Abbau von Bundeseigentum und -ausgaben sowie auf eine weitreichende Deregulierung der Wirtschaft einschließlich wichtiger Veränderungen in der Leitung des *National Labor Relations Board* (NLRB).

Ihre Bestrebungen endeten jedoch keineswegs an den eigenen Grenzen. Nicht nur Amerika, sondern die ganze Welt sollte dem freien Unternehmertum (das sie mit »Wirtschaftswachstum« schlechthin gleichsetzte) gesichert werden. Um rückgängig zu machen, was sie als den Verfall der Macht der USA auf dem Globus bezeichnete, startete

\* Der vorliegende Text ist eine überarbeitete Fassung eines Artikels, der unter dem Titel *Who bought Bush and why. How big-money interests shaped Bush's bid for the White House* in der Zeitschrift *The International Economy*, Januar/Februar 1989, S.68-75, erschienen ist. Die vom Verfasser autorisierte Übersetzung aus dem Amerikanischen besorgte Frank Heidenreich.

die Regierung das umfassendste Aufrüstungsprogramm in der Geschichte, mit besonderem Schwerpunkt bei der Marine. Sie stellte das Barometer auf Kalten Krieg und setzte Europa und Japan unter Druck, aufzurüsten und Exporte in den Ostblock einzuschränken. Sie suchte ferner den Vormarsch staatlichen Unternehmertums in der Dritten Welt zurückzuwerfen und andere Länder zu einer Deregulierung ihrer Märkte, vor allem der Kapitalmärkte, zu drängen. Und sie intervenierte aggressiv in Unruheherden der Dritten Welt zugunsten ihr genehmer Regimes.

Der geradezu heilige Zorn (millenarian frenzy), mit der sich die Regierung in ihren ersten Tagen an diese Sisyphusarbeit machte, veranlaßte Experten — Freunde und Kritiker gleichermaßen —, in der Administration eine politische Formation sui generis zu sehen. Vor allem Kritiker tendierten dazu, den »Reaganismus« als das politische Programm einer neuerdings vereinheitlichten Geschäftswelt zu behandeln.

Als eine Methode, die Vorfälle zu begreifen, die sich 1980/81 innerhalb weniger Monate ereigneten, ist dieser Gedankengang keineswegs unangemessen. Allerdings beschwört eine Analyse, die das Ganze des Reaganismus in diesen Begriffen faßt, ernste Mißverständnisse herauf. Es wird unmöglich, die Dynamik der beiden Amtszeiten Reagans — mit der plötzlichen Wendung zu Entspannung und zur Zusammenarbeit im Rahmen der sieben führenden kapitalistischen Industrieländer (»G-7«) während der zweiten Amtsperiode — zu verstehen oder jene Kräfte genau zu untersuchen, die nunmehr die Bush-Administration tragen.

Tatsächlich gab es schon immer einen tiefen Sprung, der Reagans ökonomische Koalition durchzog. Dieser Sprung war die unausweichliche Folge der weltwirtschaftlichen Realitäten und spaltete das Reagan-Lager in zwei selbständige Blöcke. Die Politik der Regierung Reagan diente den Interessen der Hauptbestandteile beider Blöcke oder schien diesen zu dienen. Beide Gruppen hatten allerdings eine irgendwie verschiedene Interpretation dessen, was sie in der Realität zu sehen glaubten. Sie waren grundsätzlich uneinig darüber, wohin die Politik führen sollte. Im Ergebnis bildete die »Reagan-Revolution« ein riesiges Banner, unter dem zwei Säulen in verschiedene Richtungen marschierten.

Der erste Block waren die Protektionisten. Der Begriff »Block« ist vielleicht unpassend, weil diese Gruppierung im Gegensatz zur zweiten im wesentlichen eine reaktive Kraft darstellt, die vorwiegend durch das bestimmt ist, was sie bekämpft. Seit den dreißiger Jahren, als sie ihre beherrschende Stellung in der amerikanischen Gesellschaft verlor, hat sie nie wieder eine wohldurchdachte Alternative artikuliert. Die Protektionisten, in alten Industrien wie Textil und Stahl konzentriert und mit traditionellen Bindungen an die Republikanische Partei, sahen in der Reagan-Revolution überwiegend eine politische und wirtschaftliche Linderung der zahlreichen Beschwerden, als da sind: Importe, die Arbeiterbewegung, die verhaßten staatlichen Steuerungen und die immerwährende kommunistische Bedrohung.

In scharfem Gegensatz dazu dachte der zweite Block (oder genauer: seine führenden Sprecher, die bei den übrigen den Ton angaben) weitaus expansiver — dank erheblicher Investitionen in wissenschaftliche Politikberatung seitens einer großen Anzahl von Denkfabriken und Forschungseinrichtungen. Diese Gruppierung umfaßte multinatio-

nale Hersteller und Geldgeber, aber auch viele Exportfirmen, High-Tech-Unternehmen, Ölgesellschaften und Rüstungsproduzenten.

Die Ansichten dieser zweiten Gruppierung — des »multinationalen Blocks« — kurz zu resümieren, verführt zwangsläufig zur Karikatur und riskiert, den Grad ihrer inneren Übereinstimmung zu überschätzen. Trotzdem kann ihre Denkweise zutreffend als das direkte Gegenteil der gerade modischen Behauptung von der »imperialen Überdehnung (imperial overextension)« analysiert werden, die durch das Buch *The Rise and Decline of the Great Powers* des Yale-Historikers Paul Kennedy am stärksten in das öffentliche Bewußtsein gerückt worden ist.

Nun ist es sehr fraglich, ob jene Unternehmer, die noch vor zehn Jahren in solchen Gruppen wie dem berühmten *Committee for the Present Danger* organisiert waren und eine Marine von 600 Schiffen, weltweite »horizontale Eskalation« im Fall eines Krieges gegen die Sowjetunion, erhebliche Waffenmodernisierungsprogramme und einen Schlußstrich unter das »Vietnamyndrom« forderten, von dem Vergleich mit den holländischen, französischen oder britischen Weltreichen geschreckt wurden. Sie sahen — und sehen mit gewissen Einschränkungen nach wie vor — den Vergleich anders. In ihren Augen bestand das absolut vorrangige Problem darin, ob die drei großen Wirtschaftsregionen (der pazifische Raum, der amerikanische Doppelkontinent und Westeuropa) sich »kooperativ« in einen letztlich »weltweiten« Markt entwickeln oder ihre eigenen Wege gehen würden, möglicherweise unter Einfluß einer regionalen Vormacht. Je nachdem, wie dieses Problem gelöst würde, wurde spürbar, daß die Entwicklung in der Dritten Welt und auf lange Sicht vielleicht sogar in der Zweiten Welt sehr verschiedene Formen annehmen könnte.

Von diesem Standpunkt aus bildeten die ungeheuren Militärausgaben und Auslandshilfen, von denen Kritiker der imperialen Überdehnung den Bankrott der Vereinigten Staaten befürchteten, eigentlich größere Investitionen — Investitionen in Freihandel und in eine integrierte Weltwirtschaft mit Festlegung auf einen Dollar-Standard. Diese Investitionen würden nicht bloß die Dritte Welt stabilisieren helfen. Vielmehr stellte der Ausbau des Militärs darüber hinaus einen entscheidenden Trumpf der USA in den Verhandlungen mit den Verbündeten dar. Sie allein konnten die Mittel für militärische Garantien — sowohl konventionelle wie nukleare — aufbringen, die für den Wiederaufbau Japans und Westeuropas nach dem Krieg bürgten, und hinreichend Macht im Nahen Osten ausstrahlen, um die Öllieferungen der Verbündeten zu sichern.

Solange die USA ihre militärische Vorherrschaft aufrechterhielten, hatten die Europäer folglich wenig Anlaß, ihre eigenen Wege zu gehen, und gute Gründe für Kooperation. Ebenso die Japaner — eine Tatsache von wachsender Bedeutung um 1980 für viele US-Firmen, die zunehmend glaubten, daß eine Aussperrung aus dem pazifischen Raum die Verbannung aus der größten Wachstumsregion des nächsten Jahrhunderts bedeuten würde.

Ende der siebziger Jahre, als die Bundesrepublik auf dem Bonner Gipfeltreffen der G-7 sich weigerte, ihre Wirtschaft im Verein mit den USA und Japan anzukurbeln und als konjunkturelle »Lokomotive« zu wirken, glaubten die Mehrheit innerhalb des »multinationalen Blocks«, daß allein dramatisches einseitiges Vorgehen der USA

(allerdings nur vorübergehend — als mögliches Politikziel blieb die Kooperation) die sich entwickelnde globale ökonomische Blockierung aufbrechen und die Tendenz zum Staatsunternehmen in der Dritten Welt abwenden könnte. Inmitten lauter werdender Stimmen, wonach international gehandelte Rohstoffe (etwa Erdöl) in anderer Währung berechnet werden sollten, als die Inflationsrate der USA eine der höchsten war und den Dollar entwertete, wurden diese Unternehmer, vor allem im Finanzanlagegeschäft, zunehmend auch davon überzeugt, daß nur eine wahrhaft drakonische Geldpolitik die Inflation beenden und den Dollar retten könnte.

Die sich verstärkende Krisenstimmung ließ eine Auseinandersetzung deutlich werden innerhalb der politischen Partei, welche allein die mit einer solchen Politik unabweichlich einhergehenden massiven Kürzungen der Sozialausgaben durchsetzen konnte: die Republikanische Partei. Zunächst trat Verwirrung ein, die von einem mehr oder minder deutlich artikulierten Kompromiß abgelöst wurde. Die in Aussicht genommene Revision des GATT, von den Freihandelsanhängern glühend herbeigesehnt, wurde solange zurückgestellt, bis eine neue Republikanische Regierung dem Rest der Welt eine Umstrukturierung würde aufgezwungen haben; einflußreichen Branchen wurden einzelne protektionistische Maßnahmen zugesichert.

Mit der Vertagung der strittigen Handelsproblematik, die von *Ronald Reagan* erreicht wurde und nicht von *George Bush*, der ersten Wahl vieler Multinationalisten im »Ostküsten-Establishment«, war der Weg frei für die »Goldene Horde«, die den Republikanischen Wahlsieg 1980 finanzierte. Nachdem die Entscheidung zugunsten von Zinssatzanhebungen einmal getroffen worden war, und zwar bereits vom Zentralbankpräsidenten der Carter-Administration *Paul Volcker*, welcher Multinationalist würde innenpolitische Umstrukturierungen da noch ablehnen? Und welcher Protektionist würde beim Gedanken an die angekündigten Importerleichterungen einen neuen Kalten Krieg ablehnen?

### Die Entwicklung eines Bündnisses

Von diesem Ausgangspunkt ist die Logik leicht zu erkennen, welche die Regierung Reagan dazu trieb, einer Zusammenarbeit im Rahmen der G-7-Länder abzuschwören und das »Reich des Bösen« zu brandmarken, um dann Anfang 1985, als der jetzige Außenminister *James Baker* das Schatzamt übernahm, beide politische Positionen in dramatischer Weise zu revidieren.

Als sie an die Macht kam, stand die Regierung vor Entscheidungen, die leicht die ihr zugrunde liegende Koalition spalten konnten. Begreiflicherweise ging sie vorsichtig vor. Gegen den Willen des damaligen Außenministers *Alexander Haig* gab sie der Mittelamerika-Frage nicht die allerhöchste Priorität. Zum Entsetzen von religiös konservativ Denkenden stellte sie soziale Probleme hintan.

Statt dessen konzentrierte sie sich auf Wirtschaftsfragen, was allen ihren Anhängern in Geschäftskreisen große finanzielle Zuwendungen einbrachte: Ausbau der Streitkräfte, Deregulierung, personelle Veränderungen in der NLRB, und — Kernstück des ökonomischen Programms — Steuersenkungen. Nach einigen großen Sprüchen

darüber, wie sich durch den zügigen Übergang zu einer »glaubwürdigen« Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit vermeiden ließe, die traditionelle Rezeptur gegen Inflation — Massenarbeitslosigkeit — anzuwenden, schloß sich die Regierung Reagan der Hochzinspolitik Volckers an.

Vom Standpunkt der Regierung bildeten die Ergebnisse eine einzige Erfolgsserie. Zusammen mit Deregulierung und einer neuen Politik auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen lösten die hohen Zinsen eine durchschlagende Reorganisation des Gesamtarbeiters aus. Gewerkschaften verloren an Boden, und Lohnzuwächse schwächten sich ab, weil viele Firmen den starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Personalabbau und veränderten Arbeitsnormen nutzten. Als andere Zentralbanken das gestiegene Zinsniveau in ihre Länder übertrugen und unter dem Druck der US-Regierung eine Deregulierung ihrer eigenen Wirtschaften betrieben, kam weltweit eine Bewegung in Richtung auf eine Politik des *laissez-faire* in Gang. Während der Dollar sich erholte und seine Stellung als Weltgeld wieder herstellte, ermutigte die wachsende Austeritätsstimmung wiederum neue Einschnitte bei Sozialausgaben und Steuern und bewirkte in Europa und Japan einen Exportboom, der die durch die Rhetorik vom »Reich des Bösen« verursachten Verluste auszugleichen half.

Diese Politik konnte jedoch nicht auf Dauer durchgehalten werden. Die stärkste Rezession der Nachkriegszeit war der Preis der Zinssatzsteigerungen. In der Dritten Welt hörte das Wirtschaftswachstum völlig auf, während die Importe in die USA anstiegen und die Firmenpleiten zunahmen. Dies führte zu Reibereien mit Japan und dem Ruf nach dem Abbau von Handelsschranken. Obgleich die Europäer mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen übereinstimmten, nahmen sie der US-Regierung übel, daß sie Geschäfte mit den Sowjets zu verhindern suchte. Wie sie im übrigen fast sicher hätte voraussehen können, erreichte die Administration nicht genügend Ausgabenkürzungen, um die Steuersenkungen auszugleichen. Dies führte zu einem enormen Anstieg des Haushaltsdefizits.

Politischer Widerstand zeigte sich sowohl links wie rechts. Auf der »Linken« (der Begriff ist in hohem Grade relativ; er bezieht sich auf Differenzen in den Geschäftskreisen) erholten sich die Demokraten. Grundbesitzerinteressen (vorrangig) im Nordosten und Mittleren Westen der USA rührten sich und verteidigten die Bundeshilfen zugunsten städtischer Infrastrukturmaßnahmen und des öffentlichen Personenverkehrs gegen die ausufernden Ansprüche des Verteidigungshaushalts. Als schließlich das Defizit weiter wuchs, schlossen sich ihnen viele investment bankers und manche aus dem Versicherungsgewerbe an.

Auf der Rechten tauchte der Kongreßabgeordnete Jack Kemp als Verfechter einer »angebotsorientierten« Wirtschaftspolitik auf, die im Kern Reaganomics bei niedrigen Zinssätzen bedeutete. Im Hinblick auf die Wirtschaft lautete ihre Schlüsselthese, daß die USA den Defiziten ohne zusätzliche Steuern entwachsen könnten, wenn die Zinssätze nur weit genug gesenkt würden.

Eine genaue Analyse zeigt, wie die Regierung diesen Schwierigkeiten entkam; sie kann ein Licht darauf werfen, was Bush vielleicht tun wird. Um protektionistische Stimmungen zu dämpfen, entwickelte sie eine Strategie mit drei Elementen: Den

größten und mächtigsten Industriezweigen, besonders der Stahl- und der Automobilbranche, bot sie fortgesetzte protektionistische Einzelmaßnahmen. Der Landwirtschaft und einigen Exporteuren offerierte sie begrenzte Exporthilfen, in Form von direkten Krediten oder wie im Fall der High-Tech-Industrien durch Gelder für Grundlagenforschung. Schließlich drängte sie andere Länder besonders in Ostasien dazu, ihre Märkte für US-Produkte zu öffnen.

Vor die Notwendigkeit gestellt, zwei in verschiedene Richtungen strebende Blöcke zusammenzuhalten, entschied sich die Regierung ferner grundsätzlich für höhere Defizite. Da Steuersenkungen — ein spürbares Sofortangebot an die Protektionisten, denen allerdings auf lange Sicht bestimmt war, untergebuttert zu werden — beiden Blöcken gefielen, war dies genau die Sache, für die es sich einzusetzen galt. In der Hoffnung, die sich aufblähenden Defizite würden am Ende doch zu Ausgabenkürzungen zwingen, lehnte die Regierung neue Steuern grundsätzlich ab. Um die Defizite in der Zwischenzeit zu finanzieren, ersann sie eine Doppelstrategie: Sie akzeptierte Steuererhöhungen, die nicht die höheren Einkommensstufen bedrohten, und sie beschloß in einer wahrlich folgenschweren Entscheidung, das Defizit durch ausländisches Kapital finanzieren zu lassen.

Zum einen repräsentierten die meisten Mittel Portfolio-Investitionen. Als jedoch der Dollar 1985 zu fallen begann, änderte sich die Logik der Situation vollkommen. Gemessen am Weltniveau, waren die Direktinvestitionen in die US-Wirtschaft ziemlich niedrig. In scharfem Gegensatz zu Portfolio-Investitionen sind sie im übrigen relativ stabil. Hier bestand deshalb für den multinationalen Block die Chance zur Quadratur des Kreises. Der Kapitalzufluß in die USA konnte Jahre andauern — vorausgesetzt, daß niemand gegen Firmenübernahmen aus dem Ausland einschritt. Dieses würde den Dollar stützen, wie es auch geschah, und zugleich wirksam zur Finanzierung des Handels- wie des Haushaltsdefizits beitragen. Ferner würden dadurch in den USA eine mächtige Lobby zugunsten einer Freihandelspolitik und einer integrierten Weltwirtschaft erzeugt und gleichzeitig den großen ausländischen Interessen zwingende Gründe geliefert, die multinationalen US-Konzerne weiter in ihren Heimatländern agieren zu lassen.

Als die Zinsraten nach der Aktion zur Rettung der mexikanischen Schulden fielen und die Rüstungsausgaben die Wirtschaft in klassisch keynesianischer Weise aus der Krise herauszuholen begannen, konnte die Regierung mit Genugtuung sehen, daß sich ihre Politik auszahlte. Die wirtschaftliche Belebung und Käufe im Ausland führten zu einem kolossalen Aufschwung an den Aktienmärkten. Die neue Welle der Fusionen und Übernahmen wiederum restrukturierte die Industrie und schuf zugleich auf den Finanz- und Warenmärkten eine beträchtliche Anzahl neuer Vermögen, die auf Reaganomics setzten.

Der Aufschwung, wesentlicher Bestandteil des seit der Depression 1929 stärksten politisch induzierten Wirtschaftszyklus, trug die Regierung sicher durch die Wahlen 1984. Allerdings förderte die fortgesetzte Stärke des Dollar protektionistische Stimmungen, was wiederum die Beziehungen zu Japan und den Schwellenländern Asiens zunehmend belastete. Anfang 1985, als der amerikanische Kongreß zum Gegenstoß

übergang, drohte die gesamte nach dem Krieg entstandene Struktur der internationalen Handelsbeziehungen sich aufzulösen.

Die Regierung antwortete an mehreren Fronten gleichzeitig. Erstens modifizierte sie die Strategie, die sie 1983/84 angewandt hatte, um die Spannungen mit Japan zu entschärfen. Sie drängte die Japaner, ihre Märkte für einige besonders unzufriedene Branchen zu öffnen, auf deren Unterstützung sie bei der Abwehr einer protektionistischen Aufwallung rechnete. Dazu zählten Telekommunikation, Elektronik, Forstwirtschaft, medizinische Instrumente und die pharmazeutische Industrie.

Zweitens pries die Regierung zusammen mit vielen der Republikanischen Partei nahestehenden Großindustriellen »Wettbewerbsfähigkeit« als Alternative zu einer »Industriepolitik«. Drittens kündigte sie durch das Pentagon, wo wie durch ein Wunder der Nomenklatur die bundesstaatliche Steuerung rüstungsbezogener Produktion nicht als eine Verletzung der Prinzipien der freien Marktwirtschaft betrachtet wurden, ein spektakuläres Subventionsprogramm (jedoch überwiegend nicht unter dem Dach von *Star Wars*) an — wiederum vorwiegend mit dem Ziel, von Multis beherrschte Industriezweige, zumindest eventuell, wieder in die Koalition »einzubinden«. Unter den Vorhaben, die fortlaufend bekanntgemacht wurden, als sich Bush auf seine Präsidentschaftskandidatur einrichtete, waren ein Teilchenbeschuß-Projekt für 4 Milliarden US-Dollar, ein auf fünf Jahre angesetztes 1,7 Milliarden US-Dollar Computertechnologie-Programm, eine dramatische neue »Superleiter«-Initiative, Verträge für eine sagenhaft teure Raumstation (Regierungsbeamte machten auf die Vorteile aufmerksam, die das Projekt für die pharmazeutische und die Elektronik-Industrie haben würde), »Sematech«, ein gemeinsames Unternehmen von Staat und High-Tech-Industrie sowie weitere Initiativen auf den Gebieten der Robotertechnologie, der computer-gestützten Fertigung und der Werkstoffforschung.

Und schließlich ging die Regierung, während sie diese Schritte plante, die aus dem Pentagon auf lange Sicht die US-amerikanische Antwort auf das japanische MITI machen könnten, dazu über, den Dollarkurs zu drücken. Mit James Baker im Finanzministerium begann eine neue und heikle Phase in den Beziehungen zu den Verbündeten, die direkt in die politischen Dilemmata mündete, denen sich George Bush gegenüber sieht. Letztlich strebte die Regierung eine geordnete Dollarkursenkung an. Dafür war die Unterstützung der Verbündeten, vor allem Japans und der Bundesrepublik, entscheidend. Konkret bedeutete dies, daß, wenn der Dollar sinken sollte (um so das Ungleichgewicht in der amerikanischen Leistungsbilanz zu verringern), die Japaner und die Deutschen nicht nur würden einwilligen müssen, ihre Exportüberschüsse schrumpfen zu lassen; sie würden auch binnenwirtschaftlich expandieren müssen, um einen Verfall der aggregierten Weltnachfrage zu vermeiden. Sie würden darüber hinaus zum Zweck bei der Überwachung der gegenseitigen Wechselkurse der starken Währungen zusammenarbeiten müssen. Andernfalls würde es eine massive Flucht aus dem Dollar geben.

Beide Länder waren nicht darauf erpicht, in dieser Richtung etwas zu unternehmen. Sie waren in der Nachkriegszeit reich geworden, indem sie exportorientierte Wachstumsstrategien verfolgten, und beide fürchteten, daß eine Ausweitung der Binnennach-

frage das sorgsam gehaltene Kräftegleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital kippen könnte. Baker verfügte jedoch über mehrere wirksame Anreize. Zum einen gab es im Hintergrund immer die Trumpfkarte der USA, ihren erdrückenden Vorteil beim Vergleich der Rüstungen. Indem die USA abwechselnd androhten, weniger zu tun, oder die Verbündeten drängten, mehr zu tun — oder den Mindesteinsatz dessen, was die »Sicherheit« erfordere, verschiedentlich anhoben —, konnten sie einen richtigen Hebel ansetzen und drohen, für die Verbündeten die Kosten zu vermehren.

Zweitens war da Bakers geschickt angekündigte Politik, mit bestimmten Ländern zu bilateralen Handelsverträgen zu kommen. Sie beinhalten die Gefahr, daß die USA, falls die Verbündeten (oder die Dritte Welt in den GATT-Verhandlungen) sich nicht einigen könnten, auch alleine mit einigen handverlesenen Partnern vorgehen könnten. Das Anfang 1989 mit Kanada geschlossene Abkommen ist dafür das schlagendste Beispiel.

Letztlich erwies sich jedoch Bakers einfachste Waffe als die zugleich wirksamste: Die USA konnten einfach damit drohen, den Dollarkurs einseitig fallen zu lassen, falls die Verbündeten einem planmäßigen Rückgang nicht zustimmten. Obwohl im Oktober 1987 diese politische Strategie des extremen Risikos die Welt an den Rand des Abgrunds führte, als Baker und andere Regierungsbeamte die Deutschen öffentlich davor warnten, sie würden einen baldigen Dollarsturz und Marktzusammenbruch hervorrufen, ging sie am Ende auf.

Nach scharfen internen Debatten weitete Japan die Binnennachfrage erheblich aus und beseitigte einige Handelsschranken. Ebenso unternahm die BRD eine allerdings geringere expansive Anstrengung. Der Dollar fiel weiter bis Mitte 1988, als die ausländischen Zentralbanken massive Dollar-Reserven aufbauten, wodurch sie (wie einige scharfsinnige Kritiker bemerkten) im Ergebnis der Kandidatur von Bush zu einer günstigen politischen Konjunktur verhalfen.

Angeregt nicht allein durch wachsende Sorge um die Harmonie im Bündnis, sondern auch durch den Druck des Haushaltsdefizits und die schlichte Tatsache, daß, wenn nicht die USA an die Sowjetunion verkaufen würde, die BRD es täte, mäßigte die US-Regierung ihre scharfe antisowjetische Haltung. Unter Führung von *William Verity*, dem neuen Handelsminister, von Nahrungsmittelfirmen, Exporteuren von Investitionsgütern und Unternehmerorganisationen, begann sie, Möglichkeiten einer Steigerung des Ost-West-Handels auszuloten. Bekanntlich handelte sie auch die Übereinkunft über die Verschrottung der Mittelstreckenwaffen in Europa (INF) und den sowjetischen Abzug aus Afghanistan aus.

## Die Rechte, das Militär und die Republikaner

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß, um die Sprache des Wahlkampfs zu benutzen, das von Bush und Baker geschnürte politische Paket — Frieden und Wohlstand — in hohem Maße einleuchtend war, besonders dann, wenn man von lästigen Fragen zur langfristigen Entwicklung Abstand nahm. Die Tagesordnung befahl die Loyalität der meisten prominenten Multinationalen. Eine frühe Umfrage der Zeitschrift *Fortune* unter führenden Firmenvorständen zeigte, daß Bush am meisten Anklang fand.

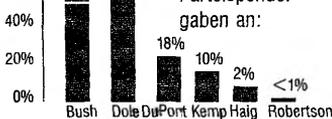
Aber die Multinationalen (und die mit ihnen verbündeten Geldgeber) sind bei weitem nicht die einzige Gruppe von Geschäftsleuten, die in der Republikanischen Partei aktiv sind. Außerdem existierten besonders im Hinblick auf Entspannung innerhalb des multinationalen Blocks selber starke Stimmungen der Unzufriedenheit. Als 1988 der Wahlkampf näher rückte, wurden bedrohliche Zeichen der Unruhe auf dem rechten Flügel der Republikanischen Partei sichtbar. Der Kongreßabgeordnete Kemp, der während fast der gesamten Amtszeit Reagans als Bushs voraussichtlich stärkster Gegner im Nominierungskampf galt, verurteilte den Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen in Europa und begann, gegen die Entspannungspolitik und den »Verrat« an den »Freiheitskämpfern« der ganzen Welt Sturm zu laufen.

Hinter Kemp kamen noch eine Reihe weiterer Kandidaten, die allesamt Positionen rechts von Bush einnahmen: Pierre DuPont, Multimillionär und ehemaliger Gouverneur des Staates Delaware, der rechte Fernsehprediger Pat Robertson sowie der frühere Außenminister Alexander Haig. Aus Platzgründen ist es unmöglich, dem Wahlkampf hier im einzelnen nachzugehen. Es soll genügen zu erwähnen, daß Kemp vernichtend geschlagen wurde durch die von Baker gründlich bewerkstelligte Dollarabsenkung. Sie kostete ihn die Unterstützung vieler Industrieller, die zuvor seiner Kritik an der Notenbank und an deren »angebotsorientierten« Niedrigzinspolitik wohlwollend begegnet waren. Als Kemp und die anderen jedoch scheiterten, erschien ein für Bush weit ernstzunehmenderer Gegner: Senator Robert Dole aus Kansas. Es ist instruktiv zu verfolgen, wie Bush siegte, weil dies ein Licht auf mögliche Opposition gegen seine Präsidentschaft wirft.

Wahrscheinlich schlugen sich einige Leute einfach nur deshalb auf die Seite des Siegers, weil sie glaubten, Dole würde besser abschneiden als Bush, den damals viele in seiner Partei ähnlich wie heute die Demokraten Michael Dukakis beurteilten. Solche Fälle waren allerdings wohl zufällig verteilt und nicht in bestimmten Bereichen konzentriert — jedenfalls nicht in Bereichen, in denen sich prominente Industrielle klar für einen der Kandidaten oder für eine bestimmte Sache einsetzten. Obleich sich meine Daten nicht genau dafür eignen, wird doch ersichtlich, daß trotz sich überschneidender Mobilisierungswirkungen Dole eindeutig solche (Teil-)Bereiche erschließen konnte, die guten Grund zur Klage über Bush hatten.

#### Die Präferenzen der wichtigsten republikanischen Geldgeber

Von den republikanischen Parteispender gaben an:



Bemerkung: Da diese Daten einer Auswahl von 629 Geldgebern der Republikanischen Partei entstammen, müssen sie wie eine »Meinungsumfrage« gelesen werden, sind also Irrtümern bei der Auswahl unterworfen. Allerdings ist die Auswahl hinreichend umfangreich, so daß dies kaum etwas ausmacht. (Anlage und Methoden der

Auswahl vgl. T. Ferguson/J. Rogers: *Right Turn — The Decline of the Democrats and the Future of America*, New York 1986, Anhang) — Die Daten sind Angaben der Bundeswahlkommission entnommen und suchen Spenden unberücksichtigt zu lassen, wenn sie an Kandidaten nach deren Rückzug aus dem Wahlkampf erfolgten. Die Zeiträume differieren also zwischen den Kandidaten und sind daher, wie im Text hervorgehoben, nicht genau vergleichbar.

So rührten die anfänglichen Wahlkampfeindrücke Doles überwiegend von seinen Leistungen als Republikanischer Fraktionsführer im Senat her. In dieser Funktion hatte er mit besonderem Nachdruck auf das Defizit hingewiesen, weit stärker als Bush, der die Position des keine-weiteren-Steuern einnahm. Seine Haltung in dieser Frage machte Dole in Wall Street äußerst beliebt. Von dort sollte er tatsächlich ebenso leicht wie Bush Spenden zu sich hin lenken können. Als er seinen Wahlkampf begann, war er auch als fester Freund Israels bekannt. Bush hingegen wurde da in manchen Gegenden mißtraut, obwohl er auch in dieser Frage einige Empfehlungen vorweisen konnte. Und Dole war das Idol der Agrarinteressen, wie die Wahlkampfspenden zeigen.

Die interessanteren, aber schwerer einzuschätzenden Teile der Dole-Koalition kamen allerdings erst im Laufe des Wahlkampfes zusammen, als er die Importe und die Ablehnung der Entspannungspolitik zu wichtigen Themen machte. Es konnte nicht überraschen, daß in dem Maße, wie Dole zu Bush aufschloß, Vorstandsmitglieder oder politische Ausschüsse von Gesellschaften wie Lockheed, General Dynamics, Northrop und Rockwell für Dole spendeten. Gleiches tat eine ganze Reihe von Vorstandsmitgliedern von großen multinationalen Mineralölkonzernen. Dabei unterschieden sich Bush und Dole in der Ölpolitik kaum, wenn auch Dole in der heißen Phase des Wahlkampfes halbherzig und nicht besonders überzeugend für Rohölzölle trommelte. Neben Gold sind jedoch Öl und Erdgas die grundlegenden Rechnungsposten für den Ausgleich im Ost-West-Handel. Viele Europäer nehmen sogar an, daß die primäre Schranke für ihre Verkäufe an die Sowjets kurzfristig dadurch gegeben ist, was ihnen Moskau wiederum an Erdgas verkaufen kann.

In jenen dramatischen Tagen, bevor der Gouverneur des Staates New Hampshire John Sununu — wie Bush ein Gladiator für Atomkraft — in den dortigen Vorwahlen die Hoffnungen von Bush vor dem Verlöschen bewahrte, erklärten Haig und Rumsfeld ihre Unterstützung für Dole. Auch Henry Kissinger konferierte mit ihm dem *Boston Globe* zufolge.

Als die Kampagne auf die Vorwahlen im Süden der USA zusteuerte, versuchte Dole jenes klassische Manöver, das so oft zuvor das Bündnis zwischen den weiter rechts stehenden Teilen des multinationalen Blocks und den Protektionisten befestigt hatte. Wie vor ihm Richard Nixon und Ronald Reagan trat er öffentlich für (begrenzten) Protektionismus ein. Fast gleichzeitig begannen an Dole Wahlkampfspenden von den durch Importe bedrängten Industrien wie Textil, Stahl und einigen Bereichen der Elektronikbranche zu fließen.

Nun allerdings wurde klar, wie sehr die kumulativen Effekte der Handelskompromisse aus den Reagan-Jahren die kompromißlosen Freihändler begünstigten. Die langen Jahre mit dem starken Dollar und die Flut von Textileinfuhren hatten ihre Wirkung getan. Mit der allmählichen Verschiebung der industriellen Basis des Südens von der Textilproduktion zu moderneren Industrien und Dienstleistungen war der einstmals mächtige Stützpunkt des Protektionismus im Süden geschwächt worden. Diesmal konnte Strom Thurmond, Senator aus South Carolina und seit langem Vorkämpfer von Textileinfuhrzöllen, mit dem Dole ein formelles Übereinkommen getroffen hatte, nicht liefern. Die multinationale Dampfwalze Bush überrollte sowohl Dole wie Robertson,

der ähnlich protektionistische Töne hatte erklingen lassen. Die Kampagne des ersteren taumelte noch einige Wochen lang weiter, bis sie schließlich zusammenbrach.

### Rechts stehen und Präsident sein

Wenn auch eine Untersuchung dieser Art nicht hoffen kann, alle Fragen beantworten zu können, die die weltweiten Kapital- und Finanzmärkte bewegen, so kann man doch zu einigen Einsichten in den voraussichtlichen zukünftigen Kurs der Regierung Bush gelangen. Berücksichtigt man etwa die eindeutig transnationalen Ziele jener Koalition, die Bush wählte, so ist es sehr unwahrscheinlich, daß er eine Zusammenarbeit mit den G-7-Ländern, das langfristige Ziel der Dollar-Stabilität auf einem ganz sicher etwas niedrigeren Niveau als heute oder einen weltweit ungehinderten Handel leichthin preisgeben wird. Ersteres ist inzwischen unverzichtbar, um die beiden übrigen Ziele zu erreichen. Um diese Doppelaufgabe geht es dem Block, der Bush in die Macht brachte.

Gleichzeitig werden vor allem die Westdeutschen ihre Wirtschaft voraussichtlich weniger stark ankurbeln, als es die Administration wünscht, so daß, falls ein Martin Feldstein mit seinem dauernden Geschwätz von einseitiger Dollarkurs-Politik nicht schon existierte, die Regierung ihn erfinden müßte — was sie höchst wahrscheinlich tat. Andererseits machen sich Regierung und Notenbank große Sorgen, daß eine steigende Inflationsrate die Stabilität des Dollar untergraben wird. Sie glauben ferner, daß die Wirtschaft der USA inzwischen auf nahezu vollen Touren läuft. Unter diesen Umständen sind erweiterte Exporte das letzte, was sie derzeit für nötig halten. Folglich gibt es für sie in der nahen Zukunft keinen Anreiz, den Dollarkurs stark zu senken.

Sehr komplex ist die Lage im Hinblick auf den rechten Flügel der Republikanischen Partei. Den meisten Protektionisten schuldet Bush nach seinem rauschenden Triumph im Süden nichts. Da sich aber zur gleichen Zeit so viele amerikanische Industriezweige unter dem Druck Japans befinden, hat diese Regierung keine Chance, einfach auf dem Grundsatz freien Handels zu bestehen. Bush hat sich, was vielleicht ein weiteres Echo auf die politische Formel von Reagan ist, für die Beibehaltung von Stahlquoten ausgesprochen. Man vermutet, daß die Regierung Bush bei den neueren Industrien, die in irgendeiner Form schützen zu müssen sogar viele Multinationalisten glauben, mit Subventionen soweit gehen wird, wie Reagan es in seiner zweiten Amtszeit tat und wie der Haushalt es erlauben wird.

Die Verteidigungspolitik, das zeigten die Unruhe über John Towers Ernennung zum Verteidigungsminister und die Erfahrungen aus dem Wahlkampf, wird ein äußerst empfindliches Feld für die Regierung werden. Es ist eine schlichte Tatsache, daß wichtige Teile der amerikanischen Wirtschaft und des Militärs Entspannung ablehnen. Allerdings sind ebenso eindeutig die Haushaltsnöte überwältigend. Es wäre eines Tages nicht überraschend, wenn die Regierung Bush andauernd von Verteidigung und Bewaffnung redet und zugleich in der Praxis den Verteidigungshaushalt zurückschraubt. Das hieße letztlich, größere Kürzungen der Verteidigungsausgaben zu beschließen und den Sowjets mehr zu verkaufen. Kurzfristig wird das aber nicht sehr viel mehr sein können — niedrige Weltmarktpreise für Rohöl beschränken Spielraum der UdSSR im

Handel. Der Trick wird sein zu versuchen, die Abwendung von den ersten Jahren der Ära Reagan zu verschleiern, indem man agiert wie Bush im Wahlkampf gegen Michael Dukakis, als er wie Dole wirkte.

Da seiner Koalition eine Periode des »Sturm und Drang« bevorsteht, wird Bush sich vermutlich weiterhin als ein wahrhaftiger Anhänger Reagans darzustellen suchen. Die bei weitem einfachste wie auch überzeugendste Art und Weise, dies zu tun, wird für ihn sein, an der Reagan-Formel festzuhalten, die in den vorangegangenen Jahren zur Lösung im wesentlichen desselben Problems benutzt wurde: keine neuen Steuern. Um dabei zu bleiben, die Haushaltsnöte vorausgesetzt, wird die Regierung jedoch durch Zusammenarbeit im Rahmen der G-7-Länder und ohne Diskriminierung ausländischer Firmenübernahmen einen stetigen Kapitalzufluß sicherstellen müssen. Sie wird auch weitere Steuererhöhungen akzeptieren, soweit diese nicht die Spitzenverdiener belasten, und ihr muß der Drahtseilakt gelingen, das Wirtschaftswachstum zu bremsen und dabei eine Rezession zu vermeiden.

Peter W. Schulze

## **Regionalisierungstendenzen im Internationalen System**

### **Selektiver Globalismus als außenpolitischer Konsens**

*Reaganism* war weniger ein konkretes Programm als eine Utopie, nämlich der Glaube an die Wiedergeburt einer starken, die globale Politik bestimmenden USA. Militärische Aufrüstungsprogramme und das »Primat des Ökonomischen« in den ersten Jahren der Reagan-Administration sollten die USA in die Lage versetzen, auf der Basis einer starken, im Weltmarkt verankerten Wirtschaft notfalls ihre Interessen allein und sogar gegen den potentiellen Widerstand von Bündnispartnern zu vertreten. Trotz massiver Rüstung, militanter Rhetorik und punktueller militärischer Interventionen (Verminung der Häfen und Stellvertreterkrieg gegen Nicaragua, die Besetzung Grenadas, Aktionen gegen Libyen, die Intervention im Libanon und die Golf-Aktionen) hatte diese Politik in erster Linie eine nach innen gerichtete psychologische und moralische Überzeugungsfunktion. Sie sollte in der Bevölkerung den Glauben an die globale Mission der USA wiederbeleben und stärken. In dieser Hinsicht begründeten Visionen des Reaganismus wie *Star Wars* und die Ablehnung von Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR eine Spielart des traditionellen amerikanischen Isolationismus, des »splendid isolationism«, im neuen, zeitgemäß hochtechnologischen Gewand. Diese Politik der demonstrativen Stärke verfehlte weder ihre Wirkung auf die Bündnispartner noch auf die Gesellschaft der USA.

Als ein Resultat der Reagan-Ära scheint sich in den politischen Machtinstitutionen der USA ein neuer außenpolitischer Konsens herausgebildet zu haben, der die internationalistischen, globalen Aspekte des Nachkriegskonsens aufgriff, dessen Feindbilder konservierte und mit tradierten, wenn nicht gar anachronistischen Eigentümlichkeiten der sozial und ideologisch fragmentierten Basis der modernen konservativen Massenbewegung zu verbinden suchte.

Solch Unterfangen kam aber der Quadratur des Kreises gleich, da die neoisolationistischen Komponenten der neuen Außenpolitik ihrer globalen Grundorientierung widersprachen. So setzte sich als Resultat des Vermittlungsprozesses eine Art »selektiver Globalismus« durch, der aber weder in den USA vollgültig akzeptiert wurde noch bei den europäischen Verbündeten auf Gegenliebe stieß. Insofern läßt sich die These vertreten, daß die Widersprüche in der amerikanischen Außenpolitik primär für jene vorsichtigen Autonomisierungstendenzen in der europäischen Peripherie des Atlantischen Bündnisses verantwortlich sind, die sich unter Begriffen wie »Europäisierung der Sicherheitspolitik, Selbstbehauptung Europas« etc. ab Mitte der achtziger Jahre herauschälten.

### **Wandel und Austausch der Nachkriegseliten**

Es stellt sich die entscheidende Frage, ob die außenpolitischen Entscheidungsträger in der Demokratischen Partei bzw. deren wissenschaftliches Beratungsumfeld willens und in der Lage sind, die ökonomischen, politischen und ideologischen Wirkungen jener Veränderungsprozesse im Internationalen System, die seit Mitte der siebziger Jahre stattfinden und von denen wirtschaftliche und politische Entwicklungen in West- und Osteuropa beeinflusst wurden, analytisch zu erfassen. Nicht intellektuelle Fähigkeiten sollen bezweifelt werden. Vielmehr ist zu fragen, ob nicht eine wesentliche Langzeitwirkung der Reagan-Jahre darin besteht, daß sie den Ablösungsprozeß der alten außenpolitischen Nachkriegselite, der »Atlantiker«, die ihre normative Prägung in den Ideologien des Kalten Krieges in Feindbildern und nuklearen Abschreckungs- und Vernichtungsszenarien erhielt, erheblich befördert hat.

Welchen Anteil die Außen- und Sicherheitspolitik der Reagan-Administration in diesem Auflösungsprozeß spielte, kann hier nicht untersucht werden. Postulieren wir, daß sie katalysatorisch wirkte und Entwicklungen beschleunigte, die sich in anderen — weltwirtschaftlichen — Zusammenhängen bereits vorher abzeichneten. Als Merkwürdigkeit fällt dabei auf, daß sich im hegemonialen Zentrum der Atlantischen Gemeinschaft, in den USA, der Wandlungsprozeß der außenpolitischen Elite nicht in dem Maße und mit der Geschwindigkeit einstellte wie in den abgestuften Bereichen der europäischen Peripherie, die grosso modo in Nuklearmächte und Nicht-Nuklearmächte, unter Berücksichtigung der exponierten Stellung der Bundesrepublik, differenziert werden kann. Diese Verzögerung in der Ablösung und im Wertewandel der amerikanischen Nachkriegselite resultiert aus ihrer ideologisch-politischen Abschirmung von normativen Veränderungsprozessen im Internationalen System während der Reagan-Ära. Die Auflösung des in der Nachkriegsgeschichte (vielleicht sogar im

20. Jahrhundert) einzigartigen, global begründeten »sicherheitspolitischen Konsenses« verläuft also ungleichzeitig und damit auch potentiell konfliktträchtig, weil die entstehenden amerikanischen und europäischen Teilfraktionen der »atlantischen Elite« nunmehr ihre Interessen »regionalisieren«.

Eine solche Entwicklung kann aber der Politik Reagans nicht ausschließlich angelastet werden. Hier ist das Fehlen kritischer Distanz und Analyse zur außenpolitischen Praxis der Reagan-Administration von relevanten Forschungs- und Beratungsinstitutionen, vor allem aber der eigentlich dazu berufenen universitären Disziplinen ebenso erklärend heranzuziehen. Die außenpolitische Kritik von Demokraten an Bush klingt so wenig innovativ, wenn sie larmoyant den »von außen« durch Eigenbewegungen in Europa bedrohten außenpolitischen Konsensus beklagen, auf Erhalt des Atlantischen status quo insistieren und der Bush-Administration raten, die sowjetische Politik mit konkreten Gegenvorschlägen zu testen, damit der Gorbatschow-Bazillus nicht noch stärker unter den europäischen Verbündeten grassiere.

### Die Presse

Kommen wir auf den Wandel von Normen und ideologischen Einstellungen bei relevanten Teilgruppen der amerikanischen Gesellschaft zurück. In diesen Veränderungen wirkt sich die »konservative Gegenrevolution« aus, die über den Zirkel quantifizierbarer Machtkonstellationen im Kongreß hinausgeht. Der ideologische Ruck nach Rechts hat sich vor allem in zwei relevanten Bereichen, in der Presse und in den Universitäten, dort vor allem in den Disziplinen der Sozial- und Naturwissenschaften ausgewirkt.

Während die Presse eine kritische Distanz zu innenpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Programmen der Reagan-Administration hielt, verschwanden spezifische Problembereiche aus der Berichterstattung. In der Hochphase moralischer Aufrüstung, die von 1982 bis zum Beginn der Iran-Contra-Affäre währte, wurden so zentrale Themen wie Rassismus, Armut und die Aushöhlung des Wohlfahrtsstaates kaum mehr öffentlich aufgegriffen. Sprach man einerseits vom Teflon-Effekt, daß Probleme an Reagan nicht kleben blieben, so reproduziert sich auf seiten der Presse ein Verdrängungseffekt: Gesellschaftliche Probleme, deren Lösung schwierig oder aussichtslos schien, wurden kaum mehr thematisiert. Die Presse übt eine Art Selbstzensur, wie sie schon von Huntington, Crozier etc. in der Kyoto-Konferenz der Trilateralen Kommission 1975 gefordert und unter den Aspekten von politischer Systemüberladung und Unregierbarkeit demokratischer Gesellschaften seither diskutiert wurde.

Am deutlichsten zeigt sich aber der Verlust kritischer Distanz in der Berichterstattung über globale amerikanische Sicherheitsziele, die relativ kritiklos mit nationalen Interessen identifiziert werden. Das gilt nicht für die zentralamerikanische Krise und für Nicaragua, weil Bürgerproteste und die Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung eine mögliche militärische Verstrickung der USA mit Parallelen zu Vietnam emotional besetzen und so eine Gegenöffentlichkeit schaffen konnten, auf die sich die Presse beziehen mußte. In den Fällen jedoch, wo gesellschaftliche Träger einer solchen Gegen-

öffentlichkeit fehlten oder sich nur schwer durchsetzen konnten — das zeigt sich am Beispiel anderer Dritte-Welt-Konflikte, des Nahen Ostens, der Golfkrise, Lybiens, der PLO und in der Behandlung des Ost-West-Gegensatzes — tat die Presse wenig, um der irrationalen Dämonisierung der UdSSR, die gemäß offizieller Diktion Drahtzieher aller internationalen Krisen war, entgegenzuwirken.

Die Behandlung von außenpolitischen Themen nahm Züge einer Hofberichterstattung an. Mit wenigen Ausnahmen benagten Presse und elektronische Medien die Knochen weiter, die ihnen vom State Department oder vom Pentagon zugeworfen wurden. Selbst in der Iran-Contra-Affäre legte die Presse ihre Zurückhaltung nicht ab. Sie schonte Bush, während die Demokratischen Präsidentschaftskandidaten Gary Hart und Joe Biden gnadenlos, vielleicht auch aus Gründen fehlender Wahlkampfthemen, fallengelassen wurden.

### Die Universitäten

Eine ähnlich affirmative und ideologisch-konservative Entwicklung war selbst in Teilen der scientific community amerikanischer Eliteuniversitäten beobachtbar. Aus der realen Politik schwappten sicherheitspolitische Begründungen für Aufrüstungsprogramme, Versatzstücke der SDI-Ideologie und außenpolitisch-unilateralistische Positionen in die Universitäten. Prioritäten der staatlichen Forschungsförderung verstärkten diese Tendenz. In den Naturwissenschaften, insbesondere in der Computer- und Mikroelektronik sowie in anderen rüstungstechnologisch relevanten Teilbereichen der Hochtechnologie, macht sich die gezielte Förderung solcher Vorhaben der Forschung und Entwicklung (FuE) bemerkbar, die sich auf das SDI-Projekt bezogen. Der Anteil militärischer Projekte stieg auf nahezu zwei Drittel aller Bundesförderungsmittel. Das SDI-Projekt wurde zur Schnittstelle von universitärer Forschung mit militärischen Applikationen. Die Prädominanz militärischer FuE-Förderung konnte nicht ohne Rückwirkungen auf Lehr- und Forschungsinhalte bleiben.

Während in den naturwissenschaftlichen Disziplinen über die Mittelvergabe Weichen gestellt wurden und die SDI-bezogenen Projekte wie Staubsauger knappe FuE-Mittel an sich zogen, entwickelte die militante Rhetorik der konservativen Erneuerung in den Disziplinen der Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften ihre ideologische Sogwirkung. Die Obsession mit sicherheits- und militärpolitischen Themen in der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen führte zur Ausklammerung politischer Lösungs- und Verhandlungsansätze als Maxime von außen- oder regionalpolitischen Konfliktlösungen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, daß in der Reagan-Ära dominante Gruppen der außenpolitischen Elite europäische Bemühungen um Normalisierung und Entspannung im Ost-West-Konflikt abschätzig beurteilten. Sie sahen darin Anzeichen europäischer Schwäche oder des Ausverkaufs westlicher Interessen. Die militante Rechte und ihre neokonservativen Wortführer wie Huntington, Podherez, Kristol etc. entdeckten darin Erfolge sowjetischer Expansions- und Bedrohungspolitik, die das westliche Bündnis gefährdeten und insbesondere die BRD auf neutralistischen Kurs zu

bringen trachteten. In universitären Gruppen der außenpolitischen Elite machte sich ein Grad der Militarisierung des Denkens bemerkbar, der sich, vielleicht mit der Ausnahme vereinzelter Intellektueller in Frankreich (Glucksman) und im engeren Beraterkreis um Thatcher, diametral von Entwicklungen in westeuropäischen Universitäten unterschied.

Wenn die These und Beobachtung richtig ist, daß sich in den wenigen Elite-Universitäten und Forschungsinstitutionen der USA ideologisch überhöhte Lehrmeinungen festgesetzt haben, die kaum von innen heraus korrigiert werden können, dann könnte dies zu ernststen Konsequenzen für die Gestaltung zukünftiger politischer Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa führen. Die Gründe dafür sollen hier näher erläutert werden.

1. Universitäten und Forschungsinstitutionen zählen immer noch zu den wichtigsten input-Quellen des politischen und außenpolitischen Denkens der US-Administration. Selbst wenn deren Überlegungen nur in modifizierter, oft verzerrter und durch viele Instanzen und Interessengruppen gefilterten Weise in Washington ankommen, so werden doch wohl kaum Änderungen an der prinzipiellen Ausrichtung von Grundmaßnahmen vorgenommen.

2. Wenn die Wissenschaft ihre wichtige Funktion und Rolle als Instanz der Kritik verloren und durch apologetische oder affirmative Einstellungen verwässert oder sogar ersetzt hat, dann ist die Regierungspolitik (insbesondere die Außen- und Sicherheitspolitik) weder im Vorstadium ihrer Konzeptierung noch im Stadium ihrer Implementierung mehr einer externen, praxisrelevanten immanenten Kritik unterworfen. Kritik setzt dann mit der Implementierung von Politiken ein und hat konsequenterweise dann externen Ursprung.

3. Stellt man die engen Austauschprozesse zwischen Universitäten und Instanzen der Politik und das dichte Netzwerk von Beratungsleistungen einer kleinen Gruppe einflußreicher Wissenschaftler für Institutionen der Politik in Rechnung, so bringt eine solche Entwicklung ernste Folgen für die Rekrutierung von wissenschaftlichen Nachwuchskräften in den Universitäten mit sich. Auch die Rekrutierung von Beratungs- und Funktionspersonal für das State Departement, für Pentagon, Presse und Forschungsinstitutionen etc. ist davon betroffen.

Berücksichtigen wir diese drei Punkte, so implizieren politisch-normative Differenzen in Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen einer mehr oder weniger »europäischen« und der amerikanischen politischen Elite, daß sich über kurz oder lang Konflikte zwischen den Strategien und Interessen der USA und Westeuropas verstärken werden.

Daran ändert auch nicht, daß sich in der letzten Hälfte der Reaganschen Amtsperiode ein Wandel in der offiziellen Rhetorik zeigte und militante Drohgebärden durch Kooperations- und Verständigungsangebote abgelöst wurden. Zwar entstand im Gefolge der Gipfelgespräche zwischen Reagan und Gorbatschow auch in den USA der Wunsch nach Normalisierung der Beziehungen zur anderen Supermacht. Aber die analytische Verarbeitung und Umsetzung solcher Impulse zur Korrektur noch dominanter Lehrmeinungen in den Instituten der Politikberatung und in den Eliteuniversitäten, die

in einem späteren Schritt dann wiederum auf die Politik zurückwirken, ist damit nicht automatisch gegeben. Im westeuropäischen Kontext wiederum, getragen von der wirtschaftlichen Binnenmarktdynamik einerseits und der sicherheitspolitischen Wirkung der sowjetischen Perestrojka andererseits, wird jener Prozeß europäischer Selbstbehauptung oder Identitätsfindung weitergehen, auch wenn die USA darin ihre außenpolitischen Interessen nicht mehr aufgehoben sehen.

Diese Entwicklung scheint weder umkehrbar noch aufhaltbar. Sie birgt zweifelloses Gefahren für die atlantischen Beziehungen, weil die Auswirkungen der politischen Umwälzung in Osteuropa qualitativ die Ost-West-Beziehungen verändern könnten. Mit anderen Worten: Weil die wirtschaftliche Integrationsdynamik in Westeuropa zunehmend mit den politischen Reformen in Osteuropa in Berührung gerät, also eine gesamt-europäische Dimension und damit genuin europäische Ziele entfaltet, könnte die Grundlage für eine »regionalisierte« europäische Sicherheits-, Außen- und Dritte-Welt-Politik entstehen. Eine so konzipierte europäische »regionale Außenpolitik« würde nicht nur über den Geltungsbereich bestehender militärischer Bündnisse hinausgreifen, sondern die Überwindung der europäischen Teilung mit friedlichen Mitteln zum Gegenstand haben. Es ist daher abzusehen, daß solche Überlegungen in Kreisen der außenpolitischen Elite der USA, die weiterhin den ideologischen Denkstrukturen des Ost-West-Konfliktes verpflichtet sind, nicht nur Unruhe auslösen und auf Unverständnis stoßen, sondern auch als Bedrohung für außen- und globalpolitische Ziele der amerikanischen Sicherheitspolitik wahrgenommen werden.

Die im Frühjahr 1989 zwischen der Bush-Administration und der Thatcher-Regierung auf der einen und der Bundesregierung auf der anderen Seite aufgebrochene Debatte um eine dritte Null-Lösung ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Sie bildet nur die sicherheitspolitische Spitze des Konfliktberges, der sich in seiner Massivität ab und an in fundamentalen, aber noch an (agrarischen) Randproblemen verhalten ausgetragenen Wirtschaftskonflikten zwischen USA, Japan und der EG zeigt.

## **Die ersten 100 Tage:**

### **Ansätze einer Reorientierung amerikanischer Sicherheitspolitik?**

Erstmals in der Nachkriegsgeschichte werden die USA ernsthaft durch das Aufkommen wirtschaftlich starker Regionen in Europa und im Pazifik ökonomisch herausgefordert. Abnehmende Wettbewerbsfähigkeit in Kern- und Schlüsselbereichen der amerikanischen Hochtechnologie, verschärfte internationale Konkurrenz und binnenwirtschaftliche Marktpenetration durch ausländische Unternehmen haben in politischen Kreisen der USA eine heftige Debatte über die Ursachen solcher Tendenzen und über Gegenstrategien ausgelöst. Seit geraumer Zeit tauchen in dieser Debatte auch ideologisch-populistische Schlagworte auf, die explizit gegen asiatische Investoren gerichtet sind. Mit Slogans wie »who rules corporate America?« wird vor Überfremdung und dem drohenden Souveränitätsverlust amerikanischer Politik gewarnt, der durch die Asymmetrie zwischen amerikanischen Auslands- und ausländischen Direktinvestoren in den USA eintreten könnte.

Diese Debatte hat Unruhe in die ansonsten ruhige Anlaufphase der Bush-Administration gebracht und illustriert, daß die Bush-Administration eine schwere Erbschaft ungelöster und aufgeschobener Probleme aus der Reagan-Ära übernommen hat. Obwohl die Bush-Administration kaum außenpolitische Initiativen in den ersten 100 Tagen entfaltet, deuten Anzeichen auf eine vorsichtige außenpolitische Um- oder Reorientierung hin. Die Bush-Administration steht vor der Aufgabe,

- a. unter verengten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Diskrepanz und die Widersprüche zwischen Außenwirtschafts- und globalen Sicherheitszielen anzugehen und zu lösen;
- b. eine glaubhafte Doktrin des selektiven Globalismus zu entwickeln, die den veränderten politischen Realitäten in Osteuropa, in der UdSSR angepaßt ist, aber auch dem wachsenden politischen Selbstbewußtsein Westeuropas Rechnung trägt und
- c. die USA auf veränderte Bedingungen des Weltmarktes einzustellen und auf die Auflösung bestimmter regionaler Nachkriegsordnungen vorzubereiten.

### **Konturen einer »status quo plus« Politik im Ost-West-Konflikt**

Grundsätzlich scheinen sich die USA darauf einzurichten, die Diskrepanz zwischen Außenwirtschafts- und Sicherheitsinteressen zu schließen oder wenigstens die Dominanz strategischer Überlegungen vor globalwirtschaftlichen Interessen abzubauen. Doch bei der Verfolgung dieses Zieles tauchen neue Widersprüche auf, die teilweise durch innenpolitische Faktoren bedingt sind.

Erstens werden protektionistische Maßnahmen in strategisch definierten Sektoren (Halbleiter) durch bilaterale Abkommen angestrebt. Diese Politik zielte insbesondere auf Japan (Halbleiterabkommen von 1986). Zweitens werden die USA ihre europäischen Bündnispartner zur Übernahme von höheren Rüstungs- und Verteidigungslasten anhalten oder mit der Reduzierung amerikanischer Truppenpräsenz und damit implizit mit eingeschränkten Sicherheitsgarantien konfrontieren. Diese West-West-Sicherheitsdebatte wird sich in die amerikanischen Vorgaben zu den START-Verhandlungen einpassen und von dieser Ebene her den durch Binnenmarktdynamik und Perestrojka gewonnenen Handlungsspielraum »westeuropäischer Politik« zu begrenzen oder für eigene Interessen zu instrumentalisieren suchen.

Dazu hat die Bush-Administration mit den kürzlich vorgestellten »policy review reports« erste Akzente gesetzt. So will sie eine Art »status quo plus« Politik gegenüber der UdSSR vertreten, die zwar die Veränderungsprozesse im COMECON anerkennt, darauf aber mit Zurückhaltung reagiert und keinesfalls gewillt ist, durch eigene bahnbrechende Initiativen den Entspannungs- und Annäherungsprozeß in Europa voranzubringen oder auf die Offerten Gorbatschows mit eigenen Konzeptionen zu antworten.

Auf Kooperation in begrenztem Umfang läuft die Devise der Bush-Administration für die Rüstungsbegrenzungs- und Entspannungspolitik im Ost-West-Verhältnis hinaus. Demzufolge sollen die Abrüstungsziele bei strategischen Waffen nicht in der Marge von 40 bis 50 Prozent, sondern deutlich darunter liegen. Allerdings räumt die Administration ein, daß bei konventionellen Waffensystemen tiefere Einschnitte als jene

5 bis 10 Prozent, wie es die NATO noch im März 1989 »kühn« vorschlug, wünschenswert seien. Die Verbesserung oder Intensivierung des amerikanischen Osthandels scheint nur selektiv angestrebt zu werden.

Daß die amerikanische Administration mit dieser Politik vorsichtiger Zurückhaltung angesichts der ungeheuren Beschleunigung politischer Umbruchprozesse in Osteuropa, die von sich aus eine die europäische Teilung unterminierende Eigendynamik entfalten, erfolgreich sein könnte, ist mehr als zweifelhaft. Anzeichen deuten eher darauf hin, daß die USA das Moment des Handelns aus der Hand gegeben haben und in der Neugestaltung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten allenfalls die Rolle des Bremsers spielen werden.

Auf eine Kurzformel gebracht, könnte man die These wagen, daß in der Bush-Administration die bereits unter Reagan beobachtbaren Regionalisierungstendenzen in der amerikanischen Außenpolitik weiterbetrieben werden. Schon während der Reagan-Ära prägten sich wirtschaftliche, soziale und in der Folge auch politische Widersprüche zwischen verschiedenen Teilen der USA aus. Quer zum viel kolportierten, dichotomischen und großflächigen Bild von Sunbelt versus Rust Belt, Westküste versus Ostküste, entwickelten sich sektorenspezifische, regionalwirtschaftliche Differenzen, die ihren Einfluß auf Prioritäten und Ziele nationalstaatlicher Wirtschafts-, Sozial-, Außen-, Außenwirtschafts- und Sicherheitspolitik geltend machten. Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß mit der Präsidentschaft Bush die traditionellen Wirtschaftskräfte der Rüstungshochtechnologie, der Erdölindustrie und Finanzkräfte mehr Einfluß auf die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik gewonnen haben. In der Nahost- und Golfpolitik, aber auch in der Pazifikpolitik sind entsprechende Veränderungen bereits sichtbar.

Harry Magdoff und Paul M. Sweezy

## Lehren aus den Wahlen von 1988

### Die Erfolge Jacksons und die Aussichten der Linken\*

Die aktuelle politische Situation in den USA ist, wenn man sich die Mühe macht, unter die Oberfläche zu schauen, in der Tat sehr merkwürdig. (...) Die Parteien der Demokraten und der Republikaner, die beide von der Wirtschaft und von wirtschaftsorientierten Leuten (d.h. vom Kapital) kontrolliert werden und deren Interessen vertreten, meinen, daß die gegenwärtige Krise des US-Kapitalismus dadurch verursacht sei, daß wir »über unsere Verhältnisse leben«. Das Land ist weit davon entfernt, den Lebens-

\* Die in New York erscheinende Zeitschrift *Monthly Review* veröffentlichte in ihrer Februar-Ausgabe (Jg. 40, Heft 9, S. 1-9) ein namentlich nicht gezeichnetes Editorial unter der Überschrift *Lessons of the 1988 elections*. Wir danken für die freundliche Genehmigung, daraus Auszüge auf Deutsch zu bringen. Die Übersetzung aus dem Amerikanischen stammt von Frank Heidenreich.

standard zu verbessern und die aufgestauten, in der Vergangenheit vernachlässigten Probleme zu lösen; es scheint vor der Notwendigkeit von Einsparungen zu stehen und vor einer Austeritätsperiode, in der wir unsere Schulden abzahlen und uns auf einen Überlebenskampf in einer Welt wachsenden Wettbewerbs vorbereiten müssen. Einstweilen reicht es aus zu erkennen, daß diese Vorstellungen einen wesentlichen Bestandteil einer Ideologie des Typs bilden, die herrschende Klassen regelmäßig erzeugen, um das, was sie als das Allgemeininteresse wahrnehmen (und zum größten Teil tatsächlich dafür halten), zu einer Sache der Nation zu machen und zu schützen. Im vorliegenden Fall ist es Zweck oder Funktion dieser Ideologie, die Menschen — vor allem jene ca. 75 Prozent, deren Lebensunterhalt von Löhnen und Gehältern (oder von Renten, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe) abhängt — zu überzeugen, das sie alle möglichen ihnen von der Krise auferlegten Härten akzeptieren und zu weiteren Opfern für das Gemeinwohl bereit sein müssen.

Nur vor diesem Hintergrund können die Wahlen von 1988 und die ihnen vorausgegangenen Wahlkämpfe im richtigen historischen Rahmen gesehen werden. Die beiden großen politischen Parteien verhielten sich genau wie erwartet. Sorgsam vermieden sie jede ernsthaftige Analyse der Krise, des Erbes aus den acht davorliegenden Jahren, die der Kandidat und jetzige Präsident George Bush damals 1980 und in offenkundig sehr herabsetzender Intention mit dem Begriff »voodoo economics« gekennzeichnet hatte. Bush selbst glaubt heute angeblich, daß das Land, von einer Krisensituation weit entfernt, eine lange Periode des »Friedens und des Wohlstands« genossen hat, die mit seiner Politik des »weiter so« unbegrenzt fortgesetzt werden könne. Dukakis war, soweit er anderer Meinung ist, jedenfalls darauf bedacht, sie nicht allzu laut zu sagen. Er begnügte sich mit relativ sanfter Kritik an den besonders reaktionären Positionen seines Rivalen und hielt seine eigenen Vorschläge genau innerhalb der Grenzen des herrschenden Konsenses (mainstream consensus). Nichts offenbarte den wirklichen Charakter der Wahlkämpfe von Dukakis besser als dessen Erklärung in der Rede nach der Niederlage, daß der Unterschied zwischen ihm und seinem Gegner in der Kompetenz und nicht in der Ideologie lag.

Mit einer Ausnahme, auf die zurückzukommen sein wird, blieben der Wahlkampf und die Wahlen fest innerhalb des herrschenden Konsens verankert; und das Ergebnis, ein Republikanischer Präsident und ein Demokratischer Kongreß, führt fort, was inzwischen als gute Tradition gilt. Es ist wichtig zu begreifen, daß diese Machtteilung eine tief verwurzelte Realität spiegelt. Die Parteien haben denselben Zweck der Erhaltung des Kapitalismus und dienen beide der herrschenden Klasse, aber sie tun dies auf etwas unterschiedliche Weise. Allgemein gesagt, appellieren die Republikaner an die obere Hälfte der Einkommensleiter und die Demokraten an die untere. Sie engagieren sich für ein gemeinsames Unternehmen, wobei erfolgreiches Management eine bestimmte Arbeitsteilung erfordert. Daß der Lohn geteilt wird, ist daher angemessen und im wesentlichen für beide Parteien akzeptabel.

Die einzige Ausnahme bei aller Harmonie und Kooperation war bekanntlich die Kandidatur von Jesse Jackson in den Demokratischen Vorwahlen. Mit viel Erfolg suchte Jackson wichtige (Klassen-)Fragen in den Wahlkampf einzuspeisen. Sicher tat er dies

vorsichtig ... und mit der stillschweigenden Hinnahme der Unveränderbarkeit des Kapitalismus und seiner grundlegenden institutionellen Strukturen. Mit diesen (erheblichen) Einschränkungen gelang es ihm immerhin, die Botschaft zu vermitteln, daß zahlreiche wichtige Fortschritte und Verbesserungen möglich und durch Massenmobilisierung und politisches Handeln erreichbar seien. Überdies drang seine Botschaft zu weiten Teilen der Bevölkerung überall im Land durch, erzielte die zweitgrößte Stimmzahl unter den Demokratischen Bewerbern und trieb die übrigen dazu, populäre Themen in ihren Wahlkampf aufzunehmen.

Schließlich war die Wahlbewegung Jacksons im Kontext der jüngsten Geschichte der USA eine Sensation, die zeitweilig die ganze Demokratische Partei in Bewegung und ihren Präsidentschaftskandidaten weit genug nach links zu bringen schien, um das oben beschriebene, zugunsten des Status quo wirkende Bündnis von Demokraten und Republikanern zu gefährden. Die Gefahr wurde dadurch noch akuter, daß die Differenzen zwischen den Lagern von Dukakis und Jackson auf dem Demokratischen Parteikonvent in Atlanta im Frühsommer 1988 anscheinend beigelegt wurden und zwischen beiden eine Übereinkunft geschlossen wurde, die es Jackson erlaubte, eine sehr prominente Rolle in der Schlußphase des Wahlkampfes gegen die Republikaner zu spielen. Meinungsumfragen gaben Dukakis zu dieser Zeit einen Vorsprung von 17 Prozentpunkten gegenüber Bush: Ein Umbruch in der politischen Szene der USA von großer Tragweite schien sich abzuzeichnen.

Was dann geschah, könnte das Herz jedes Verschwörungstheoretikers höher schlagen lassen. Die populären Themen verschwanden aus dem Demokratischen Diskurs; Dukakis rückte einfach von seinen Zusagen ab, die er Jackson in Atlanta gegeben hatte; üble rassistische Behauptungen und Gerüchte wurden verbreitet; die Aufbruchsstimmung des Demokratischen Parteikonvents verflög; innerhalb der kurzen Zeit von nicht einmal zwei Monaten wurde der 17-Prozent-Vorsprung von Dukakis durch einen gleich großen zugunsten von Bush abgelöst; wohl noch symptomatischer für den plötzlichen Wandel war das Ergebnis der Meinungsumfragen, wonach nie dagewesene zwei Drittel der möglichen WählerInnen beide Kandidaten ablehnten. Damit war der Weg frei für die seit Jahrzehnten niedrigste Wahlbeteiligung, eine Situation also, die stets den konservativeren Kandidaten begünstigt.

All dies kann vielleicht als Beweis verstanden werden, daß sich die hohen Herren der Demokratischen Partei, womöglich noch zusammen mit einigen Republikanern, zusammensetzten und entschieden, die Wahlen absichtlich zu verlieren. Daß es sich vielleicht tatsächlich so abgespielt hat, läßt sich allerdings nicht ausschließen. Andererseits reichen die instinktive heftige Reaktion der Demokratischen Parteiführer und der hohen wie der unteren Funktionäre auf die Aussicht eines Linksrucks der Partei sowie die unabsehbaren Folgen dessen, was danach käme, völlig aus, um jene Wende zu erklären, die im Sommer 1988 stattfand, die Wahl von Bush sicherstellte und die Demokratisch-Republikanische Koalition für mindestens vier weitere Jahre befestigte.

Es lohnt sich, daran zu erinnern, daß 1984 etwas ähnliches geschah. Der Demokratische Parteikonvent damals, der Mondale nominierte, zeichnete sich durch eine Serie von Ansprachen von Cuomo, Jackson, Kennedy u.a. aus, die im Ton deutlich populistisch

waren und enthusiastische Reaktionen innerhalb wie außerhalb des Konvents hervorriefen. Die Meinungsumfragen am Schluß des Parteikonvents zeigten, daß Mondale, der lange weit abgeschlagen hinter Reagan gelegen hatte, gleichgezogen hatte. Unter Linken (progressives) gab es große Hoffnungen, daß ein von nun an stärker populistisch orientierter Wahlkampf einen Sieg Mondales bringen könnte. Aber nichts dergleichen passierte; mit den Demokraten ging es total bergab bis zu ihrer demütigenden Niederlage vom November 1984.

Welche Lehren sind aus den Erfahrungen mit den Wahlen von 1988 zu ziehen? Beweisen sie, daß das bestehende Zwei-Parteien-System ein unüberwindliches Hindernis für jede fortschrittliche politische Veränderung schlechthin bildet? Daß Wahlkämpfe wie die Jacksons zum Scheitern verurteilt sind? Oder deuten sie im Gegenteil auf eine andere Schlußfolgerung, daß nämlich »1988«, gesehen als Fortführung von 1984, den Weg vorwärts weist, der notwendigerweise lang und sowohl von Rückschlägen wie von Erfolgen gekennzeichnet sein wird?

Im ganzen neigen wir der letzteren Ansicht zu. Wir wollen an dieser Stelle unsere wichtigsten Gründe skizzieren, aber Schlußfolgerung und Beweis werden zum großen Teil den weiteren Entwicklungen vorbehalten sein müssen. In diesem Zusammenhang möchten wir besonders unsere Erwartung hervorheben, daß sich die gegenwärtige Periode relativer Ruhe sowohl an den innenpolitischen als auch an den internationalen Fronten als kurzlebig erweisen wird. Bereits 1989 oder 1990 sind Veränderungen, darunter einige dramatischer Art, wahrscheinlich. Sie werden mit Sicherheit die politische Lage stark beeinflussen und ein mehr oder minder kontinuierliches Neudurchdenken der Aussichten und Möglichkeiten notwendig machen.

Von heute aus scheint es uns klar zu sein, daß die Wahlkämpfe von Jackson 1984 und 1988 bemerkenswert erfolgreich waren. Sie entstanden und entwickelten sich, anders als beispielsweise die gewerkschaftliche Partizipationsbewegung (CIO) in den dreißiger Jahren während des *New Deal*, nicht innerhalb des Rahmens der Demokratischen Partei. Die farbigen US-Amerikaner wurden zumeist außerhalb der Partei aktiviert; und obwohl sie in den Vorwahlen und im November gleichermaßen als Anhänger der Demokraten stimmten, wurden nur wenige von ihnen wirklich vom Parteiparat absorbiert. Mit anderen Worten: Sie bildeten ein Potential außerhalb der Demokratischen Partei, eine Tatsache, die durch die Art und Weise, wie Jackson unmittelbar nach dem Parteikonvent zum Schweigen gebracht und marginalisiert wurde, noch klarer hervortrat. Obwohl Farbige die Mehrheit der Jackson-Wähler ausmachten, bildeten sie doch — und das ist ein Punkt von entscheidender Bedeutung — keine Wählergruppe, die sich spezifisch dem Schutz oder der Förderung von Interessen der Farbigen verschrieben hatte. Das Programm von Jackson war ein klassenpolitisches Programm; die Tatsache, daß so viele Hispano-Amerikaner und Weiße es in den Vorwahlen unterstützten, zeigt schlüssig, daß die Bewegung eine Klassenbewegung und nicht eine Rassenbewegung war. Das bedeutet, daß diese Bewegung und die sie repräsentierende politische Kraft offen sind und zumindest theoretisch über ein enormes Wachstumspotential verfügen.

Der Wahlkampf von Jackson 1988 war ebenso in einer anderen Hinsicht ein Erfolg. Wir behaupteten weiter oben, daß er nahe daran war, die den Status quo sichernde

Koalition von Republikanern und Demokraten zu sprengen. Hierin liegt eine bedeutende Leistung, und sei es nur, weil sie vorführt, wie instabil und prekär diese Koalition trotz ihres äußeren Erscheinungsbildes ist. Und dies geschah zu einer Zeit, als die Wirtschaft noch relativ stabil und expansiv war. In der nächsten Rezession wird sowohl der Status quo selbst als auch die ihn sichernde Koalition weit verwundbarer sein. Wenn die Koalition bereits unter dem Druck der Bewegung um Jackson fast zerbrach, wie viel wahrscheinlicher ist dies beim nächsten Mal unter dem Druck einer Bewegung, die auf der Erfahrung mit Jackson aufbaut, gleich, ob unter der Führung von Jackson selbst oder von anderen, die auf der politischen Bühne vielleicht auftauchen werden, sowie die Notwendigkeit und die Möglichkeit hierzu wachsen. Es geht nicht darum zu behaupten, daß der Zusammenbruch der Demokratisch-Republikanischen Koalition von selbst zu konstruktivem Wandel führen wird. Er wird zumindest kurzfristig eher zu Instabilität und Konfusion führen. Aber er wird, wie beim Durchbruch eines verstopften Rohres, einen Schritt nach vorn und eine notwendige Voraussetzung für eine positive politische Umgruppierung (realignment) darstellen.

Wenn diese Analyse zutrifft, welche Hinweise gibt sie für die wünschenswerte Strategie der progressiven und linken Kräfte in der Periode, in die wir eintreten und die eine Zeit der Unruhe, Aufregung und der neuen Chancen sein wird? Wir möchten hierzu einige Andeutungen machen in der Hoffnung, Diskussion und Auseinandersetzung anzuregen und dazu beizutragen.

(1) Wir sehen gegenwärtig keinen Grund, die grundlegende Strategie der Wahlkampf von Jackson 1988 abzulehnen. Sie bestand im Kern darin, die Einrichtungen der Demokratischen Partei — soweit diese eine quasi öffentliche Institution ist, offen für alle BürgerInnen — zu nutzen, um ein klassenpolitisches Programm zu entwickeln (die Klasse umfaßt in diesem Fall die große Mehrheit der gesamten Bevölkerung) und die Status-Quo-Koalition aus den Parteien der Demokraten und der Republikaner dort anzugreifen, wo sie in ihrer Eigenschaft als private Organisationen handeln, die sich dem Schutz und der Förderung der Interessen des Kapitalismus verschrieben haben.

(2) Was, wie wir denken, wirklich Neudurchdenken und Veränderung erfordert, ist jener Typ von Programm, das im Kampf entwickelt werden muß, um aus der Zwangsjacke auszubrechen, die dem politischen Leben des Landes von der Demokratisch-Republikanischen Koalition angelegt worden ist. Es ist vor allem notwendig, das Bewußtsein der Massen für das enorme Potential zu öffnen, das tragischerweise zu wenig dazu genutzt wird, auf menschliche Bedürfnisse zu antworten, ein Potential, das bereit liegt in diesem Land mit der am höchsten entwickelten Industrie in der Welt. Natürlich ist es wahr — und es soll nicht versucht werden, diese Tatsache zu verbergen —, daß dieses Potential in einem System der Produktion für den Profit lediglich partiell realisiert werden kann. Aber es kann weit mehr getan werden als bisher, und das Programm muß dafür präzise und nachdrücklich den Weg vorwärts weisen. Die Hauptblockade ist derzeit die unglaubliche und wachsende Konzentration von Wohlstand und Einkommen in den Händen einer kleinen Minderheit von Individuen und Institutionen, die weder die Vision noch den Willen haben, ihre Macht zur Befriedigung dringender menschlicher Bedürfnisse zu gebrauchen. Das Rückgrat eines fortschrittlichen Programms muß

daher in einem neuen Steuersystem bestehen, das die verheerenden regressiven Trends der letzten vier Jahrzehnte umkehrt. Zusammen mit einer allmählichen, aber kontinuierlichen Verringerung des zunehmend überflüssigen Militärbudgets kann das die Ressourcen bereitstellen, die für eine Wende quantitativ ebenso wie hinsichtlich der Zusammensetzung und der Qualität ziviler Ausgabenprojekte benötigt werden.

Diesbezüglich bildet das Jackson-Programm von 1988 eine gute Ausgangsposition. Was es braucht, ist eine stärkere Ausarbeitung in einigen Fragen und Erweiterung in anderen, vor allem in der Richtung, die Vereingten Staaten zu einem Kreuzzug — und nicht weniger ist hier erforderlich — zur Rettung unseres Anteils an der Erde und zur Unterstützung anderer, damit sie ihren retten, zu bewegen: für eine lebenswerte menschliche Zukunft. (...)

### **spw - Die Zeitschrift linker Sozialdemokraten**



**Frauen** — M.Jansen: Zur Strategie der Frauenbewegung

**Kultur** — U.Vogel: Kunst und Politik oder Bertolt Brecht und die Erklärung der Welt

**D.Dehm:** »Ein akzeptabler Mann?«

(zu einem Buch über Brecht und die Frauen)

**Frieden** — M.Kohler: Bei der Verteidigung hören die Grundrechte auf

**Skandinavien** — K.Katborg/L.Olsen: Erfolge der marxistischen Linken in Dänemark

**Frankreich** — J.M.Becker: Frankreich im Zeitalter LePens

**Österreich** — P.Pelinka: »prima causa« Waldheim

**SPD — Gewerkschaften**

H.Klaus: Reformperspektiven aus gewerkschaftlicher Sicht

K.Neumann/A.Wehr: Thesen zu Massenarbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung

**Bestellungen: spw-Vertrieb, Graefestraße 71 in D-1000 Berlin (West) 61**

**Einzelpreis: 9,50 DM / 9,- sfr / 70 ÖS**

**Jahresabo 1988 (6 Hefte à 96 Seiten): DM 45,- zzgl. Versand**

Gustav W. Sauer

## Solar-Wasserstofftechnologie als Grundlage zukünftiger Energiedarbietung

Die Nutzung der erschöpflichen Energieträger stößt an Grenzen. Während die fossilen Energieträger aus ökologischen (Waldsterben, Treibhauseffekt etc.) und Versorgungsgründen auf lange Sicht auslaufen, verbietet sich die Nutzung der nicht minder erschöpflichen Kernenergie aus energiewirtschaftlichen, -technischen, sicherheitstechnischen und gesellschaftlichen Gründen. In der Diskussion um den Ausstieg aus der Kernenergie gewann daher eine altbekannte Idee wiederum an Gewicht, trefflich beschrieben von Jules Verne und technisch spezifiziert von E. Justi in den fünfziger Jahren: Energie über Wasserstoff darzubieten.

Im folgenden wird die Beschreibung auf die technisch-wirtschaftlichen Aspekte eingengt, um der Euphorie über einen aus sich heraus ökologisch unbedenklichen Energieträger vorzubeugen. Ernst Bloch sah seinerzeit bereits die Eiswüsten Grönlands und Sibiriens mittels einiger hundert Pfund Uran in mediterrane Gärten verwandelt. Von den ganz anderen, zusätzlichen und weit schlimmeren ökologischen Auswirkungen (neben dem kerntechnischen Risiko, Anstieg des Meeresspiegels infolge abgeschmolzenen Eises um mehrere Meter, Änderung des Erdreflexionsspektrums u.a.), wußte er nichts.

### Energiedarbietung

Unsere Welt verbraucht kommerziell erfaßt etwa 10 Gt SKE (s. Glossar am Schluß) pro Jahr, und zwar völlig asymmetrisch: 78 % des Energieverbrauchs werden von 28 % der Industrieländer vereinnahmt, obwohl die Bevölkerungszahlen gerade umgekehrt lauten. Diese Asymmetrie komplettiert sich insofern, als lediglich 24 % der Primärenergie als Nutzenergie dem Verbraucher zugutekommen.

Die Reichweite der heute wirtschaftlich gewinnbaren Energieträger liegt für Kohle bei 250, für Erdöl bei 30, für Erdgas bei 50, für sonstige fossile Energien bei 120 und für Uran bei 60 Jahren — insgesamt etwa bei 120 Jahren bei stagnierendem Verbrauch (dem Schnellen Brüter werden keine großen Zukunftschancen eingeräumt).

Das Potential erneuerbarer Energieträger ist ungleich höher. So beträgt die von der Erde absorbierte Sonnenenergie etwa das 2000fache des heutigen Weltenergiebedarfs, wovon das Zweifache technisch schon nutzbar wäre. Biomasse, Wasserkraft, Wind etc. umfassen nochmals potentiell das Zweifache des Weltenergiebedarfs.

Hinzu kommt die chemisch gebundene Energie des Wasserstoffs im Wasser. So entspricht der Weltenergiebedarf dem Wasserstoffäquivalent von  $2 \times 10^8$  allen Wassers der Erde. Bei seiner Nutzung würde zudem Wasser nicht verloren gehen, denn die Oxidation des Wasserstoffs (Verbrennung, Direktkonversion etc.) ergibt wieder Wasser; erstmalig scheint ein idealer Kreislauf ohne Abfallprodukte und Nebenfolgen vorzuliegen.

### Wasserstoff als Energieträger

Wasserstoff verbrennt mit Sauerstoff zu Wasser ( $2\text{H}_2 + \text{O} = 2\text{H}_2\text{O}$ ). Der Brennwert beträgt  $3,55 \text{ kWh/Nm}^3$ , der Heizwert  $3 \text{ kWh/Nm}^3 \text{ H}_2$ . Bei Verbrennung mit Luft entstünden zwar auch Stickoxide, die aber durch den weiten Zündbereich mit einem hohen Luftüberschuß auf weniger als 10 ppm minimiert werden können; dagegen werden trotz optimaler Kohleverbrennung und Entstickung bei Kohlekraftwerken im Mittel 800 ppm bei  $400 \text{ mg/Nm}^3$  Abgasreinigungsstandard erreicht.

Wasserstoff kann mit herkömmlichen, adaptierten Techniken genutzt werden:

- in *Großfeuerungsanlagen*, was jedoch durch die höheren Flammtemperaturen, Flammenfrontgeschwindigkeit, Flammenlänge neue Brenner und Brennkammern erfordert. Beispiel: ein 500 MWel-Kraftwerk würde einen Wasserstoff-Bedarf von etwa  $4 \times 10^5 \text{ m}^3$  pro Stunde haben und dabei weit weniger als 100 kg Stickoxide emittieren. Ein entsprechendes Kohle-Kraftwerk: Brennstoffbedarf. 150 t/h, Ausstoß  $\text{SO}_2$ : 300 kg/h,  $\text{NO}_x$ : 600 kg/h,  $\text{CO}_2$ : 400 t/h;
- *dezentral* mit Kleinbrennern für Haushalte und Gewerbe;
- in *katalytischen Heizern* (d.h. »kalt«, ohne Flamme, mithin auch ohne Abgase). Je nach Katalysatormaterial können Temperaturen von 500 Grad Celsius erreicht werden. Diese Technik ist jedoch noch nicht ausgereift;
- in *Glasturbinen* (ohne Beaufschlagung der Turbinenschaufeln mit Abgasrückständen);
- in *Verbrennungsmotoren*, wobei u.a. Erdgasmotoren bis zu einem Anteil von 50 % Wasserstoff ohne weiteres betrieben werden können;
- in *Brennstoffzellen*, in denen Wasserstoff elektrochemisch oxidiert und Strom direkt erzeugt wird (bis einige MWel);
- in *Dampfkonvertern*, die den bei der Verbrennung entstehenden Wasserdampf über herkömmliche Turbinen bei erhöhten Wirkungsgraden von 45 % nutzen (KKWs haben Wirkungsgrade von 34 %, Kohlekraftwerke 40 %); Größenordnung z.Zt. bis 30 MWth;
- als *Kraftstoff* für Fahrzeuge aller Art.

Folglich müssen bei der Wasserstoff-Wirtschaft keine technischen »Durchbrüche« erzielt werden; die notwendigen Komponenten sind bereits entwickelt und erprobt.

### Wasserstoffherstellung

Die bundesdeutsche Industrie hat zur Zeit einen Wasserstoff-Bedarf von  $16 \times 10^9 \text{ Gm}^3$ , wobei etwa 28 % als Heizgas, 34 % zur Ammoniakherstellung und der Rest über-

wiegend für Hydrierverfahren verwendet werden. Wasserstoff wird dafür zu 75 % aus *fossilen* Energieträgern hergestellt (Erdöl, Erdgas). Außerdem fällt Wasserstoff bei der Kohleveredelung an. Allerdings entsteht dabei als Endprodukt der Veredelung und Nutzung immer Kohlendioxid.

Ziel einer zukünftigen Wasserstoffwirtschaft kann daher nur *nichtfossiler* Wasserstoff sein, womit sich von selbst der Kreislauf Wasserspaltung — Wassersynthese anbietet. Von allen technisch etablierten Verfahren (chemisch, elektrochemisch, Hybridarten) wird die elektrolytische Wasserspaltung die vergleichsweise einfachste sein, obgleich sie einen hohen Strombedarf hat. Dennoch wird eine optimierte Wasserstoffwirtschaft sich aller Erzeugungsarten, je nach Ort und Bedarf, bedienen müssen. Noch ist das (Ergas-Dampfforming) Verfahren auf fossiler Grundlage das bisher kostengünstigste, gefolgt von anderen Dampfformingprozessen mit anderen fossilen Energieträgern und der Elektrolyse, *wenn* der Strompreis bei weniger als 6 Pfennig pro kWh liegt. Im Überblick wird jedoch die Elektrolyse zu bevorzugen sein, weil bei ihr kein Kohlendioxid anfällt. Die Wasserelektrolyse ist zudem unabhängig von der Stromerzeugungsart. Deshalb bieten sich örtlich hohe Wasserkraftpotentiale an. Aber auch die Nukleargemeinde macht sich für den Verbund Kernenergie/Wasserstoff anheischig.

Schließlich gibt es neben den photo-(elektro-)chemischen Prozessen auch die Möglichkeit der photobiologischen Erzeugung durch Bakterienkulturen, Blaualgen etc. Deren Produktionsrate liegt jedoch bei allenfalls  $6 \times 10^{-5}$ /h. Um  $1 \text{ M}^3$  Wasserstoff pro Stunde zu erzeugen, müssen etwa  $17000 \text{ m}^3$  Algenkulturen angelegt werden; bei großtechnischer Nutzung gelangt man zu einem nicht realisierbaren Wasserbedarf von einigen Promill des gesamten Weltwasserreservoirs.

### Solarer Wasserstoff

Die Produktion von Wasserstoff behebt für die bisherige Stromnutzung die Nichtspeicherfähigkeit (wenn man von u.U. möglichen Stromspeichern mit neueren Supraleitern absieht). Wasserstoff kann unter vergleichbaren Bedingungen wie Erdgas transportiert, gelagert und verdichtet werden, wenn entsprechende Rohrleitungs- und Systemnachrüstungen erfolgen. Diese Transportfreundlichkeit legt es nahe, Wasserstoff dort zu erzeugen, wo die notwendige Energie zur Wasserspaltung »praktisch« nichts kostet. Denn immerhin sind durch technische Verluste etwa 4,3 bis 4,9 kWh/m<sup>3</sup> zurückgewinnbar. Hinzu kommt, daß sich die Systemkosten der Wasserelektrolyse zu 80 % aus Energiekosten bilden.

Eine Wasserstoffwirtschaft als zukünftigen Hauptpfeiler nationaler Energieversorgungen setzt unter anderem voraus, daß Strom aus effizienten Solarzellen verfügbar ist. Sie muß sich auf Solarzellen mit reproduzierbaren Wirkungsgraden von 10 % stützen. Bei einer Solareinstrahlung von  $2300 \text{ kWh/m}^2/\text{Jahr}$  bieten sich die Wüstengürtel Nordafrikas, der arabischen Halbinsel sowie in USA und China an. In der Summe wären etwa  $0,6 \text{ Mkm}^2$  »sehr gut« und weitere  $1,28 \text{ Mkm}^2$  »gut« als Ausgelegflächen bei minimalsten Bodenpreisen geeignet. Darauf könnte ein Wasserstoff-

Äquivalent von 7 kt SKE/km<sup>2</sup>/Jahr erzeugt werden, d.h. auf den »sehr guten« Flächen schon die Hälfte des heutigen Weltenergiebedarfs oder — realistischer — bei Annahme von nur 5 % Wasserstoff-Anteil zum Jahr 2030 (1 Gt SKE) wäre eine Landfläche von 0,14 Mkm<sup>2</sup>, d.h. 25 % der »sehr guten« oder 7 % einschließlich der »guten« Flächen zwischen den Breiten 10 bis 30 Grad erforderlich.

In diesen Gebieten müßte somit eine voll eingeschwungene Infrastruktur für Solarfarmen, Speicherung, Transport zur Küste, Verschiffung etc. existieren und politisch stabilisiert und durch den Transport über Pipeline oder Schiff in die Zielländer mit ihrerseits adaptierten Verteilungssystemen verlängert werden. In einem ersten Schritt könnte das vorhandene Erdgasnetz anteilmäßig mit Wasserstoff beschickt werden, bis im Rahmen von Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen wasserstoffeste Leitungen bis zum Verbraucher verlegt werden.

Auch ein Transport über große Entfernungen wurde realistisch — entsprechend bisherigem Kalkulationsgebahren — untersucht. So würde eine Wasserstoff-Pipeline von Nordafrika nach Basel (3300 km, Transportdruck 69 bar, 2 m/∅, Unterwasserführung bis Sizilien) Gesamtkosten von 20 GDM absehen lassen bei Abschreibungszeiten von 30 Jahren. Damit wären eine Transportkapazität von 7,6 Mm<sup>3</sup>/h, das heißt, 22,8 GW oder 23 Mt SKE pro Jahr (bei 8300 Std. Förderung) zu leisten.

Die entsprechende Lösung über Gastanker veranschlagt Kosten von 29 bis 52 GDM. Dennoch wird bei einer weltweiten Wasserstoff-Wirtschaft die Tankerlösung infolge der notwendigen Ozeanquerungen dominieren müssen.

Aber auch die Kernenergie wird als Stromlieferant angeboten. Für die entsprechende Wasserstoff-Produktion von 23 Mt SKE pro Jahr wäre etwa die Stromproduktion von 36 Kernkraftwerken à la Brokdorf (1300 MWel, 77 % Verfügbarkeit) — und zwar ausschließlich zur Wasserstoff-Produktion — notwendig. Auf einen Weltenergieanteil von 5 % skaliert, wären 1600 Kernkraftwerke plus 55 Wiederaufarbeitungsanlagen mit der restlichen Infrastruktur erforderlich. Abgesehen davon, daß die bisher für wirtschaftlich erachteten Uranreserven dazu gar nicht ausreichen (und deshalb der Schnelle Brüter eingeführt werden müßte) würde ein derartiger Kernenergie-Wasserstoffverbund einen Endlagerbedarf von ein halb Gorleben pro Jahr (!) haben, während zur Zeit weltweit noch kein *einziges* sicheres Endlager existiert. Niemand kann also ernsthaft einen Kernenergie-Wasserstoff-Verbund glauben machen: Eine Diskussion der Kosten erübrigt sich folglich.

### Politische Dimension

Die vorgestellte Lösung einer weltweiten expandierten Solar-Wasserstoff-Wirtschaft kann auch mit anderen Techniken in den Teilbereichen Stromproduktion, Lagerung, Transport, Verteilung und Verbrauch realisiert werden. Alle diese Lösungen wecken indes Monopolansprüche der internationalen Konzerne. Ein solcher Weg wäre daher nur gangbar, wenn die gesellschaftliche Kontrolle von Einzelprofitinteressen verhindert würde, so daß sich bekannte Versorgungsasymmetrien und Abhängigkeiten nicht

perpetuieren. Es ist schon heute nachweisbar, daß sich die internationalen Ölkonzerne auf diese Lösung vorbereiten.

Die Option einer nuklearbefreiten Energieversorgung der Zukunft darf außerdem nicht die Sicht darauf verstellen, daß durch Monopole an Stelle von nuklearen andere gesellschaftliche Risiken entstehen: Die Versorgungssicherheit wäre ebenso verwundbar wie heute durch einen nuklearen Großunfall.

Dennoch erscheint die Wasserstoffwirtschaft für die Zukunft der einzige Weg, die Energienutzung hinreichend zu dezentralisieren und damit wieder Einzelentscheidungen zu ermöglichen, obwohl ihr Versorgungsprodukt, der Wasserstoff, wohl nur *zentral* kosten- und mengengünstig erzeugt werden kann. Deshalb kann nur eine Energiepolitik vom Kleinen zum Großen oder »von hinten« — vom Nutzer zum Erzeuger — erfolgreich sein: Die Solarenergie, *aktiv* (Wind, Biomasse, Direktkonversion) und *passiv* (Wärmedämmung, Solararchitektur etc.) genutzt, reduziert den großtechnisch zu erzeugenden Wasserstoffbedarf. Ob eine solche zentrale Wasserstoffproduktion gesellschaftlich unter Kontrolle gebracht werden kann, wird sich zeigen. Dies à priori zu bezweifeln, führt jedoch nicht weiter.

## Literaturverzeichnis

- Winter, C.F./J. Nitsch, 1986: Wasserstoff als Energieträger  
 Hydrogen Energy Progress VI, Proceedings, 6. Weltwasserstoffkonferenz Wien, 20.-24.7.1986  
 VDI-Bericht 602, 1987: Wasserstoff-Energietechnik  
 Rady, H.M., 1987: Regenerative Energie für Entwicklungsländer  
 Scheer, H. (Hrsg.), 1987: Die gespeicherte Sonne  
 DIW-Berlin, 1987: Erneuerbare Energiequellen  
 Feuerungstechnik Handbuch 1987  
 Wasserstoff: Gespeicherte Sonne. In: *bild der wissenschaft* 4-1987, S.70ff., SPD-Fachkongreß, Technik und Zukunft — Die Erneuerung der Energieversorgung, 9.10.1986, SPD-PV Bonn (Hrsg.)  
 BMFT, Photovoltaik 51/87, 110/87, 42/86, Pressemitteilungen  
 Jahrestagung Kerntechnik '88

## Glossar

Brennwert	= max. Energieinhalt nach vollständiger Verbrennung einschließlich der Verdampfungswärme nach Kondensation des bei der Verbrennung entstandenen Wasserdampfes
G	= Giga = Milliarde
Heizwert	Verbrennungswärme, wobei die Kondensationswärme des Dampfes ungenutzt abgeleitet wird
k	= kilo = 1000
M	= Mega = Million
N	= Nano = 1 Milliardstel
SKE	Steinkohleneinheit, 1 kg Kohle = 1 kg SKE = 8,141 kWh
MWel	= Mega-Watt elektrische Leistung
MWth	= Mega-Watt thermische Leistung
ppm	= part per million

## Besprechungen

**Breakthrough: Emerging New Thinking.** Walker Publishing Company, New York 1988 (281 S., br., 19.95 \$)

Der Sammelband umfaßt 27 Beiträge von fünfzehn westlichen und dreizehn sowjetischen AutorInnen. Vor allem drei Fragenkreise werden behandelt: die Gefahren, die seit 1945 vom System der internationalen Beziehungen ausgehen; die Aufgaben der Kriegsverhinderung und der Vertrauensbildung; schließlich das hierzu notwendige (außen-) politische Umdenken in den Führungen insbesondere der USA und der UdSSR. Das Vorwort erklärt, der Krieg sei »das Problem für diese Generation« (2; alle Übersetzungen d. Verf.; F.He.). Gemeint ist nicht nur die qualitativ neue Selbstvernichtungsdrohung durch atomare Waffen, sondern zugleich die erstmals in der Menschheitsgeschichte gegebene Chance, dieses Problem auch dauerhaft zu lösen.

Einen »Durchbruch« stellt das Buch als solches dar: Seine Veröffentlichung erfolgte gleichzeitig und in textidentischen Ausgaben in englischer Sprache in den USA und auf russisch in der Sowjetunion. Wie das Buch entstand, beschreibt ein editorischer Beitrag am Ende (269ff.). Die Planung begann 1985, ein halbes Jahr nach der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU. Partner bei der Erarbeitung der gemeinsamen redaktionellen Konzeption waren die *Beyond War Foundation*, eine überparteiliche, aus christlich-religiösen Wurzeln stammende Bildungseinrichtung im Spektrum der US-Friedensbewegung, sowie das *Komitee sowjetischer Wissenschaftler für Frieden gegen nukleare Bedrohung*. Zwei Jahre vergingen mit zeitraubenden Abstimmungen und mehreren Autorenkonferenzen. Die Manuskripte mußten bearbeitet, autorisierte Endfassungen in beiden Sprachen erstellt werden, bis der Band endlich im vergangenen Jahr erscheinen konnte.

Der große Arbeitsaufwand hat sich in einer durchdachten Konzeption und in einer Reihe qualitativ guter Beiträge niedergeschlagen. Für die LeserInnen der amerikanischen Ausgabe, die der russischen Sprache nicht mächtig sind, bilden die Texte der sowjetischen Autoren allesamt und die der westlichen überwiegend Originalbeiträge (nur vier Aufsätze sind nachgedruckt). Sie sind in drei Abschnitten zusammengefaßt: 1. Inevitability: Collision Course with Disaster; 2. Global Thinking: Vision for the Future; 3. Process of Change: Individual Action and Collective Transformation. Im ersten Teil diskutiert *Martin E. Hellman* (Professor für Elektrotechnik an Stanford University und amerikanischer Mitherausgeber des Buches) die Frage der Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs. Der Auslösungsmechanismus der Ersten Weltkrieges zeige, so Hellmans These, daß die vielen friedensgefährdenden Faktoren — jeder für sich durchaus harmlos —, zusammengenommen und über lange Dauer betrachtet, den nuklearen Krieg geradezu wahrscheinlich machen (85). Hellman verlangt, in diesen Mechanismus, dessen aktuelle Wirkungsweise er nicht näher analysiert, einzugreifen und ihn außer Kraft zu setzen.

Von *Richard T. Roney*, Direktor der Grundsatzkommission der Beyond War Foundation, stammt einer der Hauptbeiträge von US-Seite. Den marxistischen Gedanken, wonach die gesellschaftliche Menschheit nur Aufgaben stelle, die sie praktisch zu lösen verstehe, artikuliert er in Begriffen der Darwinschen Evolutionstheorie. Der Mensch ist fähig, auf Veränderungen seiner Umgebung zu antworten und sich ihr anzupassen. Ebenso verhalte es sich mit sozialen Großgruppen; eine globale Betrachtungsweise führt zu der Erkenntnis, daß die unterschiedlichen Nationen Teil eines und desselben Systems sind. Die »Vielgestaltigkeit (diversity)« der ganzheitlichen Welt müsse als Moment von Kreativität und Ideenreichtum begriffen werden (97). Diesen Gedanken nimmt *Andrej Kortunow* (Mitarbeiter am Institut für Nordamerika-Studien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften) auf, wobei der Akzent auf *Vielfalt* in der Einheit gelegt ist. Die Erwartung zunehmender Konvergenz der Systeme habe sich nicht bestätigt. Anders als früher könne die soziale und staatliche Vielgestaltigkeit, selbst in der Bedeutung von Interessenunterschieden, heute zu einer »Quelle größerer Stabilität des Gesamtsystems« (137) werden.

*Anatolij Gromyko*, sowjetischer Mitherausgeber des Bandes und Direktor des Instituts für Afrika-Studien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, sieht darin den Angelpunkt des Neu-Durchdenkens der Außenpolitik. »Ohne Anerkennung der langfristigen Fortexistenz sowohl des Kapitalismus als auch des Sozialismus — in all ihren zahlreichen Variationen — wird sich ein Umdenken (new thinking) nicht durchsetzen.« (119) Sicherheit und Frieden durch Suche nach einseitigem Vorteil seien nicht länger möglich. Gromyko und vor allem *Alexander Nikitin* (Mitarbeiter am Institut für Nordamerika-Studien der sowjetischen Akademie der Wissenschaften) entwickeln in ihren Beiträgen die sowjetische Konzeption von gemeinsamer Sicherheit, die in den USA (anders als hierzulande) der interessierten Öffentlichkeit noch kaum bekannt ist.

Aus dem Rahmen der bestimmenden Fragestellungen fällt der in Teilen bereits 1983 publizierte Beitrag von *Sidney D. Drell* (Professor für Physik an Stanford University und stellv. Direktor der Linearen Teilchenbeschleunigeranlage). Er geht der wichtigen Frage nach, welche Wirkung die öffentliche Meinung in den USA auf Rüstungswettlauf und Rüstungskontrolle seit dem Beginn des Kalten Krieges hatte. Während das Atomteststop-Abkommen von 1963 und der ABM-Vertrag durch eine gut informierte und aktive Bewegung in der Gesellschaft gefördert oder gar erzwungen wurden, konnte die Entwicklung der Wasserstoffbombe und der MIRV-Technologie stattfinden, weil ein kritisches Bewußtsein zu diesen Themen fehlte. In der jüngsten Zeit habe die zunehmende Skepsis in der Bevölkerung gegenüber dem Konzept der Abschreckung schließlich im US-Kongreß dazu beigetragen, daß die ursprünglichen SDI-Pläne nicht vollständig umgesetzt werden konnten. Drells Schlußfolgerung: »Die Einbeziehung der Öffentlichkeit in diese Fragen ... ist unentbehrlich.« (228)

Die Artikel von *Alexander Belschuk* (stellv. Direktor des Instituts zur Erforschung der internationalen Arbeiterbewegung) und *Fjodor Burlatsky* (Philosophieprofessor und Vizepräsident der sowjetischen Gesellschaft für Politikwissenschaft) haben Probleme und Orientierungen einer erneuerten politischen Theorie des Sozialismus zum Gegenstand. Sie finden in den Beiträgen der amerikanischen Kollegen keine Ent-

sprechung. Belschuk betont die Unmöglichkeit des Revolutionsexports. Aufgrund des Fehlens einer bürgerlich-demokratischen Entwicklungsphase in Rußland sei die Demokratie in der Sowjetunion heute notwendig ein mühsamer Lernprozeß (237). Den Kern des Projekts der *perestrojka*, die er als »revolutionäre Reform« (238) faßt, sucht Burlatsky den westlichen Leserinnen und Lesern leicht verständlich und historisch argumentierend zu vermitteln. Skizziert wird eine gegen die Stalinsche Tradition gerichtete Theorie des Widerspruchs. Während Stalin die Zuspitzung der sozialen Widersprüche im Sozialismus behauptet und sie gleichzeitig unterdrückt habe, werde nunmehr klar, daß Widersprüche für die Entwicklung des Sozialismus lebenswichtig seien. »Konservatives Denken leugnet diese Tatsache. Das Resultat ist Stagnation.« (260)

Manche Beiträge beider Seiten stehen in der Gefahr, analytische Argumentation durch den moralisch-ethischen Appell zu ersetzen. Dennoch ist das vorliegende Buch ein Pilotprojekt auf dem Feld intellektueller »joint ventures« in den USA. Es bleibt zu hoffen, daß es Nachfolger haben wird.

Frank Heidenreich (Berlin/West)

**Busch, Gabriele, Doris Hess-Diebäcker und Marlene Stein-Hilbers: Den Männern die Hälfte der Familie, den Frauen mehr Chancen im Beruf.** Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1988, (181 S., br., 22,- DM)

Daß mit der Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes durch Frauen gleichzeitig die Neuverteilung der Familien- und Hausarbeit zur Debatte steht, ist unmittelbar einsichtig. Darüber aber, wie die Gestaltung dieser Arbeit durch Frauen und Männer aussehen kann, fehlen oft konkrete Vorstellungen, geschweige denn gesicherte Erfahrungen und praktizierte Modelle. Das Verdienst der Studie von Busch, Hess-Diebäcker und Stein-Hilbers ist es, mit der »egalitären familiären Gleichstellung« ein solches Modell vorgestellt und es feministischer Begutachtung unterzogen zu haben. Ein spannendes Thema zu einem Zeitpunkt, wo öffentlich in Parteien und Gewerkschaften Frauen ihren Anteil an der Macht erstreiten, zunehmend berufstätig sind und das traditionelle Frauenbild ins Wanken gerät.

Gesprochen wurde von den Autorinnen mit 15 Paaren, die Formen der gleichverteilten Familien- und Hausarbeit praktizieren. Ausgewählt wurden Eltern mit (Klein-) Kindern, die in der Regel in qualifizierten Dienstleistungsberufen tätig sind. Der Definition der »egalitären familiären Arbeitsteilung« legen die Autorinnen zwei Bestimmungsfaktoren, die »Zeit« und das »Selbstverständnis« der befragten Paare, zugrunde. Mit diesen Kriterien gelingt ihnen eine Kombination von objektivierbaren Aussagen und subjektiven Einschätzungen zu dem Modell der geteilten Haus- und Familienarbeit. Erkennbar werden so einerseits die faktischen Zeitanteile und zum Teil auch die Art der Arbeit, die Frauen und Männer in der Familie erbringen. Andererseits ist es möglich, Motivation, Durchführung sowie Probleme zu ermitteln, die für Frauen und Männer bei der Realisierung dieses Modells zum Tragen kommen.

Busch/Hess-Diebäcker/Stein-Hilbers lassen keinen Zweifel daran, daß sie die gleichmäßige Umverteilung von Hausarbeit — insbesondere die Zuständigkeit für Kinder — auf beide Geschlechter für eine grundlegende Voraussetzung der Überwindung geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung halten. Insbesondere die bislang mit

Mutterschaft nahezu automatisch verbundenen Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ließen sich dadurch verringern. Gleichzeitig wird deutlich, daß eine Realisierung in breitem Umfang noch lange nicht zu erwarten ist. Dazu bedürfte es umfassender arbeits- und sozialrechtlicher Absicherungen des Modells. Aber auch dort, wo Eltern individuell versuchen, ein egalitäres Arbeitsteilungsmodell zu praktizieren, ist dies für sie mit zahlreichen Brüchen und Widersprüchen verbunden:

1. Die tatsächlichen Anpassungsleistungen zwischen den Erfordernissen von Haus- und Erwerbsarbeit wurden bisher fast ausschließlich von Frauen erbracht. Dies ist in einem erheblichen Umfang auch in diesem Modell der Fall. Die Entscheidung für die Praktizierung des Modells liegt in der Regel bei den Frauen. Sie tragen die Verantwortung, daß es funktioniert. Sie sind diejenigen, die ihre Männer überzeugen und sie sind diejenigen, die das Modell »managen«. Dafür spricht, daß die befragten Frauen in einem hohen Maß »Streß« empfinden, daß sie im Zweifelsfall eben doch einen höheren Anteil an der Haus- und Familienarbeit übernehmen als ihre jeweiligen Männer. 2. Für die Durchführung und Organisation des Modells erfahren die Frauen kaum Anerkennung. Anders sieht es bei den Männern aus. Sie formulieren einerseits positive Rückmeldungen, aber auch Probleme mit ihrem sozialen und beruflichen Umfeld. Andererseits tun sie sich schwer mit der Neudefinition ihres Lebenszusammenhangs, der sich oftmals »so ergeben hat«. 3. Das Netz der Alltagsorganisation muß nahezu perfekt geknüpft sein, um zu funktionieren. Frauen sind auf die Zusammenarbeit mit Männern und damit auf langfristige Paarbeziehungen angewiesen. Hinzu kommen oftmals Personen, die regelmäßig (Putz- und Kinderfrau) oder unregelmäßig (Babysitter, Großeltern) Teile der Familienarbeit übernehmen und so Organisationslücken schließen. Bereits die Entfernung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz können Zeitplan und Organisation des Modells erschweren. 4. Das Modell der »egalitären familiären Arbeitsteilung« basiert auf Voraussetzungen, die unter den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen nur für sogenannte »Mittelstandsfamilien« umsetzbar sind. Zu den Voraussetzungen zählen z.B. ein gesichertes Einkommen, Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilität von zumindest einem Paarteil und die Inanspruchnahme bezahlter und unbezahlter Familienarbeit.

Angesichts der wenigen Alternativen, die sich Paaren mit Kindern zur Vereinbarkeit von Haus- und Erwerbsarbeit bieten, ist es nicht verwunderlich, daß die meisten der befragten Paare die Vorzüge des Modells in den Vordergrund stellen. »Egalitäre familiäre Arbeitsteilung« wird von ihnen als individuelle Chance begriffen, ihren Wunsch nach Familie und Beruf auch umzusetzen. Anzumerken ist, daß ein solches Modell offensichtlich nur unter der Bedingung einer intakten Paarbeziehung funktioniert. Vor dem Hintergrund steigender Scheidungs- und Trennungsraten kann sich die relative individuelle Unabhängigkeit in der Paarbeziehung für Frauen schnell in ihr Gegenteil verkehren. Die Voraussetzungen des Modells zeigen deutlich, daß es nur dann für breite Bevölkerungskreise in Frage kommt, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich verbessert werden.

Nach diesen Bemerkungen bleibt die Frage zu beantworten, wie das Modell der »egalitären familiären Arbeitsteilung« aus der Perspektive feministischer Politik zu

bewerten ist. Die Beantwortung dieser Frage stellen die Autorinnen weitgehend der geeigneten Leserin anheim. Für mich zielt feministische Politik ab auf die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen und die Veränderung von Macht- und Lebensverhältnissen. Gemessen an diesem Anspruch zeichnet sich mit diesem Modell kaum mehr als die »Chance« einer besseren Verzahnung zwischen Berufs- und Hausarbeit. Das Modell kann als eine individuelle Lösungsstrategie bezeichnet werden, das für bereits »privilegierte« Frauen (qualifizierte Dienstleistungsberufe) die Möglichkeiten verbessert, ihrer Berufstätigkeit nachzugehen. Es macht die generelle Diskriminierung für einige Frauen erträglicher, allerdings um den Preis einer stärkeren Abhängigkeit von dem »Paar-Mann«. In der konkreten Verteilung der Hausarbeit setzt sich eine geschlechtliche Teilung der Arbeit erneut durch. Die zähe Tradition der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Bewußtsein von Frauen und Männern ist als eine Barriere zu bezeichnen, die auch über die Reichweite politischer Interventionen hinausgeht, wie die aufgezeigten schwedischen Erfahrungen mit der Gleichstellungspolitik zeigen. Der Bereich der privaten Hausarbeit ist für Männer nicht attraktiv. Somit bleibt er denen vorbehalten, die bereits »drinnen« sind. Für Männer bedeutet das Modell der »egalitären familiären Arbeitsteilung« nicht die Gefahr, zukünftig die Haus- und Familienarbeit übernehmen zu müssen. Es stellt bestenfalls ein großzügiges Zugeständnis an eine einzelne Frau dar. Für Frauen kann dabei ein neues Geduldsspiel über die gerechte Verteilung der Haus- und Familienarbeit herauskommen. Die Geduld der Frauen aber war schon immer die Macht der Männer.

Die Studie gehört zu den ersten, die mit der Begutachtung des Modells der »egalitären familiären Arbeitsteilung« einen Einblick in die privaten Emanzipationsanstrengungen von Frauen geben und stellt damit einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar.

Margret Steffen (Bielefeld)

## Über die Autorinnen und Autoren

*Albers, Detlev*, geb. 1943; Hochschullehrer an der Univ. Bremen, FB Arbeitslehre/Politik. Veröffentlichungen u.a.: *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983); *Über Irsee hinaus* (Mitautor, 1987); *Sozialismus im Westen* (1987). Mitglied in SPD und GEW, Vertreter der Bremer SPD in der Programmkommission beim Parteivorstand, Mitherausgeber der *spw*

*Brandt, Peter*, geb. 1948; Historiker; Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Bürgertum und bürgerliche Umwälzung im 18. und 19. Jahrhundert. Mitglied im SB und in der ÖTV

*Carnoy, Martin*; Ökonom, Professor an der School of Education der Stanford University, Californien/USA

*Ferguson, Thomas*, geb. 1949; Professor für Politische Wissenschaften an der Universität des Staates Massachusetts/USA in Boston, tätig am John W. McCormack Institute of Public Affairs. Jüngste Veröffentlichungen: *Private Money and Public Policy* (The International Economy, Sept./Okt. 1988), *Who bought Bush, and why* (The International Economy, Jan./Febr. 1989)

*Heidenreich, Frank*, geb. 1956; Doktorand. Wichtigste Veröffentlichung: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD-Die Falken sowie *spw*-Redaktion

*Lehndorff, Steffen*, geb. 1947; Dipl.-Volkswirt. Ehemaliger Bundesvorsitzender des MSB Spartakus, derzeit Vorsitzender des DKP-Kreisverbandes Köln und bis 1989 Mitglied des DKP-Parteivorstandes.

*Magdoff, Harry*; Herausgeber der Zeitschrift *Monthly Review*, New York

*Mappes-Niediek, Norbert*, geb. 1953; Fachjournalist für Medizin, Gesundheits- und Sozialpolitik; Mitglied in SPD und IG Medien.

*Quante-Brandt, Eva*, geb. 1960; Lehrerin für Sport und Deutsch, z.Zt. Geschäftsführerin der Bremer Arbeitslosen-Selbsthilfe e.V. Mitglied in GEW und SPD, Juso-Vorsitzende im SPD-LV Bremen

*Rünker, Reinhold*, geb. 1964; Bankkaufmann, z.Zt. Zivildienstleistender, Mitglied in SPD, HBV, SDJ-Die Falken, stellv. Juso-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen, Mitglied im Juso-Bundesausschuß

*Schöler, Ulrich*, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV

*Schulze, Peter W.*, geb. 1942; Studium der politischen Wissenschaften und der Geschichtswissenschaft an der FU Berlin, London School of Economics und Stanford Univ. Von 1984 bis 1987 Gastprofessor an der Univ. of California, Berkeley, z.Zt. Leiter des Londoner Büros des Forschungsinstituts der FES. Mitglied der SPD

*Sweezy, Paul M.*; Herausgeber der Zeitschrift *Monthly Review*, New York

*Steffen, Margret*, geb. 1952; Sozialwissenschaftlerin. Veröffentlichungen: *Wissenstransfer und Beratung als Elemente technologischer Gestaltungspolitik* (Mitautorin, 1987); *Arbeitsorientierte Technikberatung und Transferleistungen in NW* (Mitautorin, 1988). Arbeitsschwerpunkte: Wissenstransfer und Technikentwicklung, Qualifikationsforschung, Frauen im Bildungs- und Beschäftigungssystem

*Vater, Klaus*, geb. 1946; Journalist und Zeitungsredakteur, 1972-1976 beim *ppp*, 1976-1979 Redakteur beim *Vorwärts*, 1980-1986 beim SPD-Pressedienst Wirtschaft. Seit 1986 erneut Mitglied der *Vorwärts*-Redaktion und Sprecher des Redakteursausschusses. Mitglied in SPD und IG Medien

# Sozialist

- Zeitschrift von Marxisten in der SPD
- für Jusos, Partei und Gewerkschaften
- mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- erscheint 6 mal jährlich
- Einzelheft 3,— DM
- Jahresabo 18,— DM

## Kupong

für ein  
kostenloses  
Probeheft



Ich abonniere bis auf Widerruf  
»SOZIALIST«, Zeitschrift marxistischer  
Sozialdemokraten.

Name: \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Platz/Wohnort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

SPD-Mitglied ja/nein \_\_\_\_\_

Ort/Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte buchen Sie den Beitrag für  
»SOZIALIST« pro Jahr (6 Ausgaben) in  
Höhe von

DM 30,00 (Förderabonnement)

DM 18,00 (Normalabonnement)

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

von meinem Konto ab.

Bank \_\_\_\_\_

BLZ \_\_\_\_\_

Konto-Nr \_\_\_\_\_

Ort/Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

SOVEC Im Körbchen 10, 3400 Göttingen

SCHICKT MIT DES VERSPROCHENE PROBEHEFT

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

# Perestrojka — Akt



Wolfgang Fritz Haug

## Gorbatschow

*Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*

480 S., br. DM 34,—, Ln. DM 44,—

In diesem Buch findet man die erste umfassende Darstellung der Theorie der Perestrojka, analysiert wird eine in Gedanken erfaßte Praxis. Dabei geht W.F. Haug in wahrhaft grundlegender Weise auf den Vordenker dieser Praxis ein: Anhand von über einhundert Reden, Berichten und Diskussionsbeiträgen von Gorbatschow (nicht zu vergessen sein aufsehenerregendes Buch) wird der Denkprozeß rekonstruiert, die theoretische Umwälzung als integrales Moment der politisch-praktischen aufgewiesen.

die sich aus der historischen Situation ergeben. Auch ist Gorbatschow für Haug kein genialer Einzelgänger, sondern der Exponent einer vielschichtigen politischen Kultur, an deren Freisetzung er allerdings führenden Anteil hat. Was die Perestrojka für die Erneuerung des Marxismus (nicht nur) in der UdSSR bedeuten kann, ist die zentrale Fragestellung des Buches.

»Die von den Marxisten der ganzen Welt mitzumachende Erfahrung der UdSSR besagt: Die bis in die Verästelungen hinunter staatlich verwaltete Gesellschaft ist ebenso unwillig wie unfähig, die wissenschaftlich-technische Revolution zu tragen. Das *ancien régime* der Sowjetunion wirkte wie eine gigantische Apathiemaschine. Der Ansatz zur Änderung liegt in der Aktivierung der Menschen. Diese Aktivierung ist nur zu haben auf dem Weg der Öffnung neuer Praxisfelder, in denen die Individuen und Kollektive nicht ständig gegängelt werden, sondern ihr Handeln an den effektiven Erfolgen ausrichten können.« (Aus der Einleitung)

# Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument